

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Werner Daum (Hrsg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 3: 1848-1870.

Unter Mitwirkung von Peter Brandt, Martin Kirsch und Arthur Schlegelmilch. Bonn: J. H. W. Dietz, 2020 (Hrsg. im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität Hagen), 1536 S., 62 Abb., ISBN: 978-3-8012-4142-1

Es gibt sie noch, und sie scheinen wieder in Mode zu kommen: Die großen, anspruchsvollen Handbuchprojekte zur neuzeitlichen deutschen und europäischen Geschichte, die, mitunter mehrbändig, häufig von einem internationalen Expertenteam bearbeitet, in jedem Fall aber interdisziplinär angelegt und immer am aktuellen Forschungsstand orientiert, ein ausgewähltes Themen- oder Wissenschaftsfeld über einen längeren Zeitraum hinweg verfolgen, den Untersuchungsgegenstand länder- und staatenübergreifend vergleichend betrachten und am Ende sowohl zu einer Gesamtschau über die Entwicklung dieses Bereichs in verschiedenen europäischen Staaten in einer bestimmten Epoche gelangen als auch den Blick für den eigenständigen Verlauf, den nationalen Gang der Ereignisse und die besonderen Merkmale jenes Wandels und Veränderungsprozesses in einem speziellen Land Europas schärfen und das dortige Geschehen über die *longue durée* genau ansehen und nachvollziehen. Neben anderen neueren Publikationen¹ gilt dies auch für das hier anzuzeigende Grundlagenwerk, den von dem Historiker Werner Daum herausgegebenen, im Sommer 2020 erschienenen dritten Band des „Handbuchs der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert“, der wie seine Vorläufer² ursprünglich aus einem an der FernUniversität in Hagen und am Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften angesiedelten, vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn geförderten Forschungsprojekt zur vergleichenden europäischen Verfassungsgeschichte hervorgegangen ist. Zu dem leitenden Mitarbeitergremium des neuen Handbuchbandes gehören neben Daum wiederum der frühere Direktor und heutige Ehrendirektor des Instituts Peter Brandt und die Historiker Arthur Schlegelmilch und Martin Kirsch.



¹ Vgl. u.a.: Norbert Otto Eke (Hrsg.): Handbuch Vormärz, Bielefeld 2020; Irene Dingel/ Michael Rohrschneider u.a. (Hrsg.): Handbuch Frieden im Europa der Frühen Neuzeit, Berlin/ Boston 2020; Werner Freitag/ Michael Kißener u.a. (Hrsg.): Handbuch Landesgeschichte, Berlin/ Boston 2018.

² Gemeint sind die Bände: Arthur Schlegelmilch/ Peter Brandt/ Martin Kirsch (Hrsg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte Bd. 1: Um 1800, Bonn 2006; Werner Daum (Hrsg.): Handbuch, Bd. 2: 1815-1847, Bonn 2012. Vgl. dazu die Rezension von Birgit Bublies-Godau in: Online-Rezensionen zur Liberalismus-Forschung 1/2015. URL: www.freiheit.org/files/288/online_1_15_BBG-Daum.pdf, auch abrufbar bei: recensio.net – Rezensionsplattform für die europäische Geschichtswissenschaft, URL: http://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbuch-zur-liberalismus-forschung/2015/1/Review_Monograph944835912 (Zugriff am 16.12.2020).

Unmittelbar an die vorangegangenen Betrachtungen der Verfassungsgeschichte Europas im 19. Jahrhundert anknüpfend, beginnt die Darstellung im vorliegenden Band mit der europäischen Revolutionswelle von 1848/49 und den im Laufe der revolutionären Ära entstandenen Verfassungsprojekten, ehe „die weitere Ausgestaltung des spannungsreichen Verhältnisses zwischen mehrheitlich monarchisch geprägter Staatsspitze und nach politischer Partizipation drängender Bürger- und Arbeiterschaft“ bis 1870 näher untersucht wird (S. 9). Auf Basis einer breiten verfassungshistorischen Terminologie, die formale und materielle Aspekte, aber auch das tatsächliche Erscheinungsbild einer Verfassung berücksichtigt, und auf Grundlage des beim Abschluss der Beiträge in den Jahren 2010 bis 2018 geltenden Erkenntnisstandes setzen sich die 42 Autoren und Autorinnen – darunter anerkannte Fachleute und qualifizierte Nachwuchskräfte aus der Geschichts-, Politik- und Rechtswissenschaft, aber auch der Philosophie, Romanistik, Skandinavistik und Neogräzistik – in 28 Länderstudien zum Teil sehr intensiv mit der in Deutschland und Europa während der Reaktions-, Gründer- und Reichseinigungszeit überaus wechselvollen ideenhistorischen, verfassungsrechtlichen, politisch-staatlichen, sozio-ökonomischen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Staaten auseinander. Dabei decken die Beiträge den gesamten geographischen Raum Europas ab und erstrecken sich über die gesamte Dauer der Epoche.

In ihrer Herangehensweise stützen sich die Autoren auf ein einheitliches Gliederungsschema, das bereits in den ersten Bänden der Reihe verwendet wurde, in allen Publikationen die Länderstudien gliedert und dem ein erweiterter Arbeitsbegriff von Verfassung, ausdifferenziert in zwölf unterschiedliche Verfassungsbereiche, zugrundeliegt. Diese Verfassungsbereiche, zu denen die „Internationale[n] Beziehungen“ (S. 70-77), die „Verfassungsstruktur der zentralen staatlichen Ebene“ (S. 77-89), „Wahlrecht und Wahlen“ (S. 90-93) und die „Grundrechte“ (S. 93-99) ebenso gehören wie „Militär“ (S. 107-114), „Verfassungskultur“ (S. 114-118) und „Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung“ (S. 132-137), werden im Einleitungskapitel, bezogen auf die für die Verfassungsentwicklung entscheidenden Jahre 1848 bis 1870, in eigenen Artikeln behandelt und von den Herausgebern Daum und Schlegelmilch sowie den Autoren Ewald Grothe und Markus J. Prutsch knapp und pointiert dargelegt. Sie bilden gemeinsam einen übergeordneten konzeptionellen Rahmen an einschlägigen Begrifflichkeiten, Formen, Ausprägungen und Kennzeichen, der die angestrebte vergleichende Behandlung der europäischen Verfassungsgeschichte gewährleisten und überdies „eine erste Orientierung für künftige komparatistische Fragestellungen“ bieten soll (S. 9).

Bevor nun die konstitutionelle Situation und verfassungsgeschichtliche Entwicklung in Europa in den Länderstudien jeweils vorgestellt wird, werden dem Hauptteil des Werkes, wie zuvor bei den anderen Bänden der gewichtigen Handbuchreihe, drei Grundlagenbeiträge vorangestellt. So präsentiert Peter Brandt in seinen Artikeln informative Überblicke zum einen über die politisch-soziale und verfassungsrechtliche Lage in den USA und in Lateinamerika und deren Wahrnehmung und Erörterung durch die Europäer („Gesellschaft und Konstitutionalismus in Amerika 1848-1870“, S. 11-33) und zum anderen über die „sozialökonomische, sozialkulturelle und gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa“ im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts (S. 34-69). Dabei hebt er im Fall Amerikas vor allem auf „das politische System der USA“, den „Symbolcharakter der amerikanischen Verfassung“ und die vielfältigen Debatten in den europäischen Staaten „über die Geschehnisse und Entwicklungen in der Neuen Welt [...], deren Einfluss auf die politischen und verfassungsrechtlichen Entscheidungen Europas ganz unterschiedlich war“, ab (S. 11-12). Mit Blick auf den alten Kontinent betont er dagegen die „grundlegende Modernisierung“ von Politik, Technik, Wirtschaft und Kultur, die weitgehende „staatliche Durchdringung der Gesellschaft“ und die Nationsbildung als „einer der elementaren gesellschaftlichen Entwicklungsstränge“ dieses Zeitabschnitts und wendet sich für seine Ausführungen dem Industriekapitalismus, den führenden Gesellschaftsschichten der Aristokratie, Bourgeoisie und bürgerlichen Intelligenz, den ländlichen und städtischen Zwischenschichten,

der Arbeiterschaft, dem Verhältnis von Kirche und Gesellschaft sowie dem Vereinswesen und der politischen Parteienbildung zu (S. 36).

Demgegenüber vermittelt Pierangelo Schiera in seinem Beitrag luzide Einsichten zum Verfassungsdenken zwischen europäischer Achtundvierzigerrevolution und Deutsch-Französischem Krieg. Der Politologe thematisiert hier die von ihm so benannte dritte Phase des europäischen Konstitutionalismus und erörtert am Beispiel von England, Frankreich und Deutschland die neue Ausrichtung der verfassungsrechtlichen Legitimation „auf das Volk, die Nation, das Parlament, die Wählerschaft, die Parteien, die soziale Frage und die sozialdemokratische Reform“. Auf allen diesen „dynamische[n] Faktoren“ und Elementen lässt sich aus seiner Sicht „eine Geschichte des Verfassungsdenkens ab Mitte des 19. Jahrhunderts aufbauen“, die langfristig „zur Verwirklichung jenes parlamentarisch-repräsentativen liberalen Staates“ führte, der am Ende der Entwicklung zwar demokratischen Prinzipien entsprach und uns heute vor Augen steht, der aber auf dem Weg dorthin in den zwei Dezennien zwischen 1850 und 1870 einerseits auf den Druck der sozialen Frage und des Klassenkampfes reagieren und Antworten finden musste und andererseits durch die damals ebenfalls erfolgten „Schritte in nationalistischer und imperialistischer Richtung“ einer „immer stärkeren Kritik“ ausgesetzt war, bereits in eine erste größere Krise geriet und dessen eigene Fundamente systematisch ausgehöhlt zu werden drohten (S. 139-169, hier S. 139, 141 u. 169).

In den auf Schieras ideenhistorischer, verfassungsrechtlicher und politologischer Darbietung folgenden Länderstudien werden dann die Verfassungsverhältnisse und ihre jeweilige Entwicklung in den verschiedenen europäischen Staaten von 1848 bis 1870 ausführlich beschrieben: Etwa bei Europas Großmächten, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland unter der ungewöhnlich langen Regierungszeit von Queen Victoria, dem bonapartistischen Second Empire Frankreichs unter Napoleon III. und dem autokratischen Regime Russlands unter den Zaren Nikolaus I. und Alexander II., aber auch im Falle des seine Machtposition innerhalb des Deutschen Bundes und europäischen Mächtekonzerths immer weiter ausbauenden Königreichs Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. und der im latenten Konflikt um die Deutsche Frage letztlich unterlegenen Habsburgermonarchie Österreichs unter Kaiser Franz Joseph I. Darüber hinaus wird die Verfassungsstaatlichkeit im Osmanischen Reich, in den skandinavischen Ländern Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland, den kleineren Staatswesen Luxemburg und Liechtenstein, der Helvetischen Republik der Schweiz, dem Königreich der Niederlande, den sich im Vormärz gebildeten Nationalstaaten Belgien und Griechenland, den früheren europäischen Großmächten auf der iberischen Halbinsel Spanien und Portugal, den Fürstentümern Serbien und Rumänien sowie in den unter preußischer, österreichischer und russischer Herrschaft stehenden und um ihre Unabhängigkeit ringenden Staaten Polen und Ungarn eingehend geschildert. Eine besondere, historisch gerechtfertigte Aufmerksamkeit erfahren zudem die ihren nationalen Einigungs- und Staatsbildungsprozess in diesem Viertel des 19. Jahrhunderts beschließenden Staaten, das Königreich Italien und die zunächst im Norddeutschen Bund und schließlich im Deutschen Reich verbundenen deutschen Einzelstaaten. Hier bieten die Beiträge von Francesca Sofia und Maria Pia Casalena über den italienischen Einigungs- und Verfassungsweg (S. 285-341), von Thomas Stockinger über die „Gesamtstaatliche Entwicklung“ des Deutschen Reiches 1848/49 (S. 649-683), von Jürgen Müller über den sich 1866 auflösenden, von der Forschung überwiegend negativ beurteilten Deutschen Bund (S. 684-730), von Christian Jansen über den historiographisch bislang nur unzureichend behandelten Norddeutschen Bund (S. 731-764), von Jonas Flöter über die deutschen Mittelstaaten – gemeint sind Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, das Kurfürstentum Hessen, das Großherzogtum Hessen und Nassau – (S. 765-818) und von Stefan Gerber über „Die deutschen Kleinstaaten“ (S. 819-881) ganz hervorragende Überblicke über die neuen Staatsgründungen und Verfassungswerke, aber auch über die bestehenden und sich im Zuge der Umbrüche verändernden Staatswesen und Verfassungszustände.

Leider können nicht alle Beiträge dieses für die Reaktions-, Gründer- und Reichseinigungszeit in Deutschland und Europa weiterführenden Standardwerkes ihrer Bedeutung gemäß vorgestellt und gewürdigt werden. Aber zusammen mit den zwei Vorläuferbänden der Handbuchreihe und vor allem mit dem zu diesem Werk gehörenden Teil der CD-ROM-Reihe „Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte“³, der „neben den zentralstaatlichen Verfassungstexten der Epoche auch andere verfassungsgeschichtlich relevante Textarten“, wie Ausführungsgesetze und Verordnungen, sowie Bilder erfasst hat und der eng auf den vorliegenden Band abgestimmt ist (S. 10), wird ein fundierter, substantieller Zugang zu einer systematisch-vergleichenden Darstellung der europäischen Verfassungsentwicklung im langen 19. Jahrhundert, genauer zwischen 1780 und 1920, ermöglicht. Obendrein ist der Band, wie die gesamte Reihe, wegen seiner Nähe zum aktuellen Forschungsstand, seinem gehobenen wissenschaftlichen Niveau und nicht zuletzt wegen seiner komparativen, umfassenden Schilderung des nationalen wie europäischen Verfassungsgeschehens im Zeitraum zwischen 1848 und 1870 anschlussfähig an andere, neuere Überblicksdarstellungen zur Verfassungsgeschichte der Neuzeit und Moderne⁴. Aus diesem Grund kann der Handbuchband jedem Fachwissenschaftler, wegen der guten Lesbarkeit der einzelnen Beiträge aber auch jedem an Europas Verfassungszuständen, an deren gegenseitigen Durchdringung und den feststellbaren Verbindungslinien zwischen den Ländern interessierten Leser dringend empfohlen werden. Das Werk wird in Zukunft zur Pflichtlektüre jedes mit der europäischen Verfassungshistoriographie beschäftigten Forschers werden, das für dessen Arbeit und weitere Studien nicht mehr wegzudenken sein wird – diese Prognose kann schon zum jetzigen Zeitpunkt mit einiger Gewissheit getroffen werden.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

³ Zu diesem Teil der CD-ROM-Reihe vgl.: Arthur Schlegelmilch/ Werner Daum/ Peter Brandt/ Martin Kirsch (Hrsg.): Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel, Teil 3: 1848-1870, Bonn 2015.

⁴ Matthias Schnettger: Kaiser und Reich. Eine Verfassungsgeschichte (1500-1806), Stuttgart 2020.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Hendrik Hansen / Tim Kraski (Hrsg): Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus. Das Staatsverständnis von Adam Smith.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2019 (= Staatsverständnisse, Band 135), 233 S., ISBN: 978-3-8329-7402-2

Das undifferenzierte Bild von Adam Smith als einem puren Wirtschaftsliberalen und Apologeten des ungehemmten Eigennutzes ist mittlerweile von der Wissenschaft so oft der Kritik unterzogen worden, dass es selbst als populäres Vorurteil ausgedient zu haben scheint. Als Forschungsthema ist aber gerade das in Wirklichkeit überaus komplexe Verhältnis von Ökonomie, Moral und Staatsverständnis bei Smith immer noch ein überaus ergiebiges Forschungsfeld.

Das beweist der von den Politikwissenschaftlern Hendrik Hansen und Tim Kraski (der während der Redaktion des Bandes verstarb) herausgegebene Aufsatzband „Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus“, dessen Beiträge sich vielleicht nicht restlos erschöpfend, aber sehr facettenreich dem Thema der Staatsphilosophie von Smith nacheinander (1) analytisch, (2) wirkungsgeschichtlich und (3) aktuell politisch nähern.



Für ersteres Thema könnte der Aufsatz von Bastian Ronge beispielhaft sein, der die oft zitierte und plakative Aufzählung der minimalstaatlichen Staatsaufgaben in Smiths „Wealth of Nations“ analysiert und feststellt, dass diese im weiteren Verlauf des Buches dann doch modifiziert und erweitert wurden, etwa um die Bildung, weil der Staat durchaus dafür zu sorgen habe, dass „das zukünftige Bildungsniveau der Bevölkerung signifikant gehoben wird.“ (S. 103). Ebenfalls interessant ist Christel Frickes Aufsatz über die Rechtsphilosophie (erhalten sind ja Smith „Lectures on Jurisprudence“), der diese aus einem „Sympathieverfahren“ (S. 47) ableitet. Diese Idee ergibt sich auch aus Smiths „Theory of Moral Sentiments“, das den Grundsatz, eine Handlung sei ethisch richtig, wenn ein unparteiischer Beobachter damit sympathisieren könnte, in den Mittelpunkt stellt.

Für das zweite Grundthema, die Wirkungsgeschichte Smiths, liefert unter anderem Michael Hochgeschwenders Beitrag über die Smith-Rezeption in den Gründungsjahren der USA Material. Smith hatte ja mit der Amerikanischen Revolution sympathisiert. Das Fazit ist, dass Smiths Einfluss auf das dortige Denken – vor allem in der Wirtschaftspolitik – geringer ist als man erwarten könnte, und dass die am ehesten als Smithianer zu bezeichnenden Gründerväter Jefferson und Madison eher Fehlinterpretationen von Smiths Oeuvre aufsaßen. Nicht minder interessant ist Birger P. Priddats Beitrag über die frühe Smith-Rezeption in Deutschland, wo wirtschaftsliberale Ideen generell spät Einzug hielten. Die beiden frühesten Rezensenten von Smiths „Wealth of Nations“, nämlich Johann G.H. Feder und Georg Sartorius, denen sich Priddat widmet, nahmen trotz aller Bewunderung für das Buch spätere Kritik deutscher Ökonomen

vorweg, die die Zeitgebundenheit des Staatsverständnisses und die ihrer Meinung nach zu restriktive Haltung gegenüber den Staatsaufgaben bei Smith betonen.

Zu erwähnen ist auch der Aufsatz von Hansen und Kraski selbst, der sich mit dem Verhältnis von Smith und Marx befasst. Wer meint, zwischen dem Smithschen und dem marxistischen Denken bestünde primär nur ein Wettbewerb darum, wer den arbeitenden Menschen einen fairen Anteil am Wohlstand geben kann, dem sei die Lektüre zwecks Korrektur dieses Bildes empfohlen. Mit seiner Kritik daran, dass eine freie Wirtschaft à la Smith den Interessenausgleich und die Doktrin vom Klassenkampf erreiche, ziele Marx auf eine Gesellschaft ab, die auf der „Ausmerzungen jeglicher Individualität“ (S. 152) basiere. Eventuell verbliebene liberale Sympathien mit Marx sind damit wirkungsvoll in Frage gestellt.

Bleibt noch, drittens, die aktuelle Relevanz von Smiths Staatsdenken. Hat Smith uns heute noch etwas zu sagen? Michael S. Aßländers Beitrag weist darauf hin, dass Smith mit seiner Betonung der staatlich gesetzten Funktionsbedingungen ein Vordenker der modernen Sozialen Marktwirtschaft gewesen sei. Der Markt alleine könne nicht moralisch funktionieren. Es sei der soziale Ausgleich bei Smith durchaus eines der wesentlichen Ziele staatlichen Handelns.

Und dann sind da noch Fragen, die Smith sich so nicht stellen konnte und für die sein Staatsinstrumentarium vielleicht nicht mehr ausreichend ist, wozu vor allem die digitalisierte Wirtschaft und Gesellschaft gehört. Dieses Thema nehmen sich Rolf Steltemeier und Tobias Knobloch in ihrem Schlussbeitrag an. Unternehmenskonzentration, Verlust der individuellen Kontrolle über das neue Wirtschaftsgut der Daten, abnehmendes Vermögen der Staaten, global Ordnungsrahmen zu setzen, das Entstehen neuer spontaner Ordnungen, wo Staatskontrolle nicht mehr wirkt – das alles sind Fragen, die im Smithschen Sinne angegangen werden könnten, aber für die Smiths Freiheitsbegriff „ohne Modifikationen nicht mehr ohne weiteres anwendbar ist.“ (S. 220). Hier könnten mehr digitale Bildung und neue globale Formen des Kartellrechts erste Abhilfe schaffen. Viele Entwicklungen stünden erst am Anfang. Deshalb sehen Steltemeier/Knobloch ihre Hauptaufgabe eher darin, entscheidende Fragen aufzuwerfen als sie definitiv zu beantworten. Es handelt sich um ein klassisches Zukunftsprojekt. Und besser ist die bleibende Relevanz von Adam Smith wohl kaum zu würdigen als im Fazit der Autoren: „Adam Smith kann an diesem Vorhaben durch die Schriften und Gedanken, die er uns hinterlassen hat, nur noch indirekt mitwirken. Aber wir können sicher sein, dass er als Optimist, Menschenfreund und Freiheitsliebender seine Freude daran hätte“ (S. 228).

Prag

Detmar Doering



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

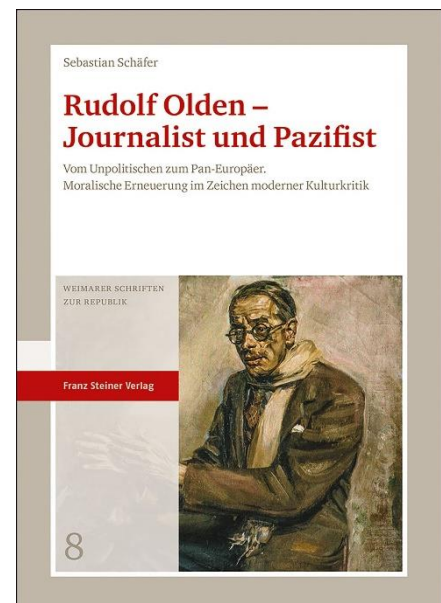
Sebastian Schäfer: Rudolf Olden – Journalist und Pazifist. Vom Unpolitischen zum Pan-Europäer. Moralische Erneuerung im Zeichen moderner Kulturkritik.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 8), 438 S., ISBN: 978-3-515-12393-8

Rudolf Olden – Radikaldemokrat, Pazifist, Humanist, liberaler Linker, bürgerlicher Demokrat: In Anbetracht dieser intellektuell-politischen Kategorisierungsversuche zu Leben und Werk eines fast vergessenen Journalisten (1885–1940) in den zurückliegenden Jahren mag sich so mancher, der in den Schablonen des Zeitgeists befangen ist, verwundert die Augen reiben: Und *der* figuriert jetzt in einer Rezensionssammlung zu Geschichte und Theorie des Liberalismus?

Lassen wir das schiere Faktum beiseite, dass all die genannten Kategorisierungen und der Liberalismus sich historisch immer wieder durchdrungen, befruchtet und ergänzt haben, so wäre es für Zweifler, was der Ossietzky- und Zlatan-Dudov-Verteidiger, der Rechtsberater der „Roten Hilfe“, denn nun im Dunstkreis des „bürgerlichen Liberalismus“ zu suchen habe, (auch hier!) hilfreich, in Ruth Greuners 1969 im Ostberliner Buchverlag „Der Morgen“ publizierter Sammlung von „Profilen linksbürgerlicher Publizisten“ zu blättern. Dort wird überzeugend dargelegt, dass wir es bei dem aus einer angesehenen jüdischen Familie stammenden, in materiell gehobenen Verhältnissen aufgewachsenen Olden in der Tat zuallererst mit einer bemerkenswerten Persönlichkeit der Weimarer Republik zu tun haben, die den „Katechismus des bürgerlichen Liberalismus in der Tasche“ hatte. Den linientreuen Kommunisten Kurt Stern, der Olden 1934 so zu charakterisieren (oder besser: karikieren) versuchte, hatte erzürnt, dass der „bürgerlich beschränkte“ Olden doch partout nicht die welthistorische Rolle der „revolutionären Arbeiterklasse“ verstehen wollte.

Fügt nun die hier anzuzeigende politikwissenschaftliche Dissertation an der TU Chemnitz, die aus den (weitgehend publizierten) Quellen und umfangreicher Sekundärliteratur zur Geistesgeschichte der Epoche gearbeitet ist, grundlegend neue, die Einordnung Oldens in die politisch-historischen Kategorisierungsschemata verändernde Aspekte hinzu? Die Antwort des Rezensenten ist ein klares Nein! Dies bedeutet jedoch nicht, dass die in der Tat große Mühsal, sich durch Schäfers bisweilen hermetische Sprache (S. 182: „Das Leben Oldens im geistigen Sinne zu erfassen, bildete die argumentative Ausgangsposition seiner intellektuellen Biographie.“), und durch die Überfülle an orthographischen und grammatikalischen Fehlern (gibt es in Deutschland keine Lektorate mehr, die z. B. wissen, dass eine Subjunktion nicht einfach „geschlampt“ werden darf, ohne den Sinn eines Nebensatzes aufzulösen?) zu arbeiten, ja häufig genug: zu quälen, verlorene Liebesmüh wäre.



Schäfers gründliche Lektüre des publizistischen oder journalistischen Oeuvres von Rudolf Olden hilft dem Leser, den Helden dieser „intellektuellen Biographie“ verständlicher in den geistigen Auseinandersetzungen seiner Zeit wiederzufinden. Dies gilt auch und gerade, weil der Detailreichtum, mit dem die Windungen, gelegentlich auch Wendungen Oldenschen Denkens nachgezeichnet werden, alles andere als ein widerspruchsfreies oder gar abschließendes Bild ergibt. Der „unermüdliche Liberale“ (so der „Linksbüchernerianer“ Stefan Howald) blieb zeit seines Lebens ein Suchender, ein Skeptiker, ein „allem Dogmatikerstarrsinn und freilich auch aller Ideen-Inbrunst ferner Freund des Anstands, der persönlichen Freiheit, der Menschlichkeit“ (so der streitbare „Radikalpazifist“ Kurt Hiller in seinem emphatischen Nachruf vom September 1940).

Wer von Schäfers Arbeit – entgegen der ausdrücklichen Ankündigung des Autors – dennoch tiefere, erklärende Hinweise zur Biographie erhofft, muss enttäuscht werden. Die familiären Ursprünge in einer eher künstlerisch denn intellektuell geprägten bürgerlichen Umwelt, die Rolle des literarisch tätigen Vaters oder der schauspielernden Mutter bleiben ebenso unberücksichtigt wie die Erfahrungen der Jugend oder erster beruflicher Sozialisation. Auch die für jede Vita so wichtigen Beziehungsgeflechte, z. B. die drei Oldenschen Ehepartnerinnen oder andere persönliche Netzwerke, finden – sicher auch aufgrund der schwierigen Quellenlage – nur randständige Berücksichtigung. Das ist bedauerlich, weil wichtige Lebensentscheidungen Oldens – „cherchez la femme!“ – oft auf dieser Ebene vorbereitet wurden.

Basierend auf seinem im Deutschen Exilarchiv teilüberlieferten Briefwechsel treten wir in Oldens intellektuelle Entwicklung daher erst kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges ein – also bereits in der Lebensmitte(!) des Helden. Im prägenden Umgang mit Arthur Schnitzler, der allerdings Oldens erste literarische Versuche kaltherzig zerpflückt, taucht der promovierte Jurist ein in die Geisteswelt der Wiener Moderne. Er lernt den erfolgreichen Schriftsteller Jakob Wassermann kennen, dessen Künstlerroman „Das Gänsemännchen“ für Olden „eine narrative Verdichtung seiner gesellschaftlichen Existenz und seines seelischen Zustandes in der Vorkriegszeit“ (S. 54) gewesen sei, so Schäfer.

Wie so mancher euphorische (bürgerliche) Kriegsfreiwillige des August 1914 entflieht Olden einer persönlichen Identitätskrise, dem Gefühl der – von Georg Heym so einprägsam beschriebenen – „Langeweile“ und dem „kollektiven Unbehagen an zivilisatorischen Modernisierungsprozessen“ (Th. Anz) in das ersehnte Purgatorium des großen Krieges – um daraus nach vier Jahren zurückzukehren: erneut gelangweilt, kaum profunder orientiert und perspektivlos. Die annoncierte „Politisierung im Schützengraben“ bleibt mehr als diffus. Es gelingt der Studie zudem nicht, das kriegszeitliche „Damaskus“-Erlebnis Oldens aus den konsultierten Quellen heraus zu präparieren, das ihn vom wilhelminisch geprägten Kriegsenthusiasten zum gesellschaftskritischen Pazifisten werden ließ. Dies ist für die Gesamtstudie insofern beachtenswert, weil sich hier schon offenbart, wie problematisch der heuristische Grundansatz der Studie ist, die – wie der Titel besagt – Olden vor allem als „Pazifisten“ perzipiert. Auch wenn Olden in vielen Detailfragen Argumente und Narrative des zeitgenössischen Pazifismus teilt, so gelingt es Schäfer kaum, seinen Helden in den Quisquilien der diversen pazifistischen Organisationen der Zwischenkriegszeit zu verorten – da sei der Individualist Olden vor! Es gelingt aber ebenso wenig, eine konsistente, genuin Oldensche Pazifismus-Position zu definieren. Es bleibt beim „gemäßigten Pazifismus“, der dann aber doch wiederum ganz anders ist als jener erklärt gemäßigter Pazifisten. Die Studie bleibt gerade dort weit hinter ihrem Anspruch zurück, wo sie dem eigenen Forschungsansatz Genüge leisten will. Da hilft auch der eher erratisch in die Arbeit hineinragende kursorische Überblick über die Geschichte deutscher pazifistischer Organisationen wenig – es sei denn, man wolle gerade Oldens Ferne, ja seine oft genug eindeutige Ablehnung der dort gepflegten Diskurse unterstreichen.

Die beiden zentralen Kapitel der Arbeit sind den „Wiener“ resp. den „Berliner Jahren“ gewidmet. Das Weltkriegsende sieht Olden in Wien (1919–1926), wo er erstmalig professionell als Journalist (bei einer pazifistischen Wochenschrift bzw. bei bürgerlich-demokratisch orientierten Tageszeitungen) tätig wird. In den revolutionären Stürmen 1919/20 steht Olden erklärtermaßen nicht auf Seiten der sozialistisch-marxistischen Gesellschaftsveränderer. Der Autor sieht Olden vielmehr unter dem geistigen Einfluss der (nicht-marxistischen) britischen Fabians. Das bedeutet: Ja zu einer politisch-institutionellen und rechtlichen Revolution, Ja zur Durchsetzung der Menschen- und Freiheitsrechte, Ja zur Überwindung des überkommenen Nationalismus und Militarismus, aber auch ebenso deutliche Ablehnung des Rätemodells und des Bolschewismus. Die zeitgenössisch polarisierende Frage „Wie hältst Du's mit dem Versailler Vertrag“, bleibt letztlich unbeantwortet, auch wenn Olden im Handeln der Siegermächte primär jenen Ungeist aufflackern sieht, der den Weltkrieg erst hervorgebracht habe.

Der von Hause aus frankophile Olden hatte sich in Wien – nicht zuletzt unter der Ägide seines (sozialdemokratischen) Mentors Benno Karpeles – auf die Reise in ein neues, friedliches Europa begeben, für das ihm ein Interessenausgleich zwischen Deutschland und Frankreich – trotz aller übermächtigen Ressentiments – essentiell erschien. Beide Staaten seien mit „unlöslichen Ketten“ (Olden) aneinander geschmiedet. Nicht nur hier stand Olden dem Denken Walter Rathenaus (und später auch dem Außenpolitiker Gustav Stresemann) nahe. Trotz prinzipieller Befürwortung des Völkerbundes folgte Olden dem Paneuropa-Konzept Coudenhove-Kalergis: Der europäische Bundesstaat sollte einer völkerrechtsorientierten Neuordnung der Nachkriegswelt erst den rechten Impuls geben.

Bereits in Wien stößt Olden (in der Auseinandersetzung mit dem Kapp-Putsch, dann mit dem Hitler-Putsch und seiner unterbliebenen juristischen Aufarbeitung) auf jenes Themenfeld, das den Rest seines Lebens begleiten, ja bestimmen sollte: Die Auseinandersetzung mit den Feinden von sozialer Republik und liberaler Demokratie. Sie, die sich dem von Olden erhofften Nachkriegsaufbruch verweigert und entgegengestellt haben, findet er vor allem in den Kreisen des Militärs und der Justiz. Von 1923 an und dann natürlich erst recht in seinen „Berliner Jahren“ (1926–1933) wird Olden nicht müde werden, die Feinde der Republik beim Namen zu nennen, ihnen als Journalist (und stellvertretender Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“), nun aber auch als rechtsanwaltlich tätiger Jurist in die Parade zu fahren. Wenn Olden Justizopfer bzw. Bürger, die von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch gemacht haben, vor Gericht verteidigt, so wechselt er aus der Rolle des kommentierenden journalistischen Zaungastes in die eines politischen Akteurs. Kein Wunder, dass die Feinde der Demokratie, als sie – allen Warnungen Oldens zum Trotz – im Januar 1933 ihr Ziel erreicht haben, ihre Häsher auch rasch auf Olden loslassen, der sich buchstäblich in letzter Minute in die Tschechoslowakei absetzen kann. Ein Zurück gibt es für ihn, den Berufsverbot und Ausbürgerung treffen, nicht. Olden bleibt dann das Schicksal vieler deutscher Emigranten nicht erspart: Erst ignoriert man ihren Anti-Hitlerismus, ja findet ihn gar degoutant. Dann sperrt man sie – als „Enemy Aliens“ – in Internierungslager ein. Was den Gestapo-Schergen im Februar 1933 versagt geblieben war, „gelingt“ im September 1940 einem deutschen U-Boot-Torpedo: Olden ertrinkt wie Hunderte anderer Passagiere im Atlantik, als das britische Schiff, das ihn und seine Frau in ein neues Leben in den USA führen soll, versenkt wird.

Jeder Rezensent, der Schäfers Studie zur Seite legt, wird zunächst tief durchatmen. Allzu offensichtlich sind die sprachlichen und strukturellen Mängel, allzu ärgerlich die überflüssigen inhaltlichen Exkurse, Zwischenrésumés und Redundanzen in Anbetracht eklatanter interpretatorischer wie formeller (das Fehlen eines Personenregisters!!) Defizite. Und dennoch bleibt die Arbeit ein interessanter und rezeptionswürdiger Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens und zur deutschen Geschichte in der Zwischenkriegszeit. Damals mühte sich ein liberaler Kopf ohne größeren systematisch-wissenschaftlichen Ehrgeiz gegen den (erneut) aufziehenden Ungeist von Militarismus, Nationalismus und Autoritarismus mit der Macht des Wortes

anzukämpfen. Sozialer Rechtsstaat und liberale Demokratie waren sein Ziel. Rudolf Olden, der in den letzten Lebensjahren in größte persönliche und intellektuelle Verzweiflung versunken sein dürfte ob des unaufhaltsamen Umsichgreifens von Hass und Unvernunft – ihm blieb es verwehrt zu erleben, dass viele der von ihm angedachten und propagierten Zukunftsentwürfe für ein besseres Deutschland in einem friedlichen Europa weithin Realität wurden. Wie hätte er wertgeschätzt, was vielen heutzutage zur kaum mehr beachteten Selbstverständlichkeit geworden ist!

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

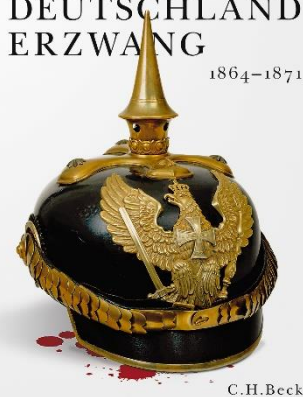
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Christoph Jahr: Blut und Eisen. Wie Preußen Deutschland erzwang 1864-1871.

München: C H Beck 2020, 368 S., ISBN: 978-3-406-75542-2

Ein Detail aus dem Jahr 1971 macht deutlich, wie schwer sich schon damals die deutsche Öffentlichkeit mit der früher immer feierlich begangenen Reichsgründung von 1871 tat: Zu deren 100. Wiederkehr kam – anders als nun – eine Sondermünze im Wert von 5 DM heraus, deren Silbergehalt aktuell mehr wert ist als der Nominalwert. Die Münze erwähnt jedoch den eigentlichen Anlass nicht, sondern zeigt das Reichstagsgebäude – das erst 1894 eingeweiht wurde – in der ursprünglichen Form und die 1915 dort angebrachte Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“, den Rand der Münze zierte der Beginn der dritten Strophe des Deutschlandliedes, welches 1922 erstmals und dann 1952 mit eben dieser Strophe endgültig zur deutschen Nationalhymne wurde. In den meisten gängigen Münzkatalogen taucht dieses Fünfmärkstück bis heute unter der Überschrift „Jahrestag der Reichsgründung“ o. ä. auf, indem die ebenfalls eingepprägten Jahreszahlen „1871-1971“ zur Einordnung aufgegriffen werden.

Christoph Jahr
BLUT UND EISEN
**WIE PREUSSEN
DEUTSCHLAND
ERZWANG**
1864–1871



Die großen Ambivalenzen der deutschen Nationalstaatsgründung vor inzwischen 150 Jahren werden auch in dem Buch von Christoph Jahr deutlich sichtbar, das den unmittelbaren Entstehungsprozess nochmals nachzeichnet. Dies gilt vor allem für die Einführung und das Schlusskapitel nicht nur deshalb, weil dort zweimal der Versailler Spiegelsaal abgebildet ist: anfangs in Form einer Schwarzweiß-Kopie der berühmten Proklamationszene von Anton von Werner und schließlich als zeitgenössische Illustration des Lazaretts, als das der Spiegelsaal während des Krieges von 1870/71 vornehmlich diente.

Auch sonst will der Autor erkennbar in positiver Absicht irritieren, um so die durchaus komplexen Geschehnisse, die zur Entstehung des Kaiserreiches führten, einem Publikum näherzubringen, das um diese Geschehnisse kaum noch weiß. Denn: „Die Erinnerung an sie ist längst überlagert von den nachfolgenden Weltkriegen und ruht tief sedimentiert am Grund des kollektiven Gedächtnisses“ (S. 291). Dem ist kaum zu widersprechen, auch wenn über das Kaiserreich nun möglicherweise neuerliche Kontroversen ausbrechen, die über die Historiker-Fachwelt hinausgehen.

Doch auch diese könnte zunächst von Jahrs Darstellung etwas irritiert werden, denn sie folgt im Aufbau dem kriegesischen Dreiklang, der den Weg zur Kaiserproklamation ebnete. So steigt der Autor unvermittelt mit dem diplomatischen Gerangel um die Schleswig-Holstein-Frage ein, das in den Krieg zwischen Dänemark und Deutschland, genauer gesagt den preußisch-österreichischen Feldzug von 1864 gegen die Südschleswig führte. Warum diese Frage, wohin Schleswig und Holstein gehörten, so explosiv aufgeladen war, wird zunächst nicht ganz klar. Dafür bekommt man sehr anschauliche Eindrücke vom Feldzug, auch den weniger heroischen.

schen Seiten, da Jahr auch alltägliche Quellen heranzieht, um die Stimmungen unter den Beteiligten auch jenseits der Führungsebenen einzufangen, was nicht nur in diesem Kapitel hervorragend gelingt. Zwei Punkte fallen auf: die recht positive Beurteilung der „listigen“ Politik Bismarcks, die „nicht skrupelloser (war) als die anderer Staaten“ (S. 74 f.), und der Hinweis auf die stark „von nationalistischen Wallungen“ bestimmte Öffentlichkeit im militärisch dann schnell niedergeworfenen Dänemark (S. 76).

Im zweiten Hauptkapitel zum „Bürgerkrieg“ von 1866 wird die notwendige Perspektivenerweiterung gewissermaßen nachgeholt. Hier werden dann auch die Revolution von 1848 und der Wiederaufstieg der liberalen Nationalbewegung seit 1859 einbezogen. Deren Bedeutung wird man vielleicht höher einschätzen als es Jahr tut, der vor allem die preußische Regierung als die entscheidenden Akteure einschätzt und darin schließlich die große Hypothek der gesamten Nationalstaatsgründung sieht. Der Druck, den der Nationalverein und die mit ihm verbundenen Fortschrittsparteien in Parlamenten und Öffentlichkeit ausübte, war ein, wenn nicht der entscheidende Grund, warum Preußen nach 1864 den traditionellen Weg der Zusammenarbeit mit Österreich verließ, und zunächst Norddeutschland und dann das gesamte außerösterreichische Deutschland unter seiner Führung vereinte.

Alternativen dazu gab es kaum, es sei denn man wollte alles so belassen, wie es bis 1866 war. Aber die vom Deutschen Bund symbolisierte, nach innen recht repressive Ordnung von 1815 hatte in der deutschen Öffentlichkeit kaum Anhänger. Und ein großdeutsches Konglomerat unter Habsburgischer Oberhoheit wäre für Europa wohl noch weniger verdaulich gewesen als die kleindeutsche Lösung und vermutlich kaum weniger blutig zu haben gewesen, wenn man den von Jahr zitierten Radikaldemokraten Martin Venedey zum Maßstab nimmt (S. 82 f.). Für 1866 – und noch mehr für 1870/71 – galt doch: „Mit den Preußen, so schien es den Zeitgenossen, zog die neue Zeit, mochte man das begrüßen, verteufeln oder achselzuckend zur Kenntnis nehmen“ (S. 139). Die große Mehrheit der Liberalen, auch der Bismarck-kritische Linksliberalismus, hat es eher begrüßt, nennenswerte Ausnahmen gab es eigentlich nur in Süddeutschland.

Die Beschreibung des militärischen Geschehens bleibt dicht und anschaulich auch im letzten Großkapitel zum Krieg von 1870/71, der nun im Gegensatz zu den früheren ein wirklicher Nationalkrieg war. Der Ausgang war genauso wie schon 1866 nicht so klar und auch nicht so zwangsläufig, wie es im Nachhinein schien. Ob aber die preußisch-deutschen Siege „einem Übermaß an Glück“ entsprangen (S. 216), ist sicherlich diskutabel, zumindest der napoleonischen Armee waren die vereinten deutschen Kräfte überlegen und sie meisterten schließlich auch das neuerliche „Levée en masse“ der folgenden republikanischen Regierung. Dass die dann so ins Bewusstsein gerückte „Kaiserproklamation“ vom 18. Januar eher eine ziemlich „verkrampfte“ Veranstaltung war (S. 258) und der liberal geprägte Reichstag für die Reichsgründung viel wichtiger war, als dies später die, auch von ehemaligen liberalen Historikern betriebene borussische Geschichtsschreibung wahrhaben wollte, sind sicherlich keine neuen Erkenntnisse, aber es ist zu begrüßen, dass dies nochmals ausdrücklich festgestellt wird. Bedenkenswert ist die Feststellung, dass aus den „Einigungskriegen“ nicht nur das moderne Deutschland, sondern auch das moderne Dänemark und Frankreich hervorgegangen sind. Nur in Österreich, so könnte man anfügen, verzögerte sich diese Entwicklung nochmals um ein halbes Jahrhundert.

Im kürzeren Schlusskapitel wird dann mittels eines Ausblicks auf die sehr unterschiedliche Gedenk- und Erinnerungskultur in den an den Einigungskriegen beteiligten Staaten eine längerfristige Einordnung der Reichsgründung versucht. Auch hier bleibt Jahr bei der abwägenden Beurteilung, die nicht zu einfacher Bejahung oder Verwerfung kommt, auch wenn er die Rolle Preußens zunächst bei der Nationalstaatsgründung und dann im Kaiserreich sehr kritisch sieht – und seine Rolle in der Weimarer Republik ausspart. Zuzustimmen ist ihm in seiner Andeu-

tung, dass die einzige mögliche Alternative in einem echten Zusammenspiel von aufgeschlossenen Monarchen und liberaler Nationalbewegung bestanden hätte, so wie es in Baden – ohne größere Auswirkungen – und auf der italienischen Halbinsel praktiziert wurde, wo daraus eine liberale Dominanz hervorging.

1871 war keineswegs klar, wohin sich Deutschland bewegen würde. Und der neu entstandene Staat hatte durchaus liberales Potential, wie 50 Jahre später der von Jahr zitierte linksliberale Journalist Ernst Feder meinte, der in der Weimarer Reichsverfassung die logische Folge der Reichsgründung erblickte. Dass er sich darin irrte, gehört zur Tragik nicht nur des deutschen Liberalismus.

Insgesamt hat man es bei „Blut und Eisen“ mit einem facetten- und gedankenreichen Buch zu tun, das man jedem, der an der „deutschen Revolution“ – so der Zeitgenossen Benjamin Disraeli (S. 284) –, ihrem Zustandekommen und ihre Folgen interessiert ist, nur wärmstens empfehlen kann.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

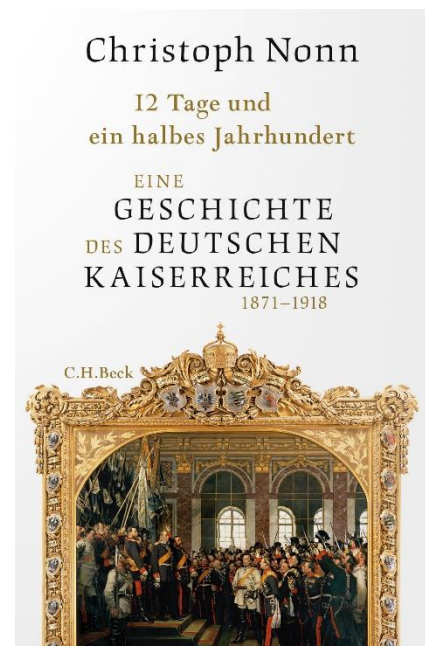
Christoph Nonn: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreiches 1871-1918.

München: C.H. Beck, 2020, 686 S., ISBN: 978-3-406-75569-9

Der Zugang ist zweifellos originell und wird manchen Leser, der den Obertitel nicht genau zur Kenntnis nimmt und sich vor allem am Untertitel orientiert, vermutlich irritieren: Christoph Nonn bietet keinen historischen Abriss, dessen Systematik ohnehin schwer ist, des genau vor 150 Jahren gegründeten und vor rund 102 Jahren untergegangenen „Deutschen Kaiserreiches“. Im Gegenteil, in seiner einleitenden „Gebrauchsanweisung“ polemisiert er recht scharf gegen die traditionellen Handbücher als zu „statisch“. Nicht alle, insbesondere Studenten und Lehrende, die einen Einstieg resp. Überblick suchen, werden diese Polemik teilen. Allerdings gibt es bereits viele Handbücher in unterschiedlichen Formaten, angefangen von J. Ziekursch über M. Stürmer, H.-U. Wehler und Th. Nipperdey bis zu V. Ullrich, H.-P. Ullmann und V. Berghahn, um nur einige deutschsprachige Autoren zu nennen.

Von vielen dieser oft verdienstvollen Werke unterscheidet sich Nonns Buch nicht nur im Aufbau, sondern auch durch eine vorbildhafte Lesbarkeit, was wiederum mit dem Aufbau zu tun hat: Gehen die traditionellen Handbücher in der Regel den Weg vom Allgemeinen zum Besonderen, das heißt, sie veranschaulichen ihre allgemeinen Aussagen dann mit Beispielen, so kehrt Nonn das Verfahren um. Er steigt mit einer Situation, einem Ereignis ein und versucht, daran dann Allgemeines festzumachen und zu erläutern. Um ein Beispiel zu geben: Nach einer eingehenden Schilderung des Coups, der dem Schuhmacher und Berufsverbrecher Wilhelm Voigt am 16. Oktober 1906 im Köpenicker Rathaus gelang, folgt eine sehr reflektierte Diskussion des „Militarismus“-Problems in der Wilhelminischen Gesellschaft.

Auf diese Weise gelingt es Nonn sehr gut, in zwölf Kapiteln die zentralen Fragen und Probleme des Kaiserreiches zwischen dem 17. Januar 1871 und 9. November 1918 einzufangen und darzustellen: den Kulturkampf mit der – erfundenen Marienerscheinung von Marpingen 1876, Sozialistengesetze und Frauenfrage mit den Reaktionen in der Familie Bebel auf die Attentate vom Frühjahr 1878,¹ die Entstehung der Sozialversicherung mit dem Leben von Theodor Lohmann, den Kolonialismus mit einem „Vertrag“ von kaiserlichen Beamten mit einem Herero-Führer 1885, die Frage Agrar- oder Industriestaat mit Bismarcks Entlassung im März 1890, die Flottenrüstung mit dem Leben von Tirpitz, den Antisemitismus und die Frage nationaler Minderheiten mit einem angeblichen „Ritualmord“ im westpreußischen Konitz, die Möglichkeit ei-



¹ Vgl. dazu aber den merkwürdigen Widerspruch auf S. 586, zumindest das zweite Attentat auf Wilhelm I. ging nur knapp am Tod des Monarchen vorbei.

ner Parlamentarisierung des Reiches am Beispiel der Daily-Telegraph-Affäre im Herbst 1908. Kriegsausbruch 1914, Kriegsverlauf und Kriegsende 1918 werden schließlich aufgehängt am Tagebuch einer Freiburger Verlegersgattin und den Umtrieben der Münchner Sozialdemokratie. Dabei interessiert Nonn weniger die berüchtigte Kriegsschuldfrage als vielmehr die Stimmungen und Wahrnehmungen deren, die den Krieg dann hautnah an der Front oder indirekt in der Heimat erlebten. Den Untergang der Monarchie begründet er vor allem mit der zunehmend katastrophalen Versorgungslage im Krieg, die verstärkt durch die Kriegsentwicklung zum allseitigen Verfall der staatlichen Autoritäten führte und ausgerechnet Bayern zum Vorreiter der Revolution machte. Zwischen den Kapiteln gibt es Querverbindungen, so wird die Frauenfrage auch wieder im Zusammenhang mit dem Weltkrieg aufgegriffen, womit die vom Autor versprochene „Dynamik“ der Darstellung eingelöst wird.

Alle diese Kapitel bieten einerseits einen anschaulichen Einstieg in Konstellationen und Befindlichkeiten am Beispiel von Einzelschicksalen sehr unterschiedlicher Personen, die ihrerseits ein Abbild der kaiserzeitlichen Gesellschaft und der regionalen Vielfalt des damaligen Deutschlands widerspiegeln. Das nicht nur kulturpolitisch wichtige protestantische Bürgertum liberaler Provenienz ist vielleicht etwas unterrepräsentiert; ihm kann man hier allenfalls den verarmten Adligen Anton von Werner zurechnen, der im Verfassungskonflikt mit der Fortschrittspartei und später den Nationalliberalen sympathisierte. Andererseits erhält man so auch Anknüpfungspunkte für die zentralen, oben aufgezählten Punkte der Forschungsdiskussion zum Kaiserreich, die Nonn immer wieder basierend auf den jeweils einschlägigen Werken einfließen lässt und abwägend kommentiert. Es gibt sogar neben dem Literaturverzeichnis jeweils einen Anhang mit Lektüreempfehlungen, was Studenten freuen wird.

Das damit vermittelte Bild vom ersten deutschen Nationalstaat ist überaus reflektiert, verschweigt nirgendwo die politischen und gesellschaftlichen Probleme und deren langfristige Folgen, ohne diese – wie es jetzt wieder Mode zu werden scheint – überzubetonen (vgl. etwa S. 620). Im Gegenteil, Nonn stellt eher die vergleichsweise Fortschrittlichkeit des Kaiserreiches etwa bei der Sozialgesetzgebung (vgl. S. 198 f.) oder in puncto Rechtsstaatlichkeit (vgl. S. 514 f.) heraus und sieht es auch keinesfalls „übermilitarisiert“ (vgl. S. 451 ff.). Die im Klappentext hervorgehobene „Janusköpfigkeit“ der Darstellung lässt sich am ehesten vielleicht beim Thema Parlamentarisierung festmachen: Mehrfach wieder wird auf den nicht nur symbolischen Aufstieg des Reichstags hingewiesen, der im Vorkriegsjahrzehnt immer stärkere Ansätze zur Bindung der Reichsleitung an die gewählte Legislative machte und dabei auch die Hoheit über den Militäretat zu erobern begann (S. 461 f., siehe dagegen aber S. 515 f.). Allerdings war keine Fraktion und keine Parteiführung letztlich bereit, politisch wirklich Verantwortung zu übernehmen und die „Komfortzone“ der „verantwortungslosen“ Kritik, die durchaus für die eigene Klientel profitabel sein konnte, zu verlassen.

Auch ist Nonn sehr zurückhaltend mit Schuldzuweisungen an die verantwortlich Handelnden, von denen in seiner Darstellung natürlich vor allem Bismarck, Wilhelm II., Tirpitz und Bernhard von Bülow auftauchen. Statt bösen Willen oder Durchtriebenheit werden ihnen eher charakterliche Defizite wie Altersstarrheit (Bismarck), Wankelmütigkeit, Eitelkeit und Selbstüberschätzung (Wilhelm II.) oder schlicht Überforderung und Unfähigkeit (Bülow) attestiert, was sicherlich einiges für sich hat. In diesem Zusammenhang möchte der Rezensent die einzige inhaltliche Kritik – wenn man davon absieht, dass das Schiff „Imperator“ natürlich nicht für „Kreuzfahrten“, sondern für den Passagiertransport auf dem Nordatlantik gedacht war (s. S. 353) – anfügen: Friedrich Naumann wird unterstellt, er habe den eher konservativen Sozialpolitiker und Bismarck-Helfer Theodor Lohmann bei dessen Tod 1905 (!) für die Liberalen und deren Arbeiterpolitik „einzugemeinden“ versucht (S. 200). Diese Einschätzung, die von Nonn aus der Sekundärliteratur übernommen wird, geht auf eine ungezeichnete Notiz in „Der Hilfe“ vom 10. September 1905 zurück, die eher nicht von Naumann stammt und wo vor allem auf die Verbindung Lohmanns zum Sozialprotestantismus und zur Inneren Mission abgehoben wird, von

einer liberalen Affinität aber keine Rede ist. Ein solches Versehen ist natürlich sehr verzeihlich, da nicht die gesamte Darstellung aus Quellen bestritten werden kann, die Nonn vornehmlich für die meist weniger bekannten, die Kapitel eröffnenden „Einzelschicksale“ einsetzt.

Wie kommt nun der Liberalismus weg? Abgesehen davon, dass er kaum durch Einzelpersonen präsentiert wird, ist seine Darstellung als Teil der politischen Kultur und des politischen Kräftespiels hier sicherlich angemessen, ja man könnte sogar eine gewisse Sympathie beim Autor herauslesen, etwa im Kapitel über den Antisemitismus (S. 406) oder bei dem Versuch einer Ehrenrettung für den viel gescholtenen Bürgermeister von Köpenick (S. 451 ff.). Ein sehr nachdenkenswerter Ansatz für die Erklärung der Wandlungen, die vor allem die Linksliberalen im Kaiserreich vollzogen und für die paradigmatisch Eugen Richter und Friedrich Naumann standen, ist Nonns Einschätzung, dass es auch im Freisinn zu einer wachsenden Identifikation mit diesem Staat kam, die – wenn man so will – eine konstruktivere Haltung zur Regierungspolitik bis hin zur Unterstützung für die Weltpolitik – auch um eigene Ziele durchzusetzen – zur Folge hatte (S. 345 f.).

Insgesamt hat man es hier mit einem hervorragenden Stück Geschichtsschreibung zu tun, das beiden Zielgruppen – dem historisch Interessierten und dem Fachhistoriker – viel bietet: Ersterer kann zwar hier nur so schwer etwas nachschlagen, aber hat eine Reihe von gut begehbaren Zugangsmöglichkeiten in die Geschichte des Kaiserreiches, die er von Anfang bis Ende, aber auch nur kapitelweise gewinnbringend lesen kann. Für die Fachwelt ergeben sich neue Perspektiven, bei denen sich Besonderes und Allgemeines zu einer überaus gelungenen Synthese verbinden. Nicht zuletzt auch wegen der Ausgewogenheit der Darstellung kann dieses Buch als Lektüre zum 150. Geburtstag des deutschen Nationalstaates nur empfohlen werden.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Ewald Grothe / Jens Hacke (Hrsg.): Liberales Denken in der Krise der Weltkriegsepoche: Moritz Julius Bonn.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2018 (= Staatsdiskurse, Band 36). 231 S., ISBN: 978-3-515-12234-4

Moritz J. Bonn war ein „Wandering Scholar“, wie der mit Blick auf seine jüdische Herkunft anspielungsreiche englische Titel seiner 1949 publizierten Lebenserinnerungen lautet. Wenn Bonn in neuerer Zeit vermehrt Aufmerksamkeit findet, so liegt das an der Wiederentdeckung demokratischer Traditionsbestände, aber auch an seiner transnationalen Biographie, die in den elf Beiträgen dieses aus einer Tagung hervorgegangenen Sammelbandes immer wieder thematisiert wird.

Wenige deutsche Akademiker des späten Kaiserreichs und der Zwischenkriegszeit waren so reisefreudig und international so gut vernetzt wie der 1873 in Frankfurt am Main als Sohn einer Bankiersfamilie geborene Bonn. Wissenschaft war für ihn fast immer mit beobachten der Feldforschung und praktischer Tätigkeit verbunden. So hielt er sich nach seiner Promotion bei dem Münchener „Kathedersozialisten“ Lujo Brentano für längere Zeit in England und Irland auf, heiratete eine Engländerin der Oberschicht und publizierte 1906 seine Habilitationsschrift über irische Agrarpolitik und die Folgen der englischen Kolonisation gleichzeitig auf Deutsch und Englisch. Es folgte ein einjähriger Aufenthalt in Südafrika, wo er die deutsche Kolonialpolitik in Südwest-Afrika studieren konnte. Wegen seiner jüdischen Konfession war seine akademische Karriere in Deutschland nicht einfach; immerhin konnte er sich 1910 als Gründungsdirektor der Münchener Handelshochschule etablieren. Eine Gastprofessur im kalifornischen Berkeley just zu Beginn des Ersten Weltkriegs sollte sich nicht als Nachteil für seine Karriere erweisen. Bis zu seiner Ausweisung infolge des amerikanischen Kriegseintritts im Jahr 1917 verdingte er sich an verschiedenen amerikanischen Universitäten und arbeitete schließlich für die deutsche Botschaft. Nach seiner Rückkehr nach Europa etablierte er sich nun nicht nur als England- und Kolonial-, sondern auch als Amerikaexperte.

Dank seiner vielfältigen Kontakte, seinem offenkundigen Engagement für die Republik – 1919 war er einer der Mitgründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – und nicht zuletzt seiner Expertise als Nationalökonom, der mit seinem Sensorium für Politik über den Tellerrand des eigenen Faches zu sehen vermochte, nahm er als Mitglied der deutschen Delegation in Versailles und zeitweise als offizieller Berater an zahlreichen Reparations- und Wirtschaftskonferenzen teil. Der Höhepunkt seiner Karriere und Bekanntheit fiel in die Zeit der Weimarer Republik: Er galt als nicht theoretischer, sondern praxisorientierter, für viele seiner Kollegen zweifellos zu stark journalistisch arbeitender Ökonom und Zeitbeobachter, der mit einer Fülle von



Büchern und Zeitungsartikeln auch ein breites Publikum ansprach. Ewald Grothe beschreibt in seinem Beitrag anschaulich die Zeitanalyse und Zukunftssicht in der Publizistik dieses „öffentlichen Intellektuellen“, der die verschiedenen „Krisen“ der Nachkriegszeit thematisierte (und man hätte sich gewünscht, dass der Autor hier auf die Forschung zu den Weimarer Krisendebatten eingegangen wäre). Bonn war „kein Beschwörer der Krise, kein verstärkender, sondern ein kalmierender Beobachter und kühler Analytiker“ (S. 24). Trotz der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemlagen gehörte er bis in die Zeit der Weltwirtschaftskrise hinein zu den Optimisten. Er, wie im Übrigen viele aus dem Umfeld des Magazins der Wirtschaft, für das er ebenfalls publizierte, sah die Chancen des Parlamentarismus, der Demokratie, des Liberalismus (S. 24) und, wie man hinzufügen müsste, des Kapitalismus.

Auch Bonn wurde 1933 von den politischen Ereignissen überrollt. Seiner absehbaren Absetzung als Rektor der Berliner Handelshochschule kam der scharfe Kritiker des Nationalsozialismus und Faschismus 1933 durch seinen Rücktritt und die Emigration über Österreich nach London zuvor, wo er bis 1938 an der London School of Economics lehrte, bevor er sich auf den Weg in die USA machte, wo er neue universitäre Verpflichtungen einging und sich dem Kampf gegen Nationalsozialismus und Faschismus verschrieb. Bonn sah sich nicht als Opfer der Geschichte, sondern als einer, der zeigt, „Wie man Geschichte macht“, wie der deutsche Titel der Autobiografie lautet. Reinhard Mehring verweist in seiner Darstellung der Memoiren auf die durchgehend ironische Erzählperspektive Bonns, die, ohne dass dies näher ausgeführt wird, „mancherlei mit Judentum und Liberalismus“ zu tun habe (S. 197); dieser „Akteur der zweiten Reihe“ (S. 197) – die Herausgeber vergleichen Bonn mit einer „Art Forrest Gump des Weltkriegszeitalters“ (S. 10) – schwankte in seiner Selbststilisierung zwischen der „Rolle des Beobachters, Zeugen und Nothelfers“ (S. 198). Mehring widmet, gespickt mit einer guten Portion Ironie, der „Kette der Heldentaten“ einen ganzen Abschnitt (S. 199 ff.). Interessanter sind die kurzen Hinweise auf Bonns Einschätzungen des Erfolgs des Nationalsozialismus, dessen Erfolg und Ursachen er weniger in ökonomischen Faktoren als vielmehr in den Traditionen des deutschen Nationalismus verortete (S. 196).

Bonn galt in Bezug auf Habitus und Einstellungen als Kosmopolit, zweifellos war er ein eingefleischter Internationalist, Charakterisierungen, die im Deutschland der Zwischenkriegszeit bekanntlich nicht unbedingt positiv konnotiert waren. Patricia Clavin spürt Bonns „liberalem Internationalismus“ und der „Definition von Sicherheit“ nach und verfolgt Bonns private und wissenschaftliche internationale Netzwerke und Organisationen auch im Umfeld des Völkerbundes. Als wichtige Zäsur identifiziert sie den Ersten Weltkrieg und die Disruptionen des globalen Handels einschließlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, was Bonn als ein zentrales „Problem der Sicherheit“ (S. 113) nicht nur Deutschlands identifiziert habe. Bonn war Mitglied eines schon vor dem Weltkrieg bestehenden „liberalen Netzwerks“, das im Umfeld des Völkerbundes mit vielen assoziierten Organisationen agierte und dem es um „die Schaffung einer neuen Weltordnung“ (S. 118) gegangen sei. In diesem Kontext beschreibt Clavin Bonns Engagement auf den vielen internationalen Wirtschaftskonferenzen, wo er, bei allen Differenzen der Beteiligten im Einzelnen, auf Gleichgesinnte stieß. Wie viele andere Zeitgenossen war Bonn rückblickend der Meinung, dass die „Weltordnung nach 1918 aufgrund der Unfähigkeit der USA scheiterte“ (S. 123). Deutlich wird einmal mehr, wie sehr die Geschichte des deutschen Liberalismus, wie überhaupt der Weimarer Republik, im Kontext der labilen internationalen Nachkriegsordnung mit ihren unendlichen Debatten über Reparationen, Handelspolitik und militärische Sicherheitspolitik zu verorten ist. Interessant sind Clavins Schlussüberlegungen, dass Bonns mangelndes Engagement für die Vereinten Nationen nach 1945 sich auch damit erklären lasse, dass sich das „alte Netzwerk liberaler Internationalisten aus dem 19. Jahrhundert“ in einem Zustand der Auflösung befand (S. 123).

Eine ganze Reihe von Aufsätzen dieses Sammelbandes lassen sich gewinnbringend im Kontext dieses größeren Aufrisses von Clavin lesen. An erster Stelle zu nennen ist der hervorra-

gende Beitrag von Volker Depkat, der Bonns publizistische Auseinandersetzung mit Woodrow Wilson kritisch in den Blick nimmt und ihn als ein Kind der Zeit und der geistigen Kriegsmobilisierung beschreibt: Bonns internationaler Liberalismus der Zwischenkriegszeit musste sich „vom ideologischen Ballast des Kaiserreiches, den Traditionen des Großmachtdenkens und auch seiner eigenen bildungsbürgerlichen Prägung befreien, um zu jener ‚Stimme liberaler Vernunft‘ werden zu können, die Jens Hacke und andere in ihm während der späten Weimarer Republik gehört haben“ (S. 145). Wilsons Vision einer neuen Weltordnung des demokratischen Friedens habe sich Bonn zu keinem Zeitpunkt während des Krieges zu Eigen gemacht. Wilsons Friedensvorstellungen dienten vielmehr der Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Großmachtstellung Deutschlands. Nach dem verlorenen Krieg, den Bonn wie auch andere Liberale des Kaiserreichs der deutschen Militärführung anlastete, war er in der Lage, sich der neuen Situation flexibel anzupassen. Damit verbunden war die Hoffnung, das Beste aus der verfahrenen Situation Deutschlands zu machen. Es ließe sich hinzufügen, dass ihm dabei nach und nach viele der früheren politischen Weggefährten abhandenkamen. Stefan Grüner beschreibt in seinem informativen Beitrag die „pragmatischen Reparationskonzepte“ Bonns, die er mit denen des Franzosen Paul Reynaud vergleicht. Wie Grüner betont, zielte Bonn darauf ab „eine politisch motivierte Schuld möglichst zügig in eine ökonomische“ umzuwandeln (S. 65), wobei er ähnlich wie Reynaud bilaterale ebenso wie internationale Zusammenhänge im Auge behielt. Für Bonn war die Wiedergewinnung von internationalem Vertrauen Schlüssel zur Lösung der Reparations- und Finanzfragen; das lässt sich auch umkehren und anders formulieren: Verhandlungen vermochten internationale Sicherheit zu produzieren; Unsicherheit wuchs immer dann, wenn diese Verhandlungen – aus welchen Gründen auch immer – abgebrochen wurden.

Schon wegen der Reparationen spielten die USA eine wichtige Rolle im europäischen Konzert der Uneinigkeit. Keine Wirtschaft entwickelte sich in dieser Zeit so dynamisch wie die US-amerikanische. Amerikanische Kredite befeuerten nach der Währungsreform auch den deutschen „Prosperity-Boom“, der mit einer großen Amerikabegeisterung einherging. Leider wird dieser wissenschaftlich gut aufgearbeitete Kontext in den Beiträgen von Nicolas Berg und Jens Hacke, die Bonns Auseinandersetzung mit dem deutschen und amerikanischen Kapitalismus behandeln, kaum angesprochen. Bonn war eine Stimme unter vielen in diesem oft pagnyrischen Chor. Herausgearbeitet wird seine insgesamt sehr positive Einschätzung des amerikanischen Kapitalismus, und zwar, ganz im Sinne des Begriffs, nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als soziales und politisches System (Hacke, S. 94). Berg betont Bonns „idealistisches Amerikabild“ (S. 83): Die USA verhießen für ihn eine positive Zukunft auch im Sinne einer „Amerikanisierung der Welt“ (S. 83); hier gab es den „echten Kapitalismus“ (S. 88), der für egalitären Wohlstand und Konsummöglichkeiten für breite Schichten sorgte. Für Bonn realisierte sich in den USA der „Triumph des Liberalismus“, eine Form des alteuropäischen Liberalismus, der nun selbst zum Vorbild für Europa werden würde. Berg kontrastiert Bonn mit dem publizistisch einflussreichen Nationalökonom Werner Sombart, der schon vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland ganz wesentlich dazu beigetragen hatte, den modernen Kapitalismus in Verbindung mit Judentum und „jüdischem Geist“ zu bringen. Ganz ähnliche Linien im Denken Bonns verfolgt Jens Hacke, der sich mit dessen Vorstellungen eines in den USA realisierten „demokratischen Kapitalismus“ befasst: Als einer der wenigen Liberalen insistierte Bonn darauf, dass sich einerseits eine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaftsordnung und andererseits Demokratie und Parlamentarismus wechselseitig bedingten; Kapitalismus war auf die Regeln der parlamentarischen Demokratie angewiesen. Auch wenn Hacke nicht näher darauf eingeht, kann man Anklänge an die amerikanische Tradition der „Progressives“ erkennen. So besorgt Bonn insbesondere seit 1930 über die deutsche Entwicklung war, so optimistisch war er mit Blick auf die USA, die für „Bonn gewissermaßen zum Testfall eines krisenanfälligen demokratischen Kapitalismus“ wurden (S. 101).

„Demokratischer Kapitalismus“ war, wie Hacke betont, ein originärer, von Bonn prominent benutzter Begriff (S. 97). Es handelt sich um eine für die Zeit bemerkenswert positive Beurteilung des Kapitalismus. Auch Bonn kritisierte den real existierenden deutschen Nachkriegskapitalismus, wobei er immer wieder auf die Rolle der seiner Meinung nach demokratiefeindlichen Großindustrie zu sprechen kam. Wie auch andere Ökonomen monierte er die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in Kartellen und damit einhergehend die bürokratische und autoritäre Erstarrung, die „Feudalisierung“ der Wirtschaft auch in Verbindung mit Subventionen und Staatsinterventionismus. Dagegen hielt er sich auffallend mit der Kritik an Gewerkschaften und Sozialstaat zurück, ja plädierte sogar für hohe Löhne (S. 104). Ähnlich wie die Vertreter des sich formierenden Ordoliberalismus habe er, so Hacke, gewusst, „dass der Markt von Rahmenbedingungen abhängt, dass er also etwas Herzustellendes ist; anders als die Ordoliberalen hielt er es allerdings für illusorisch, auf einen von Parteien und Parlamenten abgekoppelten starken Staat als Garanten der Ordnung zu setzen“ (S. 106). Darüber hätte man gerne mehr erfahren, nicht zuletzt im Beitrag von Thomas Meyer, der Bonns Aufsatz „Die Auflösung des modernen Staates“ (1922) in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt. Leider wird Bonns Argument allenfalls kryptisch vorgestellt und vieles verläuft sich in unnötiger Rhetorik. Meyer geht auch nicht auf die anderen Schriften Bonns zu den Themen Staat und Parlamentarismus ein, noch behandelt er die in diesem Zusammenhang Bonns recht drastische Einschätzung der großindustriellen Wortführer wie Hugo Stinnes, etwa im Zusammenhang mit den Diskussionen 1921/22 über die Aufbringung der Reparationen oder mit Blick auf deren Verantwortung für die Inflation. Bonns Diagnose der „Auflösung des Staates“ fügte sich ein in eine breite, schnell anwachsende Debatte über die Macht von wirtschaftlichen Interessen(gruppen) im neuen demokratischen Staat – Carl Schmitt war dabei nur eine, wenngleich einflussreiche Stimme.

Kolonialismus und Imperialismus waren Themen, die Bonn sein ganzes Leben lang beschäftigten. Eva Marlen Hausteiner befasst sich in „Was will Bonn? Weltpolitik im Zeitalter des Spätimperialismus“ mit seiner in jeder Hinsicht sperrigen Publikation „The Crumbling of Empire. The Desintegration of World Economy“ (1938). Sie zeigt deutlich die Grenzen, Widersprüchlichkeit, ja „konzeptionelle Verwirrung“ (S. 185) seiner Behandlung von imperialen Herrschaftsordnungen und Imperialismus. Bei aller Ablehnung des Imperialismus plädierte er doch für „cooperative empires“, etwa in Form des Britischen Commonwealth, ohne sagen zu können, wo hier die Grenze zwischen Zwang und Freiwilligkeit lag. Einige Überraschungen hält der Beitrag „Moritz Julius Bonn und die koloniale Bürokratie“ von Robert Gordon bereit. Das betrifft nicht so sehr Bonns beißende Kritik am deutschen Kolonialismus und seinen servilen Vertretern vor Ort, mit denen er in Kontakt gekommen war. Gordon zitiert Bonns Beobachtungen eines bürokratischen Herrschaftssystems, das mit seinen verschiedenen, sich überlappenden gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen das Exerzierfeld rechtlicher Unsicherheit in Form eines autoritären Maßnahmenstaates schuf. Und nicht nur das: In gewisser Weise habe Bonn Hannah Arendts These ihrer berühmten Studie, wonach die Ursprünge des Totalitarismus in der Kolonialherrschaft des Imperialismus mitbegründet wurden, antizipiert. Liest man das lange und bemerkenswerte Zitat aus Bonns Aufsatz „The End of the Colonial Discussion“ (1945), dann gewinnt man den Eindruck, dass sich noch mehr zur Rezeption sagen ließe; es beginnt mit dem Satz „Die Nazis übernahmen und verstärkten die Rassentheorien, mit denen General von Trotha seine Politik der Ausrottung rebellischer Hereros rechtfertigte [...]. Sie verstanden es als ein Gesetz der Natur, daß minderwertige Rassen zum Aussterben verurteilt waren, wenn sie in Kontakt mit überlegenen Rassen gerieten“ (S. 165).

Dem Band fehlt ein Beitrag, der Bonn systematisch in den breiteren Kontext des politischen und ökonomischen Liberalismus einordnet. Michael Dreyer stellt ihn neben Hugo Preuß, konzentriert sich aber fast ausschließlich auf den Juristen und wirft dabei interessante Fragen auch in Bezug auf das Staatsverständnis der beiden auf. Die Zeit der Weltwirtschaftskrise wird in verschiedenen Beiträgen angesprochen, aber es ergibt sich kein konsistentes Bild. Der Band spricht zweifellos Spezialisten an, umso mehr verwundert (oder auch nicht?) das Fehlen eines

Namensregisters. Wer sich mit Bonn vertraut machen will, greift wohl eher zu der in fast allen Beiträgen zitierten lesenswerten Einleitung Jens Hackes in seiner Edition der wichtigen Schriften dieses „Wandering Scholars“.

München

Martin H. Geyer



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

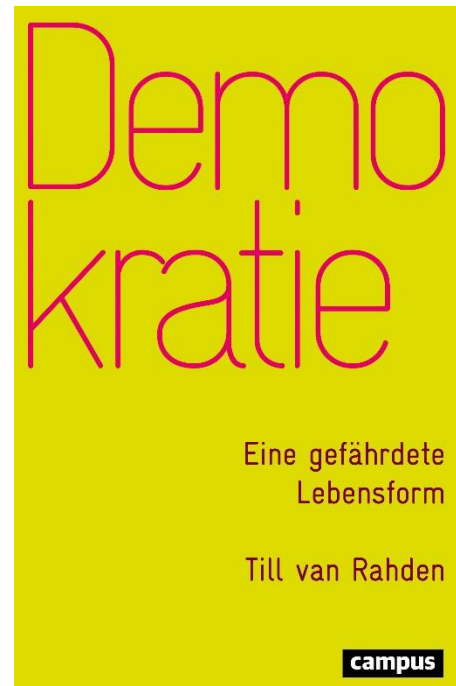
Till van Rahden: Demokratie. Eine gefährdete Lebensform.

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2019, 196 S., ISBN: 978-3-593-51134-4

Dieses Buch erscheint „just in time“. Denn schon länger nicht mehr wurde national wie international so intensiv über die Demokratie gestritten. Man hat das Gefühl, in einer Krisenzeit zu leben, in der zunehmend die in der westlichen Welt seit rund 75 Jahren vorherrschende und damit als „normal“ empfundene Staatsform grundlegend in Frage gestellt wird. Der an der Universität Montréal lehrende deutsche Historiker Till van Rahden hat diese durchaus beunruhigenden Punkte an den Anfang gestellt: „Lange galt die liberale Demokratie als selbstverständlich“, lautet sein erster Satz. Und: „Wir scheinen Zeugen einer Zeitenwende zu sein, bei der das Überleben unserer Demokratien auf dem Spiel steht“ (S. 9).

Dabei beginnen bereits bei diesen Feststellungen die Fragen, die in dieser Studie thematisiert werden: Um was genau handelt es sich bei der Demokratie? Ist es eine Herrschafts-, Regierungs- oder Lebensform? Van Rahden plädiert mit guten Gründen für die Demokratie als Lebensform. Im Unterschied zu der breit angelegten und historisch bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurückreichenden Darstellung von Hedwig Richter mit dem gleichen Haupttitel aus dem Jahr 2020 erzählt van Rahden eine vergleichsweise kurze Geschichte der Demokratie. Sie beschränkt sich ideengeschichtlich auf die letzten hundert Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs, und sie konzentriert sich danach auf die Entwicklung der Bonner Republik, die er „in Form einer anderen Geschichte“ (S. 23) erörtern möchte. Anders als bei Richter ist die Demokratie zwar keine „deutsche Affäre“ (was immer damit genau gemeint ist), aber van Rahden stuft sie jedenfalls als „gefährdet“ ein und fragt nach den Faktoren, die eine Demokratie eigentlich am Leben halten.

In einer ausführlichen Einleitung und fünf Kapiteln geht van Rahden auf eine Spurensuche nach demokratischen Lebensformen in Deutschland. Dabei sind es zunächst ideengeschichtliche Erkundungen in Wörterbüchern, Lexika und bei demokratietheoretischen „Klassikern“ (Hans Kelsen, Joseph Schumpeter, Charles Taylor, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Sydney Hook etc.). Er stellt heraus, dass man typologisch zwischen repräsentativen, direkten, liberalen und Volksdemokratien zu unterscheiden habe. An Quellen aus primär populären Zeitschriften zeigt er das facettenreiche und widersprüchliche semantische Feld der Demokratie auf. Es lassen sich begriffsgeschichtlich dabei drei Phasen differenzieren: die „Ratlosigkeit“ der unmittelbaren Nachkriegszeit, die „tastende Suche“ der fünfziger und sechziger Jahre sowie die „Grabenkämpfe um die Demokratisierung“ im Umfeld des Jahres 1968 (S. 29). Nur als winziger Ausblick kommt der „Irrglaube“ an die liberale Demokratie als „selbstverständliche Herrschaftsform der westlichen Moderne“ nach 1990 zur Sprache (S. 41). Es seien, so van Rahdens Kritik,



seitdem die öffentlichen Räume nicht gepflegt worden, um demokratische Tugenden immer wieder neu einzuüben.

Die Wiedererrichtung der deutschen Demokratie angesichts des moralischen Zusammenbruchs in der NS-Zeit ist schon häufig, aber meistens anders als hier interpretiert worden. Van Rahden kritisiert die verbreitete These von der geglückten Demokratie (E. Wolfrum) und kontrastiert sie mit der Annahme, es habe sich – gerade in der externen Wahrnehmung von Remigranten – eher um eine „unbeholfene Demokratie“ (S. 61) gehandelt. Elementare Tugenden wie das Aushalten von moralischen Konflikten oder die Einhegung von Meinungsverschiedenheiten hätten gefehlt – mit Fernwirkungen bis heute.

In den letzten drei Kapiteln begibt sich der Autor auf die Suche nach konkreten Problemen bei der Verwirklichung der Demokratie in der bundesdeutschen Geschichte bis in die 1970er Jahre. Dies betrifft u.a. die Umsetzung der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung der Geschlechter. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1957, in dem die Gleichberechtigung bei der Kindererziehung festgestellt wurde, führte zu erheblichen öffentlichen Debatten über Erziehungsmethoden sowie über das Verhältnis von Autorität und Demokratie. Wie schon zuvor hier zieht van Rahden ungewöhnliche Quellen wie Ratgeberliteratur und kirchlich-populäre Zeitschriften heran. Schließlich werden Kinderläden und die Debatten um eine antiautoritäre Erziehung in der Zeit um und nach 1968 beleuchtet. Die zum Teil bizarren und skurrilen Beispiele lassen den heutigen Leser ins Schmunzeln geraten. Das Kochbuch für „politische Kollektive [...] und Wohngemeinschaften“ von 1975 (S. 111) geißelt die „orale Bestechung“ durch schmackhaftes Essen, das die „Idiotie des Kleinfamilien-Lebens“ stabilisiere. In der 1970 ausgetragenen Diskussion über den Osterhasen in einem Bremer Kinderzentrum wird dieser als Symbol der Repression abgelehnt. „Wer repressionsfrei erziehen wolle, müsse auf das Osterfest verzichten“ (S. 113). Die Kleinfamilie sei die „Ideologiefabrik des Kapitalismus“ und ein „antiautoritärer Kindergarten“ sei Teil einer „politischen Strategie“, konnte man in einschlägigen Texten lesen (S. 116 f.).

Es verwundert wenig, dass sich in die politisch-gesellschaftlichen Debatten um Demokratisierung und Gleichberechtigung seit den 1950er Jahren auch Frauen aus der FDP wie die Bundstagsabgeordneten Herta Ilk, Marie-Elisabeth Lüders oder später auch Hildegard Hamm-Brücher einschalteten. Vielmehr zeigt sich, dass die teilweise sehr emotionalen Diskussionen der 1960er und 1970er Jahre über Demokratie, Gleichberechtigung, Bildung und Erziehung nicht allein von Jugendlichen, Studierenden oder radikalen Protestgruppen geführt wurden, sondern auch Rückwirkungen auf die sogenannte Mitte der Gesellschaft, insbesondere auf die Politik und die Intellektuellen hatten. Hamm-Brücher sah in einer Reform der vorschulischen Erziehung „das Fundament für den Aufbau eines demokratischen Bildungswesens“ (S. 121). Die historische Deutung von 1968 und der langfristigen Folgen hat jedenfalls noch spürbare Lücken und offene Fragen zu bieten, resümiert van Rahden zu Recht.

Ungewöhnlich mutet die Skizze im Abschlusskapitel an. Hier geht es um das „Siechtum öffentlicher Räume“ (S. 129), gezeigt am Beispiel eines 1961 mit Pomp eröffneten und dann in den 1990er Jahren geschlossenen Hallenbades im hessischen Offenbach. Der Verfasser möchte an der Geschichte dieses Schwimmbads den Wandel vom Symbol des demokratischen Aufbruchs zum Symptom eines Verfalls demokratischer Werte und Tugenden nachweisen. Öffentliche Räume, so seine These, verkörpern die „Idee des bürgerlichen Gemeinwohls“ und damit die „Demokratie als Lebensform“. „Foren und Formen des bürgerlichen Mit- und Gegeneinanders“ ermöglichten die dauerhafte Aufrechterhaltung einer liberalen Demokratie (S. 139 f.). Diesem Appell kann man sich ohne Weiteres anschließen.

Till van Rahden hat mit Blick auf den Titel „Demokratie“ ein eher unorthodoxes Buch vorgelegt. Denn hier geht es nicht um eine Nachzeichnung klassischer demokratischer Politik- und Insti-

tutionengeschichte. Er thematisiert vielmehr Ideenräume und Lebensformen der Demokratie, die er an konkreten Themen wie Gleichberechtigung der Geschlechter und Kindererziehung verdeutlicht. Die Darstellung besticht durch ihren originellen Zuschnitt und viele anschauliche Beispiele und Zitate. Allein die knapp 350 Belege füllen fast ein Drittel des Buches. Gelegentlich gefallen diese Äußerungen dem Autor so gut und passen in verschiedene Zusammenhänge, dass er sie – gelegentlich zum Verdruss des Lesers – mehrfach verwendet (z.B. Julius Posener, S. 31 und 81; Karl Borgmann, S. 60 und 87; Adolf Schüle, S. 34 und 106; Carlo Schmid, S. 38 und 106). Insgesamt aber handelt es sich – jenseits dieses Monitums – um ein lesenswertes, unterhaltsames, kompaktes und vor allem auch thesenorientiertes und damit mutiges Buch, das viele Fragen stellt und beantwortet, aber auch neue aufwirft und zur Diskussion anregt. Mehr kann man sich auf einem begrenzten Raum von gut 140 Textseiten kaum wünschen.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



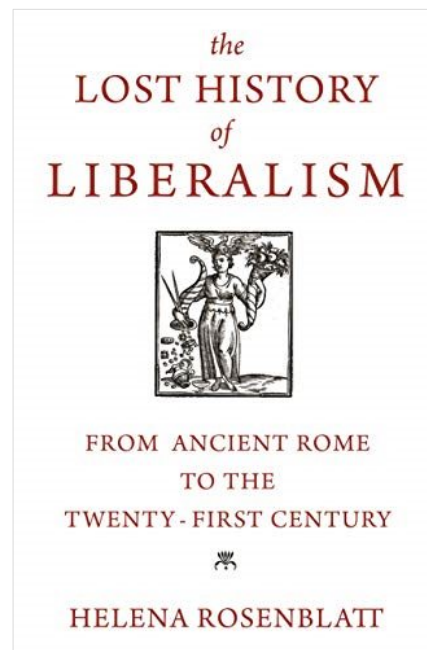
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Helena Rosenblatt: *The Lost History of Liberalism. From Ancient Rome to the Twenty-First Century.*

Princeton: University Press, 2018, 349 S., ISBN: 978-0-691-17070-1

Mit der vielfach diagnostizierten Krise der liberalen Demokratie, deren „Sterben“, „Zerfall“ und „Ende“ halb befürchtet, halb prognostiziert wird, steigt das Bedürfnis, sich über die Ideengeschichte des Liberalismus Rechenschaft abzulegen. Insbesondere in der angloamerikanischen Debatte erhält man bisweilen den Eindruck, dass es sich ganz nach dem Schema „Aufstieg und Fall“ um ein fast abgeschlossenes Kapitel handeln könnte. Allenthalben ist momentan von der Fragilität liberaler Demokratien die Rede, und die Erschütterungen der Parteiensysteme, der grassierende Antiliberalismus und Populismus, die Hinwendung zu Irrationalismus, Nationalismus und Verschwörungstheorien geben genug Anlass, Fukuyamas vor dreißig Jahren gefeierte Bestandsaufnahme vom liberalen Ende der Geschichte wieder zu kassieren.

Welche Versäumnisse sind einem selbstzufriedenen Westen anzulasten? Welche Wesenselemente der liberalen politischen Theorie sind zu aktivieren, um die Krise zu überwinden? So lauten die drängenden gegenwärtigen Fragen, die eine Inventur des liberalen Denkens erfordern. Jan-Werner Müller (*Furcht und Freiheit*, 2019) und Christoph Möllers (*Freiheitsgrade*, 2020) haben in ihren jüngsten Plädoyers jeweils auf eigene Weise für Erneuerung des Liberalismus geworben und dabei ein komplexes Verständnis von Freiheit eingefordert. So begrüßenswert es scheint, dass Müller an Judith Shklar's „Liberalismus der Furcht“ anknüpft und in der Sensibilisierung für Opfergruppen einen Katalysator für eine normative Vitalisierung liberaler Theorie sieht, so schwer ist die Befürchtung zu unterdrücken, dass sein ambitioniertes Plädoyer im akademischen Raum verhallt. Möllers Parteinahme für einen ganzheitlichen Liberalismus und seiner rhetorisch entschlossenen Ausrufung eines neuen Sozialliberalismus wird es ähnlich ergehen. Zu wenig erfährt man über die eigentlich virulenten Probleme, zu denen sich liberale Politik verhalten soll: die soziale Einhegung des Kapitalismus, die Gewährung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten oder die Pflege und Stärkung der „demokratischen Lebensform“. Die Verdienste dieser beiden rezenten Studien liegen darin, dass sie es angesichts der grassierenden Verteufelung des (Neo)Liberalismus vermögen, ein konstruktives Verhältnis zum Begriff aufzubauen. Was ihnen fehlt, ist der ideenhistorische Versuch, die Vielfalt der Liberalismen angemessen zu entfalten. In dieser Hinsicht hat die britische und amerikanische Liberalismusforschung gerade in den letzten Jahren neue Impulse gesetzt. Es sei nur an die Studien von Richard Bellamy, Michael Freeden und Alan Ryan erinnert, aber auch an die wichtige Gesamtdarstellung von Edmund Fawcett, die allesamt eine gesamteuropäische und transatlantische Sicht auf den Liberalismus etablieren, durchaus unter Einbeziehung auch der deutschen Entwicklungen.



Die New Yorker Historikerin Helena Rosenblatt hat mittlerweile eine weitere, im besten Sinne essayistische und innovative Gesamtdeutung vorgelegt. Ihre „verlorene Geschichte des Liberalismus“ bemüht sich einerseits um einen begriffshistorischen Ansatz, um den jeweils zeitgenössischen Auffassungen von Freiheit/Liberalität auf die Spur zu kommen, und möchte andererseits selbstgewisse anglophone Lesarten durch einen kontinentaleuropäischen Fokus irritieren. Sie demonstriert damit die historische Gebundenheit freiheitlicher Überzeugungen und konterkariert die Legende von nationalen Sonderwegen. Rosenblatt weiß, dass eine objektiv-allumfassende Ideengeschichte des Liberalismus einer Quadratur des Kreises gleichkäme. Jede konturierte Linienführung mündet in eine Narration, jede liberale Traditionsbildung gründet auf selektiver Rezeption. Als methoden- und problembewusste Historikerin legt sie ihr Besteck auf den Tisch, kennzeichnet die Grenzen ihres Ansatzes. Darin liegt die große Stärke ihres ebenso inspirierenden wie originellen Werkes.

Rosenblatt, die eine ausgewiesene Rousseau- und Constant-Expertin ist, möchte zeigen, dass die individualistische und kapitalistische Engführung eines Liberalismus, der von John Locke über Adam Smith bis Hayek Eigentum und Selbstverantwortung des Einzelnen ins Zentrum seiner Ideologie stellt, eine späte und verzerrende Konstruktion aus dem 20. Jahrhundert ist. Der Manchester-Liberalismus war eben nur eine Strömung unter vielen. Im Anschluss an Stephen Holmes' bahnbrechende Studie *Passions and Constraint* (1995) arbeitet sie die *civic values* und die Gemeinwohlorientierung als Kernelemente eines progressiven und emanzipativen Liberalismus heraus: „Liberals always saw themselves as fighting for the common good and continued to see this common good in moral terms.“ (S. 128)

Rosenblatts Sympathien gelten einem republikanischen Liberalismus, der sich für bürgerliche Gleichberechtigung, religiöse Toleranz, öffentliche Bildung, den Rechts- und Sozialstaat einsetzt. Der weit ausgreifenden Untertitel ihres Buches – „vom alten Rom bis ins 21. Jahrhundert“ – sollte den geneigten Leser nicht irritieren, denn gut drei Viertel des Textes behandeln die Blütezeit des Liberalismus: das 19. Jahrhundert, in dem sich die Autorin bestens auskennt, vor allem in Frankreich. Ihr begriffsgeschichtlicher Ansatz trennt die Wortbedeutung von Freiheit oder „liberal“ vom erst Anfang des 19. Jahrhunderts geprägten Liberalismus als politischer Ideologie. Deswegen ist es ihr möglich, Ciceros Tugendideal des freien Bürgers (9 f.) und Montaignes Lob einer politischen Liberalität, die Gerechtigkeit und kollektive Beratung praktiziert (S. 15 f.), als Auftakt in eine Geschichte des liberalen Denkens zu integrieren.

Rosenblatt verschweigt nicht, dass die meisten nominellen Liberalen im bürgerlichen Zeitalter misstrauisch und feindlich gegenüber der Demokratie eingestellt blieben; sie thematisiert die dunklen Seiten des Liberalismus: den bürgerlichen Elitismus, die Indifferenz gegenüber Armut, den Sexismus, den Rassismus und Imperialismus. Aber sie entwickelt einen wachen Sinn für die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, für die Pioniere mit zukunftsweisenden Konzepten ebenso wie für die Vertreter einer skeptischen Vernunft, die sich wie Tocqueville gegen ihre ursprünglichen Überzeugungen nicht nur ins unvermeidlich Erscheinende fügten, sondern das heraufziehende demokratische Zeitalter scharfsinnig analysierten und dabei eigene Vorurteile revidierten.

In ihrem Zugriff auf Probleme zeigt Rosenblatt ein ums andere Mal Strukturanalogien zur Gegenwart auf. Wenn sie das Verhältnis von Liberalismus und Cäsarismus diskutiert, beschleicht den Leser das Gefühl, dass die aktuelle Populismus-Debatte nicht so viel Neues enthält. Ihre Ausführungen zur Eugenik, die in Reihen progressiver Liberaler um die Jahrhundertwende zahlreiche Anhänger hatte, führen vor Augen, wie sich Machbarkeitswahn und Technokratie aller normativen Bremsvorrichtungen entledigen können (S. 235 ff.). Ihr Rückblick auf Gedankenexperimente eines liberalen Sozialismus, der den Mittelweg zwischen zwei sich vermeintlich aus-

schließenden Ideen sucht, weitet noch einmal den Gedankenhorizont und führt vor, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung stets lenkende Eingriffe benötigt hat. (Erstaunlicherweise findet John Maynard Keynes als Impulsgeber des liberalen Denkens – nicht nur auf ökonomischer Ebene – in ihrem Buch keine Erwähnung.) Nebenbei entdeckt die Autorin die Geburtsstunde eines semantischen Vorgriffs als Verheißung, denn die französischen Journalisten Auguste Nefftzer und Charles de Montalembert hoben Anfang der 1860er den Begriff der „liberalen Demokratie“ aus der Taufe (S. 161-164).

Rosenblatt ist keine naive Apologetin des Liberalismus. Sie ergreift jedoch durchaus Partei für einen kämpferischen demokratischen Sozialliberalismus, der über den Tag hinausblickt. Die wesentliche Stärke liberalen Denkens sieht sie in seiner Fähigkeit zur Selbstverbesserung und Erneuerung, um seine freiheitlichen Grundüberzeugungen in veränderten sozialen und politischen Lagen immer wieder zur Geltung zu bringen. In Rosenblatts luzider Republikanisierung des Liberalismus schwingt Hannah Arendts düstere Analyse der Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft mit: Erst die liberale Fixierung auf Individualisierung konnte zur Atomisierung und Verlorenheit der Einzelnen führen, die dann wie Magneteilchen den totalitären Bewegungen folgten. Anders als Arendt möchte sie nicht auf den Liberalismusbegriff verzichten: „Forgotten was the fact that liberals had championed community and morals for centuries“ (S. 274). Liberale sollten, so ihr Rat, wieder Zugang zu den reichen Ressourcen ihres Denkens finden, die sich jenseits des neoliberalen Dogmatismus entdecken lassen. Eine deutsche Übersetzung dieser ebenso klugen wie stilistisch brillanten Schrift ist in hohem Maße wünschenswert.

München

Jens Hacke



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Joseph Jung: Das Laboratorium des Fortschritts. Die Schweiz im 19. Jahrhundert.

Basel: NZZ-Libro, 2019, 676 S., Abb., ISBN: 978-3-03810-435-3

Joseph Jung beschreibt die Transformation der Schweiz vom Armenhaus Europas zu einer führenden Wirtschaftsnation im Laufe des 19. Jahrhunderts. Den entscheidenden Wendepunkt in der Schweizer Geschichte bildete dabei 1848 die Gründung des Bundesstaates und der Erlass der Bundesverfassung. Gerade diese setzte in den 1850er und 1860er Jahren einen dynamischen Wachstumsprozess frei, der freilich auch durch Pioniere wie den Zürcher Unternehmer, Bankier und Politiker Alfred Escher (1819-1882) geprägt wurde.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts konnte die Schweiz die eigene Bevölkerung nicht ernähren. Junge Männer aus Graubünden mussten sich unter prekären Lebensverhältnissen in Italien oder andernorts als Zuckerbäcker verdingen. Leute aus dem Tessin waren als Kutscher oder Kaminfeger ebenfalls in Italien tätig. Viele Jugendliche aus der Ostschweiz gingen während des Sommers als sog. Schwabenkinder nach Oberschwaben und ins Allgäu. Hier wurden sie (allerdings auch noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs) auf Kindermärkten in Ravensburg und in Friedrichshafen gehandelt, um schließlich an den Meistbietenden als Hilfskräfte in der Landwirtschaft verkauft zu werden. Allzu oft wurden sie hierbei ausgebeutet und misshandelt.

Zugleich zeigt Jung auf, welch geringes Ansehen die Schweiz politisch in der ersten Jahrhunderthälfte im Ausland hatte. In Gesandtschaftsberichten Österreichs und der süddeutschen Staaten ist von der Schweiz als der größten Kloake Europas die Rede, die sämtlichen Revolutionären als Rückzugsgebiet diene. Selbst noch im Gründungsjahr des Bundesstaates stand es um das Ansehen der Schweiz schlecht. Denn der Kanton Tessin gewährte italienischen Aufständischen gegen die österreichische Herrschaft nicht nur Asyl, sondern unterstützte diese sogar aktiv. Genauso wechselten bis 1848 in der Schweizer Innenpolitik die Regime schnell. Das Land war gelähmt durch den Gegensatz zwischen liberal-protestantischen und katholisch-konservativen Orten. In den Freischarenzügen der Jahre 1844/1845 und im Sonderbundskrieg 1847 kam es schließlich zur finalen Eskalation. Durch den relativ schnellen Erfolg der liberal-protestantischen Orte wurde die Basis für die Gründung des Bundesstaates im Jahr darauf geschaffen.

Die Bundesverfassung des Jahres 1848 bezeichnet Jung durchaus zu recht als einen „Geniestreich“ (S. 552). Endlich wurde in der Schweiz ein einheitliches System von Maßen, Münzen und Gewichten geschaffen; endlich wurde die Schweiz zu einem einheitlichen Wirtschafts-



raum, und hemmende Zollschränken, die vor 1848 selbst noch innerhalb der einzelnen Kantone bestanden hatten, wurden beseitigt. Erst durch den gemeinsamen Markt konnte sich die Industrie wie auch die Innovationskraft der Schweizer Bürger entfalten. So verweist Jung darauf, dass bereits vor 1848 die Schweizer Uhrenindustrie in Genf und im Neuenburger Jura eine Spitzenstellung besessen hatte. Ebenfalls beachtenswert war bereits vor 1848 die Textilindustrie in Zürich und St. Gallen, die ihrerseits angefangen hatte, Entwicklungen im Maschinenbau anzustoßen.

Doch, so Jung, wie schlecht hatte es vor 1848 im Eisenbahnwesen ausgesehen. Während in England und in Deutschland bereits in den 1830er und 1840er Jahren mehrere tausend Eisenbahnkilometer verlegt worden waren, beschränkte sich der Schienenstrang in der Schweiz bis 1848 auf ein kurzes Stück entlang der Bahnlinie zwischen Basel und Straßburg, sowie auf 23 km zwischen Zürich und Baden. Die Tagsatzung hatte sich als unfähig erwiesen, erfolgreich Verhandlungen über den Bahnbau zu führen. In der Regel waren die Gesandten der einzelnen Kantone zu diesem Thema überhaupt nicht instruiert gewesen.

Einen Durchbruch bedeutete nun das Eisenbahngesetz von 1852. Denn dieses verzichtete auf einen vom Bund gelenkten Eisenbahnbau. Die Konzessionserteilung für die Eisenbahnwege lag jetzt grundsätzlich bei den Kantonen, während die Finanzierung auf privatem Wege erfolgen sollte. Dies war nach Überzeugung Jungs bitter notwendig, denn nur durch freie Unternehmer und deren Initiative konnte der rasche Ausbau des Schienennetzes vor allem in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre vorangetrieben werden. So entstanden vier miteinander konkurrierende große Bahngesellschaften. Eine zentrale Rolle kam dabei vor allem der von Escher gegründeten Nordostbahn zu. Durch diese wurde Zürich zum zentralen Knotenpunkt des Schweizerischen Eisenbahnnetzes. Überaus anschaulich legt Jung dar, wie bestimmte Ortschaften durch einen frühen Anschluss an das Eisenbahnnetz profitieren konnten. Dies gilt bspw. für Olten, aber auch für Romanshorn, das zum Verbindungspunkt zwischen der Eisenbahnlinie nach Zürich und dem Seeweg nach Süddeutschland wurde. Seit den 1860er Jahren verkehrten für über ein Jahrhundert Trajektfähren zwischen Romanshorn und dem württembergischen sowie dem bayerischen Seeufer. Andere Orte, die wie die alte Messestadt Zurzach erst spät an das Bahnnetz angeschlossen wurden, verloren dagegen an Bedeutung.

Der Eisenbahnbau wurde buchstäblich zur Lokomotive für die Entwicklung weiterer Branchen. So gründete Escher 1856 die Schweizerische Kreditanstalt als Geschäftsbank und zugleich als Hausbank der Nordostbahn. Auch die Gründung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, auf der angehenden Ingenieuren das notwendige technische Know-How für den Eisenbahnbau vermittelt wurde, stand in diesem Zusammenhang. Letztlich wurden durch den Eisenbahnbau Distanzen schnell überwindbar. Die Schweiz konnte fehlende Rohstoffe importieren und hatte jetzt die Möglichkeit, veredelte Güter zu exportieren.

Jung zeigt jedoch auch auf, wie durch die Eisenbahn nicht nur Güter, sondern auch Touristen transportiert wurden und somit leichter Gäste in die Alpen kommen konnten. Waren die Alpen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch ein Verkehrshindernis gewesen, so wurden auch diese, nachdem vor allem Engländer die Schönheit des Gebirges entdeckt hatten, zum Wirtschaftsfaktor. Dementsprechend schildert Jung überaus intensiv die Geschichte des Tourismus. Dieser war freilich nicht nur mit der Eisenbahn, sondern auch mit anderen Verkehrssystemen verbunden. So bildeten schon im 19. Jahrhundert Schaufelraddampfer auf den Schweizerischen Voralpenseen genauso Attraktionen wie Standseilbahnen zu Hotels auf Alpengipfeln. Genauso kommt Jung auf die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Wasser zu sprechen, denn mit der Nutzbarkeit von Wasser als Energieträger verstärkte sich die wirtschaftliche Position der Schweiz ein weiteres Mal.

Den rapiden wirtschaftlichen Wandel der Schweiz verdeutlicht Jung schließlich noch anhand der Bevölkerungsstatistik: Die Einwohnerzahl der Schweiz wuchs in der ersten Jahrhunderthälfte von 1,7 auf 2,4 Millionen, um zwischen 1850 und 1900 gar um knapp eine weitere Million anzuwachsen. Im gleichen Zeitraum stieg der Prozentsatz der Bevölkerung, die in Städten mit mehr als 10.000 Einwohner lebte, von 6,4 auf 22%; auch wurde die Schweiz aufgrund ihres Wohlstandes jetzt zum Einwanderungsland, so wuchs z.B. der Ausländeranteil in Zürich zwischen 1850 und 1900 um 20%.

Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg kann Jung schließlich auch noch aufzeigen, wie sich in der zweiten Jahrhunderthälfte das außenpolitische Ansehen der Schweiz wandelte. Diese verzichtete nun auf Abenteuer. Gerade Escher, so Jung, wollte die Schweiz als Hort der Freiheit sehen, erteilte jedoch allen Großmachtplänen und dem Eingreifen in revolutionäre Entwicklungen in Nachbarstaaten eine klare Absage. Dementsprechend blieb die Schweiz langfristig von kriegesischen Auseinandersetzungen verschont. Durch die Initiative von Henry Dunant (1828-1910) kam es in den 1860er Jahren in Genf zur Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuzes. Schon 1864 wurde die erste Genfer Konvention verabschiedet. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Schweiz zum Sitz internationaler Institutionen und war nun geschätzt als neutraler Staat, der stets gute diplomatische Dienste anbot.

Jung ist ein herausragender Erzähler. Es gelingt ihm, im vorliegenden Band eine Wirtschafts-, Verkehrs-, Tourismus- und Migrationsgeschichte der Schweiz zu bieten, die er in den allgemeinen politischen Kontext einbettet. Der Band ist leicht zu lesen und Jung reißt den Leser mit, wenn er von Wirtschaftsspionieren und deren Scheitern und Erfolgen erzählt, aber auch wenn er nach den Ursachen forscht, warum gerade die Schweiz im 19. Jahrhundert so viele starke Unternehmerpersönlichkeiten hervorgebracht hat. Etwas kurz kommt freilich der Blick auf die sozialen Folgekosten, die mit dem wirtschaftlichen Aufstieg einhergegangen sind. So erwähnt Jung nur beiläufig die unhaltbaren sozialen und hygienischen Verhältnisse, unter denen bspw. die italienischen Bauarbeiter bei den Tunnelarbeiten am Gotthard leben mussten. – Dennoch: jeder, der sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz im 19. Jahrhundert beschäftigen möchte, wird gerne zu den Ausführungen Jungs greifen.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

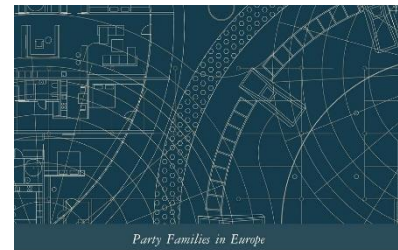


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Caroline Close / Emilie Van Haute (Hrsg.): *Liberal Parties in Europe*.

London: Routledge, 2019, 392 S., ISBN: 978-0-8153-7238-7

An die Ideale der Aufklärung anknüpfend und sich ursprünglich gegen die überkommene Vormachtstellung von Adel und Klerus auflehnend, weist der Liberalismus die am längsten zurückreichende Kontinuitätslinie unter den (modernen) politischen Großströmungen auf. Doch obwohl seine parteiischen Organisationen die Entwicklung zahlreicher demokratischer Verfassungsstaaten in Europa und nicht zuletzt der Europäischen Union entscheidend beeinflusst haben, fristet deren wissenschaftliche Analyse – zumal in komparatistischer Perspektive – ein relatives Schattendasein. Während die liberale Parteienforschung zumindest bei (deutschen) Historikern einige Hochphasen durchlaufen hat – exemplarisch sei hier auf die vielfältigen Beiträge im Kontext der international vergleichend angelegten Großprojekte zur Bürgertumsgeschichte in Bielefeld und Frankfurt am Main während der 1980er- und 1990er-Jahre verwiesen¹ –, gilt dieser Befund nach wie vor für das politikwissenschaftliche Forschungsinteresse. Abgesehen von zwei vergleichsweise schmalen und wenig rezipierten Tagungsdokumentationen² bildet so noch immer ein 1988 unter der Herausgeberschaft von Emil J. Kirchner erschienener Sammelband³ das Referenzwerk für die vergleichende Analyse liberaler Parteien in (West-)Europa.



LIBERAL PARTIES IN EUROPE

Edited by
Caroline Close and Emilie van Haute



Die hier zu besprechende Publikation, welche von den am Center for the Study of Politics der Université Libre de Bruxelles tätigen Parteienforscherinnen, Caroline Close und Emilie Van Haute, in der Reihe „Party Families in Europe“ im Routledge-Verlag herausgegeben worden ist, schickt sich an, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten entstandene Forschungslücke zu schließen und zugleich den Untersuchungsraum auf die Staaten des vormaligen sowjetischen Einflussbereichs auszuweiten. Sich vorrangig an Forschende bzw. Studierende im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft richtend, geht der Band dabei – wie der Einleitung (S. 1–19) zu entnehmen ist – zwei Leitfragen nach: (1) Bilden liberale Parteien überhaupt eine gemeinsame Parteienfamilie? (2) Wie lassen sich liberale Parteien heutzutage charakterisieren? (vgl. S. 2). Dieses übergeordnete Erkenntnisinteresse wird mithilfe des in der komparatistischen Parteienforschung häufig angewendeten Konzepts der Parteienfamilie bearbeitet, das gemäß den durch die Herausgeberinnen vorangestellten methodischen Überlegungen jedoch mehrere Adaptionen erfahren hat. Demnach dienen neben der im genannten Kontext weithin gebräuchlichen Untersuchung von Genealogie, Sozialstruktur und Programmatik auch die in

¹ Vgl. hierzu die Literaturberichte in Lothar Gall (Hrsg.): *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert*. München 1997.

² Lieven De Winter (Hrsg.): *Liberalism and Liberal Parties in the European Union*. Barcelona 2000; Pascal Delwit (Hrsg.): *Liberalismes et partis libéraux en Europe*. Brüssel 2002.

³ Emil J. Kirchner (Hrsg.): *Liberal Parties in Western Europe*. Cambridge 1988.

die Typologien vergleichbarer Überblickswerke oftmals aufgenommenen Betrachtungen zu Wahlergebnissen, Regierungsbeteiligungen und Organisationsstrukturen als Analyse- bzw. Vergleichskategorien (vgl. S. 5 ff.). Unter diesem Forschungsprogramm versammelt die vorliegende Veröffentlichung insgesamt 18 Beiträge in zwei thematisch getrennten Blöcken, für deren Abfassung nach Bekunden der Publikationsverantwortlichen „the best specialists engaged in the study of liberal parties“ (S. 17) gewonnen werden konnten.

Der erste Teil (S. 21–278) des Sammelwerks umfasst Fallstudien zu zwanzig Staaten aus sämtlichen Regionen des europäischen Kontinents, in denen wesentliche Informationen zu den einzelnen liberalen Parteien auf nationaler Ebene entlang der oben beschriebenen Kriterien zusammengetragen worden sind. Bei den betreffenden Beiträgen handelt es sich größtenteils um eigenständige Länderanalysen – Dänemark (K. Kosiara-Pedersen), Schweden (N. Bolin), Niederlande (G. Voerman), Belgien (V. Sierens), Schweiz (O. Mazzoleni), Österreich (L. Ennser-Jedenastik & A. Bodlos), Deutschland (S. Bukow), Vereinigtes Königreich (A. Wager & T. Bale), Irland (C. Little u. D. Farrell) und Spanien (L. Núñez) –, im Falle von Norwegen und Finnland (D. Arter), (Ost-)Mittel- und Osteuropa (B. Cholova u. J. De Waele) sowie des Baltikums (D. Auers) werden mehrere Staaten gemeinsam beleuchtet. Darüber hinaus ist auch ein Kapitel zur liberalen Partei auf europäischer Ebene (W. Wolfs & u. Van Hecke) enthalten. Positiv herausstellen lässt sich in diesem Zusammenhang gewiss, dass gegenüber den eingangs angesprochenen früheren Publikationen der geografische Gegenstandsbereich erheblich erweitert worden ist und nunmehr auch die jüngeren Demokratien östlich des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ – wenngleich in Form von summarischen Beiträgen – Eingang in die Betrachtungen gefunden haben. Ferner folgen alle Kapitel einer einheitlichen Struktur, wodurch sich der Band insbesondere auch als Nachschlagewerk zur schnellen Informationsbeschaffung eignet. Inwiefern indes die verantwortlich zeichnenden Autoren in Summe tatsächlich als ausgewiesene Experten auf dem Feld der Liberalismusforschung bezeichnet werden können, erscheint allerdings diskussionswürdig. Zwar mag es sich im Einzelfall durchaus um vorzügliche Kenner der länderspezifischen Parteiensysteme handeln, jedoch zeigt der Blick auf die den Beiträgen jeweils angefügten Literaturverzeichnisse, dass lediglich eine Minderzahl bereits zuvor selbstständige Veröffentlichungen zu den besprochenen nationalen liberalen Parteien vorgelegt hat.

Diese implizite Kritik nimmt auch die Auswahl des Verfassers des Kapitels zur deutschen FDP (S. 146–165), Sebastian Bukow, nicht aus, bei dem man angesichts seiner beruflichen Anbindung an die Heinrich-Böll-Stiftung doch eher Expertise hinsichtlich der grünen Parteienfamilie vermuten würde.⁴ Nichtsdestoweniger liefert sein Beitrag solide Informationen auf Grundlage der (politikwissenschaftlichen) Forschungsliteratur und einschlägiger Handbucheinträge, wenngleich die eine oder andere Einschätzung kritisch hinterfragt werden muss – etwa, dass die bereits im Mai 2009[l] beschlossene Einsetzung einer Grundsatzprogrammkommission eine Reaktion auf die sinkenden Umfragewerte nach Eintritt in die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene im Oktober 2009 darstellte (vgl. S. 157). Abgesehen von derlei, sicherlich vernachlässigbaren Detailfragen lassen sich jedoch – nicht zuletzt aus Sicht der historischen Liberalismusforschung – einige grundlegende Unzulänglichkeiten ausmachen. Das betrifft einerseits das etwas disproportional anmutende Verhältnis von geschichtlicher Darstellung und Gegenwartsanalyse in den meisten Unterkapiteln, wodurch die freilich sehr unrühmliche aber dennoch vergleichsweise kurzlebige Regierungsbeteiligung von 2009 bis 2013 viele Verdienste aus den vorangegangenen sechzig Jahren Parteientwicklung nachgerade überstrahlt. Andererseits scheint der Beitrag reichlich vor seiner eigentlichen Veröffentlichung verfasst worden zu sein, so dass die wechselvollen Ereignisse infolge der Bundestagswahl 2017 leider keine Berücksichtigung mehr finden.

⁴ Vgl. Sebastian Bukow: The Green Party in Germany. In: Emilie Van Haute (Hrsg.): Green Parties in Europe. London 2016, S. 112–139.

Der strenge Gegenwartsfokus und die fehlende Aktualität sind zwar bedauerlich, aber vor dem Hintergrund von Herausgebervorgaben und Redaktionsschluss durchaus nachvollziehbar. Weitaus gravierender ins Gewicht fällt hingegen das offenbar ausgebliebene Endlektorat, zumal bei einer Publikation in einem solch renommierten Verlag wie Routledge. „Geübten Augen“ wäre mit Sicherheit aufgefallen, dass die wohl nachträglich angepasste Passage in der Einleitung: „FDP [...] has revitalised its national party in the general elections in 2017“ (S. 146), nicht so recht mit der Prognose im Schlussteil: „Reentering the federal parliament in autumn 2017 is a likely possibility“ (S. 162), zusammenpasst. Solche Flüchtigkeitsfehler, von denen sich noch weitere aufzählen ließen, führen womöglich nicht nur beim gegenstandskundigen Leser zu allerlei Irritationen. Indessen mag ein Urteil über die fachliche bzw. handwerkliche Qualität der übrigen Kapitel im Fallstudienteil mit Blick auf die thematische Breite des behandelten Stoffes an dieser Stelle lieber den jeweiligen Länderexperten überlassen bleiben.

Im zweiten Block (S. 279–376) des Sammelbands finden sich Vergleichsstudien zu den eingangs skizzierten Aspekten der liberalen Parteienfamilie in Europa. Die einzelnen Beiträge zu Wahlergebnissen und Wählerschaft (C. Close u. P. Delwitt), zu den Regierungsbeteiligungen (J. Hellström und D. Walther), zur Ideologie (C. Close) und zu den Organisationsstrukturen (S. Beyens, E. Van Haute u. T. Verthé) sind dabei als Sekundär- bzw. Metaanalysen konzipiert und greifen dementsprechend auf bereits erhobenes Datenmaterial sowie veröffentlichte Untersuchungen zurück. Zwar mögen die darin präsentierten Einsichten dem belesenen Liberalismusforscher nicht gänzlich neu erscheinen, aufgrund ihrer komprimierten Zusammenstellung an einem zentralen Ort stellen sie aber zweifelsohne eine positiv hervorzuhebende Besonderheit dar. Dazu gehört etwa der Befund, dass sich der parteipolitische Liberalismus im europäischen Kontext einerseits durch eine hohe Volatilität der Wahlergebnisse – von traditionell hegemonialen Parteien wie in der Schweiz (vgl. S. 282 ff.) bis hin zu lange Zeit irrelevanten politischen Gruppierungen wie in Spanien (vgl. S. 294) – und andererseits durch eine schwer zu bestimmende, äußerst vielschichtige Zusammensetzung seiner Wählerschaft – mit tendenzieller Überrepräsentation von Selbstständigen und höher Gebildeten (vgl. S. 303 ff.) – auszeichnete.

Die interessante Beobachtung, dass „liberal parties have a disproportionate success in entering governments despite their relatively small share of the parliamentary seats“ (S. 315) wird indes vor allem auf die für liberale Akteure weithin eigentümliche zentristische ideologische Position sowie den ihnen oft zugeschriebenen Pragmatismus im Umgang mit konkurrierenden Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums zurückgeführt (vgl. S. 321). Ferner ließe sich in Bezug auf die Ideologie der liberalen Parteienfamilie eine spezifische Kombination von rechten Positionierungen in sozioökonomischen Fragen – Marktwirtschaft, niedrige Steuern etc. – und Mitte-Links-Präferenzen bei soziokulturellen Themen – z. B. Sterbehilfe, gleichgeschlechtliche Ehe, Multikulturalismus – attestieren (vgl. S. 335 ff.), welche ihre politischen Vertreter besonders gut dazu befähige, immer wieder adäquate programmatische Antworten auf neue gesellschaftliche Problemstellungen zu finden (vgl. S. 345). Was schließlich die Organisation der liberalen Parteien betrifft, gebe es allenfalls graduelle Unterschiede zu den anderen Parteienfamilien, wie beispielweise weniger zentralisierte und eher losere Strukturen, ein niedrigeres aber stabileres Mitgliederniveau, das oftmalige Fehlen von besonderen Repräsentationsgarantien für innerparteiliche Interessengruppen oder ein relativ starkes Gewicht der parlamentarischen Fraktionen bei der Entscheidungsfindung (vgl. S. 361 f.).

In Anbetracht der hier vorgelegten Eindrücke sollte es nicht sonderlich überraschen, dass das abschließende Fazit ambivalent ausfällt. Es ist zweifellos ein nicht gering zu schätzendes Verdienst der Herausgeberinnen, nach über dreißig Jahren wieder eine systematisch-vergleichende und weitgehend aktuelle Analyse zu den liberalen Parteien in Europa in der lingua franca der Geistes- und Sozialwissenschaften auf den Weg gebracht und damit eine beklagenswerte Lücke in der Forschungsliteratur geschlossen zu haben. Dass ein solches Überblickswerk grundlegend neue Erkenntnisse bereithält, kann und sollte man nicht erwarten. Al-

lerdings sollte schon für die inhaltliche Richtigkeit der enthaltenen Angaben Sorge getragen sein, was mit Blick auf das diskutierte Kapitel zur deutschen FDP leider nicht zwangsläufig der Fall ist. Insofern muss dazu angeraten werden, entnommene Informationen sicherheitshalber noch einmal an anderer Stelle gegen zu prüfen. Gleichwohl bleibt zu hoffen, dass von dem Sammelband neue Impulse für die Liberalismusforschung – gerade auch in international komparatistischer Perspektive – ausgehen. Darüber hinaus wäre es natürlich wünschenswert, wenn nicht wieder drei Jahrzehnte verstreichen, bis ein derartiges Handbuch zur liberalen Parteienfamilie erscheint.

Dresden

Alexander Koch



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

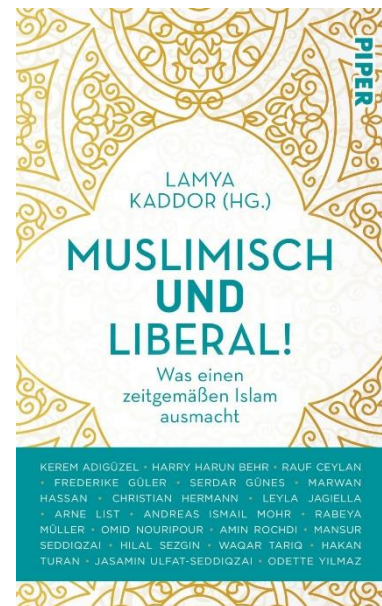


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Lamya Kaddor (Hrsg.): **Muslimisch und liberal! Was einen zeitgemäßen Islam ausmacht.**

München: Piper, 2020, 320 S., ISBN: 978-3-492-07009-6

„Muslimisch und liberal!“ – Schon der Titel mit Ausrufezeichen und fettgedrucktem „und“ ist eine Ansage an all diejenigen, die den Islam für unvereinbar mit liberalen Werten halten. Er kann aber auch als eine Positionsbestimmung der Autor*innen gelesen werden, die Herausgeberin Lamya Kaddor in diesem Band versammelt hat. Lamya Kaddor, Tochter syrischer Einwanderer, ist Islamwissenschaftlerin, Religionspädagogin sowie Publizistin und eine bekannte Stimme in der deutschen Presselandschaft, die sich regelmäßig fundiert, aber auch streitbar zu Integrations-themen, der Bekämpfung von Antisemitismus, Islamismus und Radikalisierung sowie weiteren theologischen, gesellschaftlichen und sozialen Themen äußert. Sie ist Mitbegründerin des Liberal-Islamischen Bundes (LIB), der sich als Alternative zu den zuvor bestehenden Islamverbänden in Deutschland sieht. Der LIB, dem auch einige der Beitragenden zu den Aufsätzen des vorliegenden Buches angehören, sieht sich einem pluralistischen Gesellschaftsbild und einem progressiven Islam verpflichtet, der vernunfttoffen und inklusiv ist.



Der „Liberale Islam“ – eine Wortkomposition, die sowohl bei konservativen Muslim*innen als auch bei Liberalen auf Widerspruch stößt – wurde von den Gründer*innen des LIB bewusst als Konzept und Selbstbeschreibung zur Bereicherung des Islamdiskurses in Deutschland entwickelt. Ziel war es, im islamischen Religionsspektrum diejenigen Muslim*innen sichtbar zu machen, die „eine vernunftoffene Gläubigkeit“ pflegen, und damit „jedweden Absolutheitsanspruch zu reflektieren, zu relativieren oder gar darauf zu verzichten“ (Grundsätze des LIB, S. 13). Der Liberale Islam steht nach seinem Selbstverständnis allen offen und seine Grenzen sind fließend, aber verbunden mit konkreten theologischen Lehren und Vorstellungen. Dazu gehören zum Beispiel eine umfassende Geschlechtergerechtigkeit sowie die Akzeptanz unterschiedlichster Geschlechtsidentitäten, die Befürwortung geschlechtergemischter Gebete, die auch von einer Frau geleitet werden können, und die Akzeptanz interreligiöser Eheschließungen. Liberale Muslim*innen sind dabei gläubige Muslim*innen, sie verwerfen nicht die Grundlagen des Islam – den Koran, die Sunna, die Erkenntnisse der Gelehrten –, aber sie unterziehen diese Quellen einer kritischen, undogmatischen Betrachtung und reflektieren sie im Spiegel des Fortschritts und gesellschaftlichen Wandels (vgl. S. 14 f.). Sie folgen einer „historisierenden-kontextualisierenden Lesart“ vor allem des Korans, die „biografische, sozioökonomische, geografische, soziale und historische Bedingungen für das Verständnis der überlieferten Texte würdigt“ (S. 15). Diese „Transferleistung“, die in einem ständigen Prozess versucht, die bis zu 1.400 Jahre alten Glaubensquellen „in die demokratische, pluralistische und emanzipatorische Gegenwart mitzunehmen“ (S. 15), setzt dabei auf die menschliche Vernunft. – Womit die liberalen Muslim*innen im Kern dessen sind, was den Liberalismus ausmacht, ohne dass hier ein

konkretes philosophisches Konzept für (einen bestimmten) Liberalismus zugrunde gelegt wird. Ob und wie dies gelingt, zeigen die Beiträge in diesem Lesebuch zum Liberalen Islam.

So vielgestaltig und offen, wie sich der Liberale Islam darstellt, so unterschiedlich sind auch die Autor*innen in diesem Band und so bunt ihre Themenvielfalt. Es finden sich Wissenschaftler*innen und Lehrer*innen, Publizist*innen und Journalist*innen, aber auch politische Aktivist*innen und für den Liberalen Islam Engagierte, darunter auch bekannte Namen wie Serdar Günes, Rauf Ceylan und Omid Nouripour. – Nicht alle von ihnen sind Islamwissenschaftler*innen oder Theolog*innen, so dass schon durch die Autor*innenauswahl eine große thematische Bandbreite sowie verschiedene Perspektiven und Zugänge sichergestellt sind, auch wenn viele der Beitragenden aus dem Umfeld des LIB stammen.

Der Band ist in drei Themenbereiche gegliedert. Der erste Teil widmet sich koranhermeneutischen Zugängen, in denen die Botschaft des Koran in den Mittelpunkt gestellt und im Kontext eines progressiven Islamverständnisses kritisch gelesen wird. Zwei Beiträge dürften hier für liberale Leser*innen besonders interessant sein: Harry Harun Behr, Professor für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Islam an der Goethe-Universität Frankfurt a. M., leitet aus dem Koran einen radikalen Freiheitsbegriff ab. Im Sinne einer „kritischen Theologie“, die „vom Menschen ausgeht und auf den Menschen zugeht“ (S. 56), will er den „Islam neu denken“ (S. 55) und wendet sich zielgerichtet gegen verfestigte Sichtweisen über und im Islam, die den Weg in die Unfreiheit weisen. Vor allem anhand der Schöpfungsgeschichte im Koran zeigt er, dass sich die Idee der Freiheit fundamental über die Auslegung des Koran begründen lässt (vgl. S. 68). – Gott hat den Menschen als frei geschaffen; die Freiheit ist das „Wesentliche des Menschseins“ (S. 69). Diese Auffassung vertritt auch Waqar Tariq, seines Zeichens Jurist. Er befasst sich mit dem oft vorgetragenen Vorwurf, Islam und Menschenrechte stünden in Widerspruch zueinander. Ausgehend von der rechtsstaatlichen Perspektive begründet er die Menschenwürde als Fundament der Menschenrechte ähnlich wie Behr aus dem Schöpfungsakt, ebenso wie die Freiheit des Menschen, die genauso wie die Verantwortung im Islam immer individuell gedacht wird. Auch die Gleichheit aller Menschen (an Würde und Rechten) – und damit auch die Gleichheit der Geschlechter – lässt sich anhand des Schöpfungsaktes erläutern, da alle Menschen auf denselben Ursprung zurückgehen (vgl. S. 92). Waqar kommt zu dem Schluss, dass „Menschenrechte aus der islamischen Lehre vorbehaltlos begründ- und stützbar sind“ (S. 102) und wendet sich dagegen, diese unter „Scharia-Vorbehalt“ zu stellen. Ein enges und unwissenschaftliches Scharia-Verständnis lehnt er ab und definiert im Einklang mit der Islamwissenschaft die Scharia als die „Gesamtheit aller religiösen, ethischen sowie rechtlichen Normen, Mechanismen zur Normfindung und Interpretationsvorschriften des Islams“ (S. 98). Gestützt auf diese weite Definition betont er, dass der Widerspruch zwischen Scharia und Menschenrechten keineswegs zwingend ist und fordert, Menschenrechte als Teil der Scharia zu betrachten (vgl. S. 103).

Im zweiten Teil werden unterschiedlichste gesellschaftspolitische Fragen im Kontext des liberal-islamischen Denkens behandelt. Neben einem Beitrag von Omid Nouripour, der Liberale Muslim*innen als „Allzweckwaffe“ der Innenpolitik gegen Radikalisierung in Stellung bringen will, finden Leser*innen hier auch Beiträge zum islamischen Religionsunterricht, zum Machtaufbau und -verlust etablierter Moscheegemeinden und zum Umgang mit antisemitischen Einstellungen von muslimischen Jugendlichen, ebenso ein etwas deplatziert wirkendes Plädoyer für eine muslimische Linke und ein weiteres dafür, warum es gut zum Islam passt, vegan zu leben. Frederike Güler, Ethnologin und Wirtschaftshistorikerin, geht der Frage nach, welche Rolle das Prinzip der Barmherzigkeit in der Leistungsgesellschaft spielen kann, und zeigt, dass die Barmherzigkeit Gottes, begriffen als islamische Schlüsselkategorie, in einer Zeit der Generalisierung lehrt, an einer „Kultur der Ambiguität“ (S. 158) festzuhalten, Uneindeutigkeit und Vielfältigkeit Raum zu geben (vgl. S. 158 f.).

Den Fokus auf den Themenkomplex Gendergerechtigkeit legen die Autor*innen der Beiträge im dritten Abschnitt. Die Gleichberechtigung ist eine zentrale Forderung des Liberalen Islam, womit sich seine Akteur*innen bewusst in, aber auch gegen die oft außer- und auch innermuslimisch geführten Diskussionen mit Blick auf den Islam stellen – nicht zuletzt deshalb, weil an diesem Punkt der Islam und die Muslim*innen (häufig auch zurecht) Vorwürfen ausgesetzt sind. Da stark von persönlicher Erfahrung geprägt, ragt der Beitrag von Andreas Ismail Mohr hervor. Er stellt sich den pauschalen (Vor-)Urteilen – „Ein Muslim kann nicht schwul sein“ –, mit denen er sich als schwuler Mann und bekennender Muslim konfrontiert sieht, sobald Homosexualität erwähnt wird. Er arbeitet heraus, dass die Geschichte von Lot, die von Korankommentatoren als Grundlage für ein Verbot von Homosexualität herangezogen wird, mitnichten so eindeutig ist, wie oft behauptet wird. In seiner Lesart der Erzählung kann nicht auf die Verurteilung homosexuell lebender Männer geschlossen werden. Auch in Anbetracht dessen, dass Schwule, Lesben und Transgender im traditionellen islamischen Milieu dennoch nicht akzeptiert werden, plädiert er für eine moderne Koraninterpretation und mutige Traditionskritik, um den heutigen Erkenntnissen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen (vgl. S. 246).

Beschlossen wird der Band durch einen Beitrag der Herausgeberin, die sich der besonders in Deutschland noch heftiger diskutierten Kopftuchfrage annimmt und anhand einer theologischen Quellenanalyse darlegt, dass das islamische Kopftuch obsolet geworden ist. – Weder lässt sich nachweisen, dass es als verbindendes Element der muslimischen Gemeinschaft als Zeichen des islamischen Bekenntnisses verstanden werden kann, noch, dass es im Einzelfall als ein Gebot theologisch oder soziologisch begründet werden kann. Die in der heutigen Diskussion oft betonte politische Symbolfunktion des Kopftuchs weist sie als „historisch gegenstandslose Überhöhung des Kleidungsstücks“ (S. 305) zurück. Geschickt weicht Lamya Kad-dor damit einem konkreten Ratschlag an muslimische Mädchen und Frauen, ob sie ein Kopftuch tragen beziehungsweise selbiges ablegen sollen, aus, aber sie leistet einen Beitrag dazu, es zu entmachten und jeder Muslimin eine Argumentation für ihre individuelle Entscheidung an die Hand zu geben.

Weder die Beiträge noch die Beitragenden in diesem Lesebuch nehmen alle eine im engeren politisch-philosophischen Sinn liberale Position ein, gleichwohl sind sie alle Gesichter des Liberalen Islams, der pluralistisch, tolerant und vernunftgeleitet ist. Sie dokumentieren damit, dass es „andere“ Muslim*innen in Deutschland gibt, die nicht in das in der Öffentlichkeit oft verbreitete Bild einer sittenstrengen, bigotten und rückständigen Religion passen, die nicht mit Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten vereinbar ist. Dass die innermuslimische Realität auch in Deutschland oft anders aussieht, klingt an einigen Stellen an und ist wohl auch Anlass zur Gründung des LIB und zur Zusammenstellung dieses Bandes zu seinem zehnjährigen Bestehen gewesen. Damit stellt sich die Frage nach den Adressat*innen des Buches beziehungsweise seiner Zielstellung. – Den „anderen“ Muslim*innen eine Stimme geben, die Dokumentation des anderen, des Liberalen Islam für die Öffentlichkeit? Bei den Islamkritiker*innen wird es allein schon aufgrund des bewusst provokanten Titels wohl leider keinen großen Absatz finden, ebenso wenig bei den konservativen Muslim*innen. Letztlich bleibt damit die Kluft bestehen, die die Herausgeberin schon in ihrem Vorwort aufgezeigt hat: zunehmende Radikalisierung und Islamisierung der Muslim*innen auf der einen Seite, nicht nur sachlich, sondern auch vehement und pauschalisierend vorgetragene Islamkritik bis hin zur Islamfeindschaft auf der anderen Seite. Sie zu überbrücken und den Widerspruch auszuhalten, ist die tagtägliche Aufgabe nicht nur der liberalen Muslim*innen, sondern aller liberalen Bürger*innen in Deutschland. Denn der Liberale Islam gehört zu Deutschland.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

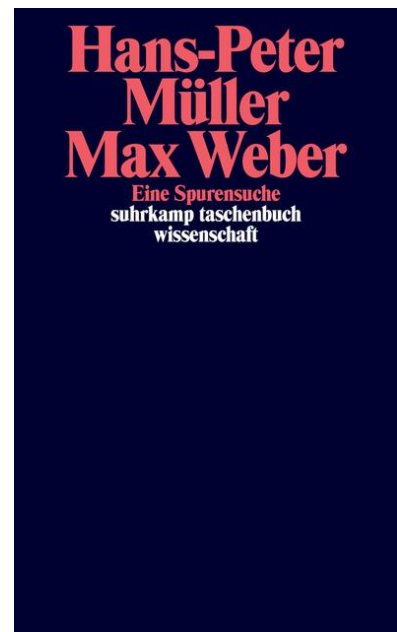


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Hans-Peter Müller: Max Weber. Eine Spurensuche.

Berlin: Suhrkamp, 2020 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 2317), 484 S., ISBN: 978-3-518-29917-3

Auch im Jahr des 100. Todestags von Max Weber ist das umfangreiche, unglaublich vielfältige und fragmentarische Werk eines der Gründerväter der Soziologie noch längst nicht vollständig erschlossen und geordnet. Es gleicht vielmehr einem gewaltigen Steinbruch, in und an dem sich nachfolgende Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern noch (ab-)arbeiten und dabei Fruchtbare zu Tage fördern. Zu ihnen gehört auch Hans-Peter Müller, emeritierter Professor für Allgemeine Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitherausgeber des Max-Weber-Handbuchs, der einen großen Teil seines wissenschaftlichen Schaffens dem vielleicht letzten Universalgelehrten der Sozial- und Geisteswissenschaften gewidmet hat. Mit der nunmehr vorgelegten „Spurensuche“ wagt Müller, der zu den führenden Weber-Forschern der Gegenwart gehört, den Versuch, in einer strukturierten Darstellung zu erfassen und zu erläutern, worum es im Weberschen Denken – dem „Weber-Paradigma“ – im Kern geht und warum eine Beschäftigung damit auch heute noch lohnt.



Nach einem Abriss zu Max Webers Leben, der zum einen ihn in seiner Zeit und zum anderen seine Arbeit zwischen seinen biografischen Wegmarken verortet – eine zentrale Rolle spielen dabei auch seine „Gefährtenehe“ mit Marianne Weber und seine emotionale sowie erotische „Erweckung“ außerhalb dieser Ehe –, legt Hans-Peter Müller mit den Leserinnen und Lesern einen Parforceritt durch zentrale Arbeiten in Max Webers Werk zurück und schlägt eine Ordnung und Einordnung Max Webers als Denker der Moderne vor. Zentrale Themen sind dabei der Kapitalismus, Religion und Kultur sowie Politik. Müller widmet sich ausführlich und auch für „Weber-Anfängerinnen“ und „Weber-Anfänger“ verständlich und nachvollziehbar Webers nach wie vor umstrittener „Protestantismus-These“: Die Entstehung und spezifische Ausprägung des modernen Kapitalismus in Europa war begünstigt durch den asketischen Protestantismus der Calvinisten und anderer Puritaner. Es gibt eine „Wahlverwandtschaft zwischen dem Puritanismus und dem Kapitalismus“ (S. 70). Protestantische Kaufleute reinvestierten – dem Ideal des tüchtigen, kreditwürdigen Ehrenmanns mit ernster und bescheidener Lebensführung folgend – ihre Gewinne, anstatt sie für weltliche Genüsse zu verwenden. Die protestantische Leistungsethik fördert die Vorstellung vom „Leben, um zu arbeiten“ anstatt des „Arbeitens, um zu leben“. Sie geht zurück auf die calvinistische Prädestinationslehre, die Lehre von der Vorherbestimmung durch Gott, dessen Gnade allein darüber entscheidet, wer in den Himmel und wer in die Hölle kommt. Das Individuum ist in seiner Heilshoffnung oder auch -angst damit vollkommen auf sich allein gestellt und muss alles daransetzen, durch eine gottgefällige Lebensführung seine Gnade zu erlangen. Müller verweist darauf, dass dieses harte Dogma der Prädestination ethische Konsequenzen zeitigt, die für den Kapitalismus im Besonderen und für

die Moderne im Allgemeinen von gewichtiger Bedeutung waren (vgl. S. 74). Weber erkannte, dass daraus der religiöse Individualismus, „eine der wichtigsten Grundlagen des modernen Individualismus“, entstand (ebd.). – Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Ähnlich berühmt wie Webers These zum protestantischen Wesen des Kapitalismus westlicher Prägung sind seine Begriffsbestimmungen von Macht und Herrschaft, die heute noch maßgeblich für Politik- und Rechtswissenschaft sowie Soziologie sind. Müller betont dabei, dass Webers politische Analyse geprägt ist von seinem „agonalen Wirklichkeitsverständnis“ (S. 182), das seine Wurzeln in seiner Kindheit als Erstgeborener von acht Kinder hat, der sich als eben solcher immerfort durchsetzen muss. Für Weber ist von Kindesbeinen an alles umkämpft – in der Liebe, der Erotik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und, last but not least, der Politik. Er „rechnet stets und überall mit Kampf und Konflikt, Macht und Gewalt“. Die Konflikte „drehen sich allesamt um Über- und Unterordnung, Vorherrschaft und Untertanenschaft, Sieg und Niederlage“, nichts und niemand kann der „Gesetzlichkeit des ‚Macht-Pragma‘ entfliehen“ (ebd.). Daraus leitet Weber aber nicht ein Staatsverständnis nach der Macht des Stärkeren ab, sondern definiert die Voraussetzungen für stabile Herrschaft: Organisation und Legitimität. Wie kaum ein anderer erfasst er damit das Wesen des modernen Staats als Verwaltung. Aber er belässt es nicht nur bei einer tiefsinnigen Analyse von Bürokratie, die Müller prägnant darstellt, sondern ergänzt sie um sein Verständnis von legitimer Herrschaft, womit er das Fundament für ein Staatsverständnis als Rechtsstaat legt und seinen Ruf als einen der Vordenker des Liberalismus begründet. In einem Interview für den Deutschlandfunk Kultur¹ betont Hans-Peter Müller, dass Weber eben nicht nur nüchtern die bürokratische Organisation des Staatswesens beschrieben hat, sondern Freiheit dabei für ihn den höchsten Wert darstellte, Legitimität von Herrschaft also nicht wertfrei und nur rein funktionell gedacht werden kann. Die Welt Webers lässt sich für Müller in drei Spielen darstellen: das ökonomische Spiel, das kapitalistisch ist, das politische Spiel, welches die Demokratie ist, und das kulturelle Spiel, der Individualismus. Für Weber sei eine vernünftige Kombination aus Wirtschaft, Politik und Kultur in diesem Dreiklang zu finden: Kapitalismus, Demokratie und Individualismus (ebd.).

Eine Einordnung Webers als liberaler Denker kann aber auch über den Begriff der „Lebensführung“ gelingen, dem sich Hans-Peter Müller zum Abschluss seiner „Spurensuche“ in Webers Werk annimmt. Für ihn markiert Lebensführung „den analytischen und normativen Fluchtpunkt der Soziologie Max Webers“ (S. 411), auf den Menschen und seine Lebensführung seien seine Studien in letzter Instanz alle ausgerichtet. Lebensführung versteht er als „Scharnier zur Relationierung von Individuum und Gesellschaft“ (ebd.). Der Mensch müsse sein Leben führen und sich so in der modernen Gesellschaft positionieren. Und hier schwingt der Begriff der „Lebenslaufhoheit“ mit – der gebildete Mensch als Garant einer modernen Bürgergesellschaft, der im Sinne der Selbstermächtigung ganz nach Webers Vorbild die Welt durch Rationalität entzaubert.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

¹ Sein und Streit, Beitrag vom 14.06.2020.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

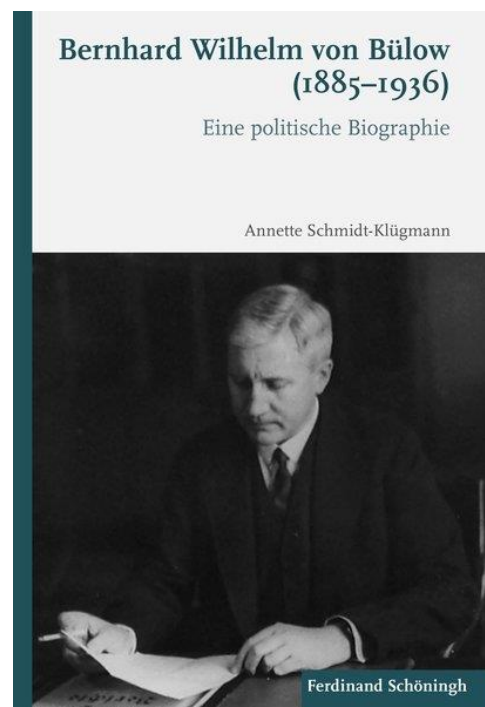
Annette Schmidt-Klügmann: Bernhard Wilhelm von Bülow (1885-1936). Eine politische Biographie.

Paderborn: Schöningh, 2020, XI, 707 S., 12 Abb., ISBN: 978-3-506-70268-5

Eine gewichtige Biografie liegt vor über einen Mann aus mecklenburgischem Uradel, dessen Vorfahren in hohen und höchsten Verwaltungsämtern gewirkt hatten. Die Autorin, stellvertretende Leiterin einer Bildungsstätte, hat die Bernhard Wilhelm von Bülow betreffenden Akten, insbesondere diejenigen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, akribisch durchgearbeitet, eine solide Basis, um neue Erkenntnisse über seinen politischen Standort und seine Positionierung in damals aktuellen politischen Fragen zu gewinnen.

Seine Biografie wurde ab 1919 geprägt vom Versailler Vertrag, den Bülow in den Verhandlungen als Referent glaubte auf Augenhöhe für Deutschland mildern zu können, eine seiner geringen diplomatischen Erfahrung geschuldete Fehleinschätzung, die seine weitere Karriere im Auswärtigen Amt begleiten sollte. Seine Unerfahrenheit mit dem Hineinversetzen in die Perspektive anderer Staaten konnte allerdings durch realistische Berichte deutscher Botschafter abgemildert werden. Auf der anderen Seite von Bülows Persönlichkeit standen sein effizienter Arbeitseinsatz, die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu durchdringen, somit seine akribische Erarbeitung von Denkschriften, wie er sie etwa für die Versailler Vertragsverhandlungen verfasste.

Was qualifizierte Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom Juni 1930 bis zu seinem Tod 1936? Entsprach er, so Lüdicke,¹ dem Typus des im kaiserlichen auswärtigen Dienst tätigen konservativen Beamten, der eine „Generalumkehr“ im Auswärtigen Amt weg von der 1918 eingesetzten Demokratisierung, hin in ein restauratives Fahrwasser betrieb? War er in Bezug auf den Versailler Vertrag der knallharte Revisionist, der den politisch Nationalkonservativen zu pass kam? Schmidt-Klügmann widerspricht dem mit detaillierten Argumenten, denn Bülow hatte sich sachlich als qualifizierter Leiter der Referate für Völkerbund und europäische Regionen breiter aufgestellt, was sich in seinem Einsatz für die Angleichung der Völkerbundsatzung an den Kellogg-Pakt, sprich das Kriegsverbot ohne Ausnahme, niederschlug. Seine Absicht war, den Völkerbund als Ausgangspunkt für die Entwicklung hin zu einer internationalen Ordnung zu nutzen, in der Rüstungen auf niedrigem Niveau angeglichen würden. Seine Expertise war umso wichtiger, als der Außenminister Curtius und Reichskanzler Brüning keine außenpolitischen Fachleute waren. Seine zähe Arbeit an der Rehabilitation Deutschlands ver-



¹ Lars Lüdicke: Constantin von Neurath. Eine politische Biographie, Paderborn 2014.

band ihn sowohl mit Stresemann als auch mit Curtius und Brüning. Die Revision des Versailler Vertrages blieb ein Leitmotiv seines Wirkens.

Die Verfasserin arbeitet den Konflikt heraus zwischen dem Reichswehrministerium, das schon in der Weimarer Republik auf ein militärisches Wiedererstarken hinarbeitete, und dem Auswärtigen Amt, das die Rüstungspolitik und die Revision des Versailler Vertrags als langfristigen offenen Prozess verstand. Erkennbar wird, dass Bülow während seiner Dienstjahre im Auswärtigen Amt einen mäßigenden Lernprozess durchmachte. Zwar positionierte er sich Mitte der 1920er Jahre gegen einen schnellen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, doch nicht aus politischer Abneigung, sondern verbunden mit der Erwartung, für Deutschland günstigere Bedingungen auszuhandeln. Entgegen dem gängigen Bild Bülows als Völkerbunds- und Locarno-gegner, der den Gegenpol zu Stresemanns Führungsgruppe um den Staatssekretär Carl von Schubert gebildet habe, entwickelt Schmidt-Klügmann anhand der in den Referentenentwürfen vertretenen Positionen das Bild eines überzeugungsstarken, aber integrierten Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes. Gegenüber den amtierenden Reichskanzlern Brüning, Papen und Schleicher und den Außenministern Curtius und Neurath argumentierte Bülow in vielen Einzelfragen mäßigend, gerade auch im Widerspruch zu den Aufrüstungsplänen der Reichswehr.

Von zentraler Bedeutung für die Einschätzung Bülows ist sein Verbleib im Amt des Staatssekretärs nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Eine häufig verwendete angebliche Begründung Bülows: „Man lässt sein Vaterland nicht im Stich, bloß weil es eine schlechte Regierung hat“, weist die Autorin als kaum glaubwürdig nach. Bülow dachte über sein Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt nach, formulierte auch den Entwurf eines Entlassungsgesuchs, blieb aber im Amt, vermutlich zur Verhinderung einer „Säuberung“ des Ministeriums. Für die Beurteilung dieser Entscheidung bedeutsam ist seine programmatische Denkschrift vom März 1933 über Lage und Ziele der deutschen Außenpolitik, verfasst aufgrund der Weigerung Hitlers, sich in einer Aussprache mit dem Auswärtigen Amt grundlegende außenpolitische Expertise einzuholen. Ein Teil der Forschung missverstand Bülows Denkschrift als langfristigen expansiv-imperialistischen Programmentwurf, obwohl sie warnende Passagen und klare Kontinuitäten zur Außenpolitik der Weimarer Republik aufweist. Im Widerspruch zu Günter Wollsteins einflussreicher erstmaliger Edition der Denkschrift, in der er einen dreistufigen Plan zu erkennen meint – erst allgemeine Erstarkung, sodann Realisierung der territorialen Expansionsziele, abschließend Sprengung des „revisionistischen Rahmens“ zwecks einer „Weltmachtpolitik“ wilhelminischen Zuschnitts² – stellt Schmidt-Klügmann Bülows Rat zur Mäßigung gegen eine außenpolitische Vabanquepolitik heraus. Demzufolge legte er in der Tradition der Weimarer Außenpolitik Wert darauf, dass Deutschland an allen international behandelten Fragen diplomatisch mitwirkte, sich dabei auf wirtschaftliche Fragen konzentrierte und außenpolitische Konflikte vermied, ohne den Status quo anzuerkennen. Er zielte somit langfristig auf eine Revision insbesondere der Grenze zu Polen auf dem Verhandlungsweg. Deutschland solle mit allen Mächten, vor allem mit Großbritannien, aber auch mit Frankreich und der Sowjetunion gute Beziehungen unterhalten, im Völkerbund verbleiben, den Locarnopakt einhalten und eine maßvolle Rüstungspolitik betreiben. Außenminister Neurath stellte den Inhalt der Denkschrift im Kabinett vor, allerdings unter Auslassung entscheidender Punkte, womit er ihr kritisches Potenzial abschwächte.

Die Autorin arbeitet heraus, wie stark Bülows persönliche Auffassung auch vor 1933 von der amtlichen Position abweichen konnte. Beispielsweise bestritt er anfänglich die Judenverfolgung gegenüber den ausländischen Diplomaten, später tat er sie als Nebenprodukt einer Revolution ab. Durch Ergänzungen ideologischer Schriften des nationalsozialistisch geleiteten

² Günter Wollstein: Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 13 (1973), S. 77-94.

Deutschland-Referats leistete er dem Antisemitismus Vorschub, obwohl weder das Auswärtige Amt noch Bülow selbst sich vor 1933 antisemitisch äußerten.

1934 hatte sich Deutschland in eine außenpolitisch schwierige Position manövriert. Nicht nur Hitler und seine Spießgesellen, sondern auch die Reichswehrführung strebte nach ungehemmter außenpolitischer Machtdemonstration, wobei der schwache Außenminister keine nachhaltigen Schranken aufbaute. Die Verfasserin arbeitet überzeugend heraus, wie Bülow in dieser Lage in Denkschriften und Gesprächen mit konkreten Maßnahmen für Mäßigung warb und, nachdem er bei seinem Amtschef Neurath nicht durchdrang, sich mit den Chefs des Truppenamtes und der Marineleitung direkt in Verbindung setzte. 1935 musste das Auswärtige Amt einen empfindlichen Bedeutungsverlust hinnehmen, weil Hitler Felder der Außenpolitik an Göring, den NS-Ideologen Rosenberg und den außenpolitischen Berater Ribbentrop abgab. Bülow als kompetenter Kritiker der forschenden Außenpolitik geriet zunehmend ins Abseits, so auch bei der Rheinlandbesetzung 1936, an deren Stelle er, um die Sicherungen des Locarno-Paktes zu bewahren, eine Verhandlungslösung mit Deutschlands westlichen Nachbarn anstrebte. Andererseits zeigt Schmidt-Klügmann Bülows ambivalente Haltung auf, denn seine nachträgliche Zustimmung zur wiedererlangten Souveränität überlagerte alle Bedenken.

Neues hat die Autorin auch über Bülows Engagement bei den Linksliberalen herausgefunden. Ende 1918 trat er, obwohl er der Parteiendemokratie reserviert gegenüberstand, der DDP bei, wo er sich vor allem als Beisitzer im Vorstand der Jungdemokraten Groß-Berlins und als Vorsitzender der außenpolitischen Kommission der Jungdemokraten Groß-Berlins engagierte. Bülows Mitgliedschaft bei den Jungdemokraten ist bis 1923 nachweisbar, während die Dauer seiner Mitgliedschaft in der DDP bzw. ihrer Nachfolgerin Deutsche Staatspartei unklar ist. Unbeachtet blieb dabei der Hinweis in den Protokollen der DDP/DStP-Führungsgremien, dass prominente DDP-Mitglieder, die sich noch nicht zum Beitritt zur DStP entschlossen hatten, im Herbst 1930 herangezogen werden sollten, darunter Bülow.³

Wenig Klarheit schafft die Darstellung von Bülows Trauerfeier und Beerdigung. In der evangelischen Kirche beherrschte der Konflikt zwischen Bekenntnischristen und regimenahen „Deutschen Christen“ die Szene. Ob der Prediger einer dieser kirchenpolitischen Strömungen angehörte oder neutral blieb, erfährt der Leser nicht. Und war der Pfarrer der Trauerfeier identisch mit dem bei der Grablegung?

Annette Schmidt-Klügmanns Biografie löst Hermann Gramls „Essay“⁴ als maßgebliche Darstellung und Analyse von Bülows Leben und Wirken souverän ab, wobei sie alle wesentlichen außenpolitischen Themen, mit denen Bülow befasst war, abzudecken versteht. Wer sich mit der deutschen Außenpolitik in der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des NS-Regimes beschäftigt, findet hier lohnende Zugänge.

Solingen

Horst Sassin

³ Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, bearb. v. Konstanze Wegner/Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. 617.

⁴ Hermann Graml: Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik. Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt, München 2012.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

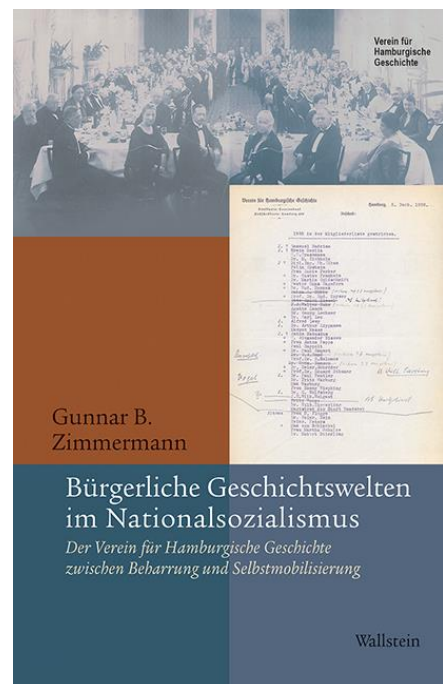
Gunnar B. Zimmermann: Bürgerliche Geschichtswelten im Nationalsozialismus. Der Verein für Hamburgische Geschichte zwischen Beharrung und Selbstmobilisierung.

Göttingen: Wallstein Verlag, 2019 (= Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Band 67), 704 S., ISBN: 978-3-8353-3391-8

Beim vorliegenden Werk – einer um die Hälfte gekürzten Fassung einer Hamburger Dissertation, die insgesamt den Zeitraum von 1912 bis 1974 umfasst – handelt es sich nicht nur um eine traditionelle Vereinsgeschichte. Vielmehr entpuppt sich die Studie als eine weit darüber hinausreichende Analyse der Herausforderungen, des Versagens bzw. der „Beharrung und Selbstmobilisierung“ einer für die Stadt bedeutenden bürgerlichen Gemeinschaft während der nationalsozialistischen Zeit.

Entgegen der titelgebenden, eher bedauerlichen Eingrenzung auf die NS-Zeit beziehen sich gewichtige Kapitel der Studie auf die Zeit davor und danach: auf die Weimarer Republik und die Traditionsüberhänge aus dem Kaiserreich sowie auf den Neustart nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies ist sinnvoll, denn erst dadurch lässt sich der Blick weiten auf die Kontinuität erinnerungskultureller Deutungen und die Entstehung wie den Wandel historischer Narrative der bürgerlichen Selbstvergewisserung. Immerhin geht es hier um die „Geschichtswelten“ des Bürgertums einer über tausendjährigen, stolzen Handelsmetropole. Den 1839 gegründeten Verein für Hamburgische Geschichte (VHG) sieht der Autor als zentrale Antriebskraft der lokal- und regionalhistorischen Forschung, einer Vermittlungsinstanz zwischen Fachwissenschaft und populärem Geschichtsinteresse, die entscheidend an einer Gedächtnis- und Erinnerungskultur mitwirkte, um für die – bürgerlich verstandene – städtische Gesellschaft Identitätsbezüge zu stiften.

Über die für viele Geschichtsvereine charakteristischen Tätigkeitsfelder – Bibliothek und Sammlung, Ausflugswesen und Reisen, Vortragswesen als Plattform lokaler und regionaler Geschichtskultur, wissenschaftliche und populäre Vereinspublikationen – war der VHG eng mit der Stadtgesellschaft vernetzt. Führend in den Vorständen und Gremien waren Archivare des Stadtarchivs, Professoren der Universität, überhaupt Akademiker, die auch die meisten Mitglieder stellten. Über diese erfährt man in der Studie leider nur wenig, was der Quellenlage geschuldet sein mag. Zudem ist auch über einen entscheidenden Kristallisationspunkt jeglicher Vergemeinschaftung durch Vereine wenig beschrieben – die Geselligkeit. War es das Thema, das die Mitglieder zum Vortrag oder Ausflug bewegte oder doch häufig das vertraute Gespräch und die gemeinsamen Runden als zentrale bürgerliche Kommunikationsformen? Den Fokus legt der Autor stattdessen auch methodisch auf Vorstände und Gremien, die mit einem auf drei Kohorten bezogenen generationsspezifischen Ansatz analysiert werden. Dabei entspricht



die generationelle Zuordnung den drei Vorsitzenden zwischen 1912 und 1974, deren Amtszeit jeweils über die Systembrüche hinweg reichte (1912/1937/1958). Insofern lässt sich das Spannungsfeld von Generationalität und zeitgeschichtlichen Brüchen, die Frage von struktureller Begrenzung oder Wahrnehmung individuell bedingter Spielräume zumindest für die Vorstandsebene des Vereins untersuchen.

In den Blick kommt dadurch die langfristige Wirkung von Denkmustern und Werthaltungen, sei es der bürgerliche „Wertehimmel“ im Übergang vom Kaiserreich zur Republik, die Erosion dieser Werte und Milieus auf dem Weg zur Diktatur oder die widersprüchliche Rückbezüglichkeit der Geschichtswelten nach 1945. Die erinnerungskulturelle Tradition gab den Vereinsmitgliedern – zumeist (national-)liberale und konservative Bürger, in den 1920er Jahren rückten auch DDP-Mitglieder in den Vorstand – angesichts der zeitgeschichtlichen Zäsuren Orientierung. Auch die enge Verflechtung der Vereinsfunktionäre, von denen viele beruflich als Historiker oder Archivare tätig waren, in städtischen Gremien und Institutionen, dem Stadtarchiv, der Universität, sicherten Einfluss und Ressourcengewinnung in Krisenzeiten. Ausgedehnte Netzwerke verschafften dem Verein Anerkennung und ermöglichten ihm, als „führender Ansprechpartner in Fragen der hamburgischen Geschichte“ (S. 127) seine Gedächtnis- und Erinnerungskultur hinaus in die Stadt zu tragen. Ob der VHG hier als *Influencer* oder eher als Sprachrohr und Multiplikator der professionellen Geschichtsdienstleister wirkte, bleibt offen.

In der Weimarer Republik bildete die rapide Desintegration der Milieus eine besondere Herausforderung für die bürgerliche Vereinskultur. Verbindende erinnerungskulturelle Entwürfe der Vergangenheit ließen sich für die Gegenwart nicht mehr unwidersprochen umsetzen; der „Kanon identitätsstiftender Vergangenheitsbezüge“ (S. 174) erforderte die Aufnahme neuer Themen. Auch dass der gesellschaftliche Stellenwert einer Mitgliedschaft im Geschichtsverein in den 1920er Jahren geringer war als noch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, war eine Entwicklung, die der VHG (hier sank die Mitgliederzahl von 1923 bis 1934 um die Hälfte) mit vielen anderen Geschichtsvereinen teilte. Gerne wüsste man auch hier mehr über die Mitglieder, über Gründe für Ein- oder Austritt; welche Resonanz fanden Vorträge oder gesellige Runden? Darüber geben die Quellen wohl wenig Auskunft. Der Autor hat sie insgesamt mit größter Akribie und vielfältiger Recherche in zahlreichen Nachlässen erschlossen, ob private Aufzeichnungen und Tagebücher oder Vereinsdokumente, soweit diese – trotz des im Luftangriff 1943 zerstörten Vereinsarchivs und der Bibliothek – erhalten geblieben sind.

Die „Gleichschaltung“ der Geschichtsvereine in der nationalsozialistischen Zeit war kein linearer Prozess, vielmehr bestanden Spielräume, sowohl zeitlich, als auch in der Umsetzung der Vorgaben. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme bestand der Vereinsvorstand, von denen keiner ein NSDAP-Parteibuch hatte, „überwiegend aus Personen, die aufgrund ihrer bürgerlichen Sozialisation und ihrer Generationenzugehörigkeit dem ‚Dritten Reich‘ [...] und der NS-Ideologie eher ablehnend, distanziert, abwartend und höchstens sich anpassend gegenüberstanden“ (S. 219). Die NS-Auflagen, die sich auf die Themen, die satzungsgemäße Verankerung des „Führerprinzips“ und den „Arier-Paragraphen“ bezogen, wurden von den Geschichtsvereinen sehr unterschiedlich gehandhabt; mit dem Verweis auf wissenschaftliche Funktionen wurde teilweise ein gewisser Spielraum gegenüber zentralisierender Einflussnahme behauptet.

Der VHG schwenkte in seinem Veranstaltungsprogramm erst allmählich auf nationalsozialistisch konnotierte Themen wie Volksgeschichte, Germanen, Vor- und Frühgeschichte, Grenzland- und Siedlungsforschung, Ahnen- und Rassenforschung ein. Das „Führerprinzip“ wurde übernommen, ansonsten aber zunächst der real existierende „Handlungskorridor der Vereine zwischen Selbstmobilisierung und -gleichschaltung auf der einen und ihrer Beharrungskraft“ auf der anderen Seite (S. 17) wahrgenommen. Dies änderte sich erst 1937 mit dem Wechsel in der Vereinsführung. Die Studie belegt, welcher Spielraum sich den Akteuren trotz aller Zwänge konkret bot: Während zuvor die Beharrungskräfte bürgerlicher Vereinstradition den Ausschlag

gaben, vollzog der neue Vorstand die gewünschten Maßnahmen – Diskriminierung und Ausschluss der jüdischen Mitglieder – mit schonungsloser Selbstverständlichkeit. Diese Anpassung zum linientreuen Verein nutzte aber offenbar eine Widerstandsgruppe zur Tarnung: 1938 trat der unter dem Tarnnamen firmierende Verein „Hafenfreunde Hamburg-Altona“ dem VHG bei. Dahinter verbarg sich eine linksliberale Hamburger Widerstandsgruppe um Friedrich Ablass, die Verbindungen zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe besaß und vielleicht eine unauffällige Möglichkeit zur Konspiration suchte.

Für die Zeit nach der NS-Herrschaft konstatiert der Autor: „Das Mischungsverhältnis aus Beharren und Selbsttäuschung auf der einen sowie aus Einsicht und Änderungsbereitschaft auf der anderen Seite prägte maßgeblich die weitere Vereinsentwicklung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten“ (S. 494). Er widerlegt die auch vom VHG beförderte Legende, Hamburg habe während der NS-Zeit dank hanseatischer Toleranz und Liberalität eine „gemäßigte Sonderrolle“ eingenommen (S. 603).

Insgesamt verdeutlicht die Studie die langfristig wirksamen Prägungen der bürgerlichen Geschichtswelten des Vereins für die Erinnerungskultur der städtischen Gesellschaft, zeigt aber auch den allmählichen Verlust dieser hegemonialen Position der Geschichtsdeutung. In jedem Fall kommt derartigen Foren der Selbstverständigung der Gesellschaft fundamentale Bedeutung für die erinnerungskulturelle Identität zu, jenseits der binnenwirksamen Faktoren im Verein. Über die mikrogeschichtliche Information zur Vereinsgeschichte hinaus bietet Zimmermanns Studie dank der akkuraten Vorgehensweise und dem ausgewogenen Urteil substantielle Aufklärung über die Bedeutung einer wertorientierten Erinnerungskultur und über die Dramatik, die der Verlust eben dieses Kompasses bedeutet.

Potsdam/Berlin

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Markus Gabriel: Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten. Universale Werte für das 21. Jahrhundert.

Berlin: Ullstein, 2020; 368 S., ISBN: 978-3-550-08194-1

Ist das das Buch zur Pandemie, der geistige Wegweiser im Lockdown? Zumindest vom Anspruch her liegt der Gedanke nahe. Das Buch, im Jahr 2020 erschienen und schon in der fünften Auflage, ist ein Bestseller. Was vielleicht auch daran liegt, dass schon auf dem Buchdeckel der Autor, Markus Gabriel, als „Deutschlands weltweit bekanntester Gegenwartsphilosoph“ gepriesen wird – da greift man dann gerne zu, ausreichend Zeit zur Lektüre ist im Lockdown ja vorhanden.

Der Klappentext verspricht eine „zeitgemäße universale Auffassung des Menschen sowie das Konzept einer neuen Aufklärung und eines neuen moralischen Realismus“. Das klingt in der Tat vollmundig, aber irgendwie auch so gar nicht Bestseller-like, wobei – auch Harari oder Precht oder Sloterdijk (Deutschlands vielleicht weltweit zweitbekanntester...) verkaufen sich ja wie geschnitten Brot. Markus Gabriel ist Professor für Erkenntnistheorie, Philosophie der Neuzeit und der Gegenwart an der Universität Bonn und dort Direktor des Internationalen Zentrums für Philosophie sowie des interdisziplinären Center for Science and Thought.



Um es gleich voranzuschicken: Es ist ein großes Vergnügen, das Buch zu lesen. Nicht, weil es sich um leichte Kost handeln würde – das ist es ganz und gar nicht. Der Autor hat ein Ziel, er möchte eine – mindestens eine – Botschaft loswerden. Und gerade weil man nicht mit allem übereinstimmen muss, was er auf dem Weg zum finalen Kapitel darstellt, weil einen das Dargestellte fordert, herausfordert, weil man bei der einen Aussage beifällig nickt, bei der anderen widerständig und nicht überzeugt bleibt, ist das Buch gelungene und zufriedenstellende Lektüre. Es strotzt nahezu von schönen Sätzen, schon das macht Spaß.

Worum geht es? Um nicht weniger als das Ziel, „der Idee neuen Auftrieb zu geben, dass die Aufgabe der Menschheit auf unserem Planeten darin besteht, moralischen Fortschritt durch Kooperation zu ermöglichen“ (S. 16). Denn: „Wir können den Gefahren neuer Kriege durch Erstarren des Nationalismus sowie der ökologischen Krise, die hunderte Millionen von Menschen bedroht, nur durch moralischen Fortschritt begegnen. Es ist das Gebot der Stunde, dass sich der Mensch auf seine moralischen Fähigkeiten besinnt und anzuerkennen beginnt, dass nur eine globale Kooperation jenseits nationalstaatlicher Egoismen dazu führt, die sich ständig beschleunigende Bewegung in Richtung eines welthistorischen Abgrunds aufzuhalten“ (S. 22). Das klingt wesentlich dramatischer und wesentlich alarmistischer, als es gemeint ist und als

es auch im Buch ausgeführt wird. Aber es ist die Herausforderung, vor die sich Gabriel gestellt sieht.

Und in der Tat stellt sich diese Frage derzeit massiv. Nicht nur für Philosophen, von denen Gabriel einer ist. Auch der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel zum Beispiel thematisierte im November 2020 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Wenig reflektiert in der Demokratieforschung wird ein Problem, das sich in den neuen Krisen des 21. Jahrhunderts aufdrängt: Wie verändert sich der Zusammenhang von Wissenschaft, Moral und Demokratie?“ Von diesem Ausgangspunkt startet auch Gabriel. Er sieht eine „Verwirrung moralischer Grundbegriffe“ und eine „tiefe Wertekrise, die unsere Demokratie infiziert hat“ (S. 9).

Es wurde schon erwähnt, dass das Buch hoch aktuell ist. Die Coronakrise ist nicht nur Fußnote, sondern offensichtlich eines der Motive für Gabriel, in der Richtung zu argumentieren, wie er es tut. Und vielmehr noch: Er wendet die Krise ins Positive, sieht sie als Chance: „Mit der Corona-Krise hat sich die Möglichkeit moralischen Fortschritts in dunklen Zeiten eröffnet“ (S. 194). Es geht ihm insgesamt darum, „den Hauptgedanken wieder ins Spiel zu bringen: dass man durch den Einsatz von Vernunft gemeinsam daran arbeiten kann, herauszufinden, was wir tun und was wir unterlassen sollen“ (S. 29). Denn es ist – so Gabriel – „längst klar, dass wir nach der Krise nicht genauso weitermachen können wie gehabt. Doch dafür brauchen wir ein neuartiges Gesellschaftsmodell, das auf stabileren Fundamenten als dem Projekt einer rein ökonomischen Globalisierung stehen muss“ (S. 10).

Hier sind wir also beim „Zusammenhang von Wissenschaft, Moral und Demokratie“, wie oben von Wolfgang Merkel auch thematisiert, und fast schon bei der Weltgesellschaft von Kant. Für Gabriel stehen wir vor nicht gerade kleinen Herausforderungen: „Die global miteinander vernetzte Menschheit arbeitet zurzeit an ihrer eigenen Ausrottung, wozu die globalisierten Produktionsketten teils unsinniger Konsumgüter beitragen, die nur aus Profitgier auf Kosten der Menschheit hergestellt werden“ (S. 26). Stattdessen müsse man „von dem tiefsitzenden Gedanken abrücken, eine Gesellschaft sei fundamental durch Wettbewerb und Verteilungskämpfe gesteuert, die man nur durch staatliche Überwachung und Kontrolle im Griff halten kann“ (S. 11).

Wer als Liberaler an dieser Stelle das Buch kopfschüttelnd zur Seite legt, wird ihm allerdings nicht gerecht. Gabriel kommt von der Moralphilosophie – nicht von Soziologie, Politikwissenschaft oder Volkswirtschaft. Er möchte, beginnend mit seinem Buch, „Kernthesen des Neuen Moralischen Realismus“ (S. 33) aufstellen, er möchte darstellen, „was Werte sind und warum sie universal sind“. Das ist das Spezielle an der Darstellung bei Gabriel: Es gibt für ihn „moralische Tatsachen, die vorschreiben, was wir tun und was wir unterlassen sollen“ (S. 35), und „moralische Tatsachen sind weder in Gott, noch in der allgemeinen Menschenvernunft, noch in der Evolution, sondern in sich selbst begründet“ (S. 36). Wertpluralismus bewertet er negativ, weil Werte nicht gesellschaftlich verhandelbar seien. „Moralische Tatsachen“, so schreibt er, „sind keine gesellschaftlichen Kompromisse und keine kulturellen Konstrukte, weil sie sui generis bestehen und sich an universalen Wertmaßstäben messen lassen, die man zur übergeordneten Bewertung von Kompromissen und kulturellen Konstrukten einsetzen kann“ (S. 40).

Die derzeitige Lage ist für ihn ein wesentliches Definitionskriterium: „Das Corona-Virus widersetzt sich dem postmodernen Unsinn, dass die Wirklichkeit sozial konstruiert ist und insgesamt davon abhängt, welche Einstellung wir zu ihr haben“ (S. 209). In dieser Prioritätensetzung ist Gabriel rigoros. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht kann man da durchaus widersprechen. Und genau hieran entzündet sich auch die Kritik am Buch. Gabriel sieht den gesellschaftlichen Normalzustand nicht als systemisch veränderlich an, sondern quasi als moralisch aufgeladen, als von dauerhaft definierten (bzw. sich definierenden) Werten bestimmt. Die „pure Wirklichkeit“ (S. 47) enthält nach seiner Meinung „Aufforderungen, objektive Werte, an denen das Han-

deln sich dauerhaft zu orientieren hat“. Denn, so die Argumentation: „wenn stattdessen Aufforderungen immer nur Stimmen von Autoritäten (Lehrer, Eltern, Kirchen, von uns internalisierten Regierungen usw.) wären, dann wäre Ethik eigentlich Pädagogik, Psychologie oder Soziologie“ (S. 47). Eine Handlungsleitung durch soziale und kulturelle Identitäten lehnt Gabriel – durchaus mit guten Gründen – ab, er will eine „Sprengung des Stereotypensystems, damit wir überhaupt jeden als Menschen erkennen und anerkennen können“ (S. 194).

Die Argumentationslinie Gabriels lässt sich als Postulat für ewig fortgeltende, seit Ewigkeiten bestehende, unveränderliche und nicht verhandelbare Werte verstehen – und einige Rezensenten setzen mit ihrer Kritik auch genau hier an: Was ist mit moralischen, mit ethischen Dilemmata, die aus neuen technologischen Entwicklungen entstehen, aus technischen (oder auch gesellschaftlichen) Fortentwicklungen, die ganz neue ethische Fragen aufwerfen? Sind sie durch die objektiven Werte, die ja in gesellschaftlichen Diskussionen nicht verändert werden können, schon prima facie entschieden? Was ist bei Meinungsunterschieden, die von unterschiedlichen gedanklichen Herkunftsorten, von unterschiedlichen ideologischen Ansätzen herühren? Und was ist mit den Menschen, denen es an Einsichtsfähigkeit in diese handlungsleitenden „objektiven Werte“ fehlt?

Aber darum geht es Gabriel wohl gar nicht. Es geht ihm eher um eine Beschreibung des gesellschaftlichen Miteinanders, beruhend auf einem moralischen Grundgerüst an unveränderlichen Werten. In dem Buch soll „eine Moralphilosophie des neuen moralischen Realismus skizziert werden“, nach der „Weisheit darin besteht, die nichtmoralischen Tatsachen mit den bisher bekannten moralischen Selbstverständlichkeiten ins richtige Verhältnis zu setzen“ (S. 329). Zugrunde liegt der – wenn man es böse bewerten möchte – fast schon sozialromantische Gedanke, dass „es im Wesen moralisch verwerflichen Handelns liegt, dass es destruktiv wirkt“ (S. 330). Gabriels Moralphilosophie baut auf ein „Umdenken [...]“, welches darauf zielt, dass wir systematisch die Koordinaten unseres Handelns an moralischen Zielvorstellungen ausrichten, die in einer globalen Kooperation erarbeitet werden müssen“ (S. 333). Er fordert eine „Kosmopolitik der radikalen Mitte“. Moralisch anspruchsvolle Politik ist möglich, schreibt er, oder, fast schon schwärmerisch: „Geist und höhere Moralität sind wirklich“ (S. 344). Sein Ziel sieht er als erreicht, wenn die Leser erkannt hätten, „dass es objektiv bestehende, sich an uns als Menschen richtende moralische Tatsachen gibt, die weder durch die Evolution noch durch Gott oder die universale Menschenvernunft begründet werden können“ (S. 343). Die Corona-Krise zeigt uns, dass die Menschheit „eine globale Schicksalsgemeinschaft ist“ (S. 344) – da ist ihm auf jeden Fall zuzustimmen. Alles andere wird sich weisen.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland.

Wiesbaden: Springer VS 2020, 251 S., ISBN: 978-3-658-29770-1

Die Politikwissenschaftler Uwe Jun und Oskar Niedermayer haben sich an die wichtige Aufgabe gemacht, die aktuelle (partei)politische Lage vor dem anstehenden Wahljahr 2021 zu ordnen und die aktuellen Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland zu erläutern. Das Konzept ist denkbar einfach, aber effektiv und zielführend: Man schaut zurück, um mögliche zukünftige Entwicklungen aus der Analyse zu skizzieren.

Und dabei fällt nicht nur den Älteren auf: Alte Gewohnheiten, die den Wählerinnen und Wählern auch ohne vertiefte Kenntnis der strategischen und inhaltlichen Feinheiten der Parteipolitik jederzeit Orientierung ermöglichen, gelten nicht mehr, oder nur noch bedingt. Nach ehemals drei Parteien mit klarer ideologischer Zuordnung (vulgo: eine für Christen, eine für Arbeiter, eine für Freiheitsliebende), die dann durch eine spezifisch ökologisch ausgerichtete Partei ergänzt wurden, sind nun sieben Parteien mit zum Teil überlappenden Milieubindungen und Kompetenzfeldern im Bundestag. Für jede der im Bundestag vertretenen Parteien gibt es im Buch ein eigenes Kapitel, nachdem in einer Einführung die generelle Linie aufgezeigt wurde. Und gerade das macht das Buch so wertvoll und handhabbar in der Vorbereitung auf das Wahljahr.



„Das Parteiensystem ändert sich“, schreibt Niedermayer in seiner Einführung (S. 4) und sieht eine „Polarisierung und Fragmentisierung des Parteiensystems“. Das Buch ist aus der Sicht von Anfang 2020 – also prä-Corona – geschrieben. Hier sieht Niedermayer das deutsche Parteiensystem „immer noch in einer Umbruchphase“ (S. 39) und fasst zusammen: „Insgesamt hat sich das deutsche Parteiensystem, das von Anfang an und über sechs Jahrzehnte hinweg ein System mit Zweiparteiendominanz war, zu einem pluralistischen System an der Grenze zum hochfragmentierten System entwickelt. Die Auswirkungen dieser Zersplitterung bei gleichzeitigem Erstarken der Segmentierung in Form einer von den anderen Parteien als nicht koalitionsfähig angesehenen Partei, der AfD, auf die Regierungsbildung sind im Bund und auf der Länderebene schon deutlich spürbar und werden den Parteien auch in Zukunft Probleme bereiten“ (S. 40).

Die Reihenfolge der nachfolgenden Beiträge bestimmt sich nach der Stärke der jeweiligen Parteien im Parlament. Dabei beschäftigt sich Torsten Oppelland mit der möglicherweise schwierigsten Aufgabe: einer Analyse der CDU als „Volkspartei am Ende der Ära Merkel“, also sozusagen als große Unbekannte in der Frage einer Entwicklung der Parteienlandschaft. Das gelingt

großartig für die Beschreibung bis Anfang 2020 als einer Partei im Umbruch. Ein wesentlicher Faktor einer Zustandsbeschreibung der CDU kann jedoch noch nicht erfasst sein: Oppelland erwägt in seinem Beitrag die Möglichkeit, dass „derzeit (Februar 2020) davon auszugehen ist, dass die ‚Ära‘ Kramp-Karrenbauer noch in der ersten Jahreshälfte 2020 enden wird“ (S. 63). Diese Frage ist aktuell immer noch offen und die Wahl des Nachfolgers noch nicht durchgeführt. Bemerkenswert die Einfügung einer Fußnote im Text, die darauf ziemlich aktuell und fast schon prophetisch Bezug nimmt: „Wie sich das aktuelle, auf die Corona-Pandemie zurückzuführende Umfragehoch der Unionsparteien und die Perspektive einer möglichen Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Markus Söder auf die CDU als Partei auswirken werden bzw. würden, ist derzeit (Mai 2020) nicht absehbar. Es spricht jedoch einiges dafür, dass die strukturellen Probleme dadurch lediglich überlagert werden“ (S. 65).

Im nachfolgenden, analytisch glasklaren Beitrag unter dem Titel: „Die Krise der SPD: Kaum Licht am Ende des Tunnels“ stellt Uwe Jun den Sozialdemokraten ein schlechtes Zeugnis aus: „Die Beschreibungen zum aktuellen Zustand der SPD Anfang des Jahres 2020 könnten kaum dramatischer ausfallen“ (S. 71). Er diagnostiziert „strategische, programmatische und kommunikative Defizite angesichts erheblicher gesellschaftlicher und politischer Veränderungen der letzten Jahrzehnte, Glaubwürdigkeitsprobleme, das Fehlen einer sozialdemokratischen Zukunftserzählung und einer populären Führungspersönlichkeit sowie eine für die Sozialdemokratie sehr ungünstige Themenkonjunktur in den letzten Jahren mit einem Relevanzzuwachs der sozio-kulturellen gegenüber der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension“ (S. 73). Jun bemängelt „das Fehlen eines neuen wählerwirksamen sozialdemokratischen Narrativs aufseiten der SPD“ und sieht „einen erheblichen Entfremdungsprozess zwischen der SPD und ihren vormaligen Traditionswählern aus den sozial geringer privilegierten Gruppen, insbesondere im soziokulturellen Bereich“ (S. 76). Seine Schlussfolgerung: „Die SPD befindet sich offenkundig in einer sehr schwierigen Phase in ihrer langjährigen Parteigeschichte. Sie hinterlässt derzeit das öffentliche Bild einer Partei, die ihre besten Zeiten weit hinter sich hat“ (S. 98).

Die Aufgabe, sich politikwissenschaftlich mit dem Sujet AfD zu befassen, obliegt Oskar Niedermayer. Erkennbar sind vier Fragen: Woher kommt die AfD? Warum gibt es sie (immer noch)? Warum hat sie Erfolg? Und was wird aus ihr? Es wird offensichtlich: Gerade die Entwicklung der AfD ist politikwissenschaftlich schwer fassbar. Zu kurz ist ihre Parteigeschichte, zu sehr von exogenen Faktoren abhängig, zu sehr auf Außenwirkung und Themenkonjunktur abgestellt und (zum Glück) nicht im Praxistest auf Permanenz oder Konsistenz untersucht. „Die unterschiedlichen sozialstrukturellen Schwerpunkte der AfD-Wählerschaft unterstreichen noch einmal, dass die AfD Wählergruppen mit sehr unterschiedlichen Wahlmotivationen anzieht, die auch mit unterschiedlichen Positionen in der Sozialstruktur verbunden sind“ (S. 122), schreibt Niedermayer. Seine Vermutung, die AfD könne versuchen, aus dem Klimathema Profit zu ziehen, wurde durch „Corona“ überholt. Aber: das kann kein Vorwurf an das Buch sein, denn irgendwann ist halt Redaktionsschluss.

Beim Beitrag von Benjamin Höhne und Uwe Jun zur FDP hat man beim Lesen fast den Eindruck, die „Schattenjahre“ der außerparlamentarischen Zeit würden als eine Art Betriebsunfall gesehen: „Bei der Bundestagswahl 2017 [...] erhielt der politische Liberalismus seinen angestammten Hort im deutschen Parteiensystem zurück“ (S. 133). Den Bemühungen der FDP, bis 2017 zurück auf die politische Bühne zu kommen, begegnen die Autoren mit Respekt: „Doch beließ es die Partei nicht ausschließlich auf Imagekorrekturen, sondern sie nahm auch die in dieser Abhandlung zentral zu behandelnden programmatischen, organisatorischen und personellen Veränderungen vor, die darauf ausgerichtet waren, eine bürgerliche Alternative zu den drei Parteien der Großen Koalition darzustellen“ (S. 134). Bemerkenswert tiefgründig wird die Entscheidung der FDP, die Sondierungsgespräche für eine „Jamaika-Koalition“ abubrechen, kommentiert: „Das Motiv der FDP für den Abbruch der Verhandlungen liegt auf der Hand: Das gerade erst wiedererlangte Vertrauen bei den neu hinzugewonnenen Wählern wollte die Partei-

führung nicht zugunsten von Koalitionskompromissen aufs Spiel setzen, von denen nicht klar war, ob sie zustande kommen und wie tragfähig sie im Regierungsalltag sein könnten. [...] Der Stärkung der geläuterten Marke FDP wurde größere Priorität eingeräumt als der Übernahme staatspolitischer Verantwortung mit ungewissem Ausgang“ (S. 139 f.). Gleichzeitig wird festgestellt: „Die Art und Weise des Abbruchs hat Lindner und der FDP zudem Sympathien gekostet. Diese gilt es nun von den Oppositionsbänken aus zurückzugewinnen und eine innerparteilich klare und nach außen hin möglichst flexible Koalitionsstrategie zu entwerfen, die es vermag, auch instrumentelle Wähler zu binden. Schließlich wird die FDP nicht dauerhaft in der parlamentarischen Opposition verbleiben oder sich erneut mit Existenzfragen konfrontiert sehen wollen“ (S. 152).

Hendrik Träger sieht in seinem Beitrag „Die Linke zwischen internen Konflikten, der ersten Koalition im Westen, Niederlagen im Osten und dem Ramelow-Effekt“. Es wird deutlich: Auch die Linkspartei ist in politikwissenschaftlicher Analyse schwer zu fassen. Träger konstatiert eine „ambivalente Situation der Linken im Herbst 2019“ (S. 159): „Elektorale Abstürze“ seit 2017 stünden einer zunehmenden Ausdehnung in den Westen mit Regierungsbeteiligung in Bremen gegenüber. So sei „Die Linke keineswegs mehr die ostdeutsche Regionalpartei mit seltenen Erfolgen im Westen“; gleichzeitig gelte: „Wenn große Teile der Anhängerschaft der größten Oppositionspartei die Kanzlerin so positiv beurteilen, dann zeugt das davon, dass es der Linken nicht einmal im eigenen Lager gelang, sich als ‚Regierung im Wartestand‘ zu präsentieren“ (S. 167). Und vor allem: „Die Linke ist inzwischen nicht mehr die erste Adresse der Protestwähler“ (S. 179). Er sieht die politischen Akteure der Linken „vor einer wahren Herkulesaufgabe, über der das Damoklesschwert einer Bundestagswahl [...] schwebt“ (S. 181).

Den ausführlichsten Beitrag verfasst Lothar Probst über die „Grüne Erfolgswelle nach enttäuschendem Wahlergebnis“ (S. 187). So schreibt er: „Aus der Perspektive von Bündnis 90/Die Grünen scheint die Bundestagswahl 2017 Lichtjahre von ihrer heutigen Position im Parteiensystem entfernt zu sein“ (S. 187). Probst analysiert hier vor allem die Lerneffekte bei den Verantwortlichen: „Seit der Bundestagswahl 2005 haben die Grünen ihre Kampagnen- und Kommunikationsfähigkeit nach innen und außen systematisch ausgebaut und professionalisiert“ (S.198). Und doch haben sie bei den Wahlen in 2009 und 2013 „underperformed“, was auch Probst eingesteht, und auch 2017 hatten sie nicht den gewünschten Erfolg: „In der gesamten Wahlkampagne war es den Grünen nicht gelungen, mit ihrem auf ökologische Themen konzentrierten Wahlkampf entscheidende Akzente zu setzen“ (S. 201). Dass die Grünen aktuell so viel Zuspruch haben, liegt laut Probst an den Geschehnissen seit 2017: Der Abbruch der Sondierungsgespräche zu „Jamaika“ sei für die Grünen positiv zu Buche geschlagen; die Neuwahl des Parteivorstands sei „eine Erfolgsgeschichte“; das Thema Klimapolitik habe einen hohen Stellenwert in der Mitte der Gesellschaft (S. 206 f.). Für Probst stellt sich das Fazit: „Ob sie (= die Grünen, T.V.) sich als zweitstärkste Partei im Parteiensystem auch zukünftig behaupten können, bleibt jedoch abzuwarten“ (S. 209).

Im abschließenden Beitrag sieht Michael Weigl die CSU im „Experiment einer postmaterialistisch ergänzten Volkspartei“ (S. 221). Sein Ausgangspunkt ist drastisch: das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 „markierte ein Erdbeben, das die inzwischen baufällige Substanz des einst stolzen Hauses CSU vor Augen führte“ (S. 222). Nach ausführlicher, bayernspezifischer Analyse urteilt er: „Seit der Bundestagswahl 2017 und noch mehr seit der bayerischen Landtagswahl 2018 befindet sich die CSU im weitreichendsten Umbruch seit ihrer Konsolidierung in den 1950er Jahren“ (S. 245). Die Erwartungen sind hoch – in die CSU, wie in ihren Parteichef Söder: Am Ende könne eine „inhaltlich wie organisatorisch erneuerte CSU stehen, die ihren Platz im bayerischen und bundesdeutschen Parteiensystem neu zu definieren versteht“ (S. 246). Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und der ungeklärten Lage in der Union könnte am Ende allerdings auch ein gestutzter, als Kanzlerkandidat gescheiterter Söder stehen. Diese Gefahr sieht auch Weigl: „Solange Rufe nach einem Kanzlerkandidaten Söder Rufe bleiben, zementie-

ren sie die unangefochtene Stellung des Parteivorsitzenden in seiner Partei. Sollten sie aber eine Qualität annehmen, der sich Söder nur noch schwerlich entziehen kann, wäre auch seine bayerische Mission gefährdet“ (S. 247).

Oskar Niedermayer schreibt es schon in der Einleitung zu diesem hoch interessanten, gut lesbaren und für das anstehende Wahljahr sehr gut vorbereitendem Buch: „Die Wahlen von 2013 und 2017 verdeutlichten, dass die Entwicklung des Parteiensystems kein zwangsläufiger, nur durch langfristige ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen bestimmter Prozess ist. Der durch die Langfristfaktoren vorgegebene Trend kann durch die Parteien selbst – wie 2013 – aufgehalten bzw. umgekehrt oder – wie 2017 – dramatisch beschleunigt werden, je nachdem wie sie durch politische Entscheidungen ihres Führungspersonals ihr personelles und inhaltliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler und damit die das Wahlverhalten prägenden kurzfristigen Einflussfaktoren gestalten“ (S. 26 f.). Alles offen also.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



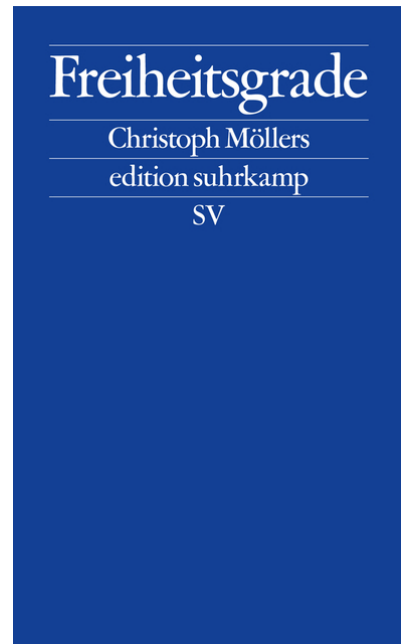
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Christoph Möllers: Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik.

Berlin: Suhrkamp, 2020 (= Edition Suhrkamp, Band 2755), 343 S., ISBN: 978-3-518-12755-1

Der 1969 in Bochum geborene Jurist Christoph Möllers, Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, hat sich, wie viele andere derzeit, Gedanken zur Situation des Liberalismus in Deutschland gemacht. Schon der Titel „Freiheitsgrade“, schon der Verweis auf eine „liberale politische Mechanik“ zeigt aber, dass dieses Buch sich wesentlich von anderen publizistischen oder politikwissenschaftlichen Abhandlungen zu diesem Thema unterscheidet.

Worum geht es? In mehreren Interviews rund um das Erscheinen des Buches hat Möllers seine Position dargestellt. Seiner Auffassung nach „scheint es [den Liberalismus] nur noch als defensives politisches Projekt zu geben, als Verteidigung des Erreichten“ (FAZ vom 30.12.2020). Und er kritisiert: „Der Liberalismus ist in einer Ideenkrise, die sich wohl nur beheben lässt, wenn er intellektuell nicht zu milde mit den eigenen politischen Vorstellungen umgeht. Wer ihn nur verteidigt, dürfte ihm keinen Gefallen tun“ (FAZ vom 30.12.2020). Im Buch schreibt er, er versuche, „das liberale Projekt fortzudenken, [...] weil der Liberalismus aus einer bloßen defensiven Haltung nicht zu retten ist“ (S. 9). Warum ist das so? Möllers hat einen besonderen Blick auf den Liberalismus. Er hegt Skepsis gegenüber dem Wertbegriff in der Politik (so in der FAZ vom 10.12.2019); stattdessen betont er: „Die Errungenschaften des Liberalismus bestehen nicht zuletzt darin, staatliche Herrschaft zu formalisieren und besser beobachten zu können“ (DLF-Interview 9/2020). Und zusammenfassend in der FAZ vom 30.12.2020: „Der politische Liberalismus sollte nicht über den Begriff der Freiheit bestimmt werden, sondern über den der Ungleichheit. Andernfalls könnte er im Gefängnis seiner eigenen, von ihm selbst missverstandenen Kategorien verhungern.“



Es ist ein hoher Anspruch, den Möllers an sein Buch stellt. Aber gleichzeitig betont er gleich zu Beginn, dass dies „kein wissenschaftliches, schon gar kein politikwissenschaftliches Buch, sondern ein politischer Reiseführer, der ein liberales Orientierungsmuster entwirft“ (S. 12) sein soll. Sein Ansinnen ist ein anderes, denn er ist überzeugt, „dass [...] systematische philosophische Entwürfe politischer Herrschaft nicht in der Lage sind zu verarbeiten, wie Politik funktioniert oder funktionieren sollte“ (S. 13). Sein Ziel ist, „das Verhältnis von Politik und Freiheit, das sich aus dem Ansatz der Freiheitsgrade ergibt, auszubuchstabieren“ (S. 15).

Damit beginnt er, indem er in den ersten Kapiteln „Symptome des Liberalen“ analysiert, spricht: „überlieferte Widersprüche“ (S. 22 ff.) und „gegenwärtige Fragen“ (S. 39 ff.) behandelt. Die Ideen und Einschätzungen, die Möllers in diesen Kapiteln präsentiert, sind deutlich zu reichhal-

tig, um in einer Rezension wie dieser gebührend gewürdigt zu werden. Ins Auge springt allerdings, dass Möllers äußert, „dass die Behauptung, der Liberalismus sei eine ungebrochene Tradition, die es einfach fortzusetzen oder aufzugeben gelte, nicht zu halten ist“ (S. 23). Allerdings dürfte es vor diesem Hintergrund in geschichtlicher Hinsicht schwierig sein, die einzelnen Abschnitte so zu betiteln, wie er es tut: „Hat der Liberalismus eine Theorie der Freiheit?“, „Eigensinn oder Vernunft: Was ist die Mutter liberaler Rationalität?“, „Nachbar oder Staat: Vor wem sollte sich der Liberalismus fürchten?“ Oder „Die Liebe der Liberalen zum Staat“. Und vor allem die Überschrift: „Baut liberale Theorie auf dem ‚Individuum‘ auf?“ (S. 30) lässt sich ohne Rückgriff auf historische liberale Theorien und zumindest die Vermutung einer gewissen Permanenz liberalen Gedankengutes schwerlich abhandeln. Denn wenn es keine gedankliche Tradition gibt, so kann es auch kaum die eine liberale Theorie geben.

Das soll aber nicht bedeuten, dass das Buch nicht spannend und gewinnbringend zu lesen wäre. Möllers hat sich eine besondere, eine schwierige Struktur auferlegt, die beinhaltet, dass er unter in gewisser Weise zusammenfassenden Kapitelüberschriften keine zusammenhängende Argumentation aufbaut, sondern dass er einzelne Punkte durchnummeriert, Fragen aufwirft, die dann zu weiteren Fragen führen. Dass dies kein Versehen, sondern gewollte Ordnung ist, zeigt sich in seinem Ansatz der Freiheitsgrade, den er im darauffolgenden Kapitel erläutert.

Freiheitsgrade eröffnen für ihn „divergierende Möglichkeiten, politische Freiheit wahrzunehmen.“ (S. 57). Das heißt für das Buch, dass er jeden Aspekt, den er mit dem Begriff Freiheit konnotiert, der ihm als behandelnswert erscheint, zu dem er durch das bislang Gesagte weitergeleitet wird oder den er gelegentlich per Exkurs zur Diskussion stellt, in verschiedenen Richtungen ausleuchten muss, seine Grenzen testen muss, seine Berührungspunkte analysieren muss. Das Mechanische ist also das Austesten der Reichweite des jeweiligen Freiheitsbegriffs, das Definieren von Wirkungsflächen und das Ausmaß von Beweglichkeit innerhalb dieser Freiheitsgrade. Möllers Argumentation ist oftmals die eines gepflegten „Sowohl ... als auch“, wie man sie aus manch juristischer Theorie kennt: Es könnte so sein – aber auch anders. Aber genau das macht eben seine Argumentationsweise in diesem Buch aus. Der erste Freiheitsgrad ist für ihn: Freiheit steht Individuen und Gemeinschaften zu (S. 58). Zweiter Freiheitsgrad ist: Freiheit kann rational gerechtfertigt und willkürlich wahrgenommen werden (S. 59). Dritter Freiheitsgrad ist: Freiheit kann im Rahmen einer formalisierten Ordnung und außerhalb dieser wahrgenommen werden (S. 60).

Möllers argumentiert mit Ambi- und Multivalenzen. Das muss er, denn darauf beruht seine Argumentation. In der Praxis heißt das für ihn: „Freiheit zeigt sich in ergebnisoffenen normativen und kognitiven Verfahren“ (S. 63). Für das Buch heißt das allerdings, dass es sich hier nicht um einen systematischen Entwurf handeln kann, sondern dass sich hier in ihrer Gesamtzahl quasi gar nicht zu messende Ideen, Einschätzungen, Einwürfe und Gedankensplitter aneinanderreihen, die in 349 Kurzkapiteln als Parforceritt durch die Geisteswelt des umfassenden Liberalismus den Leser fordern – besonders im Versuch, das alles zusammenzufassen.

So hat der Jurist Möllers eine durchaus eigene Definition von Politik, denn diese entsteht für ihn „nicht in einem Gründungsakt, sondern aus der Distanzname zu bestehenden sozialen Verhältnissen. Liberal gefasst entsteht sie aus der Diagnose von Unfreiheit“ (S. 68 f.). Heißt: Auf der einen Seite kritisiert er die „Fixierung des neueren politischen Liberalismus auf Individualität“ (S. 72), zum anderen geht es ihm um die „Freiheit der sozialen Gemeinschaft“ (S. 75), während „Individualität [...] ein soziales und politisches Produkt, das sich nicht von selbst versteht“, ist (S. 87). Individualität ist also nur eine „Leistung einer Gemeinschaft“ (S. 100). Das dürfen Liberale auch anders sehen.

Einer der Punkte, die dieses Buch so lesenswert machen: Man hält inne und denkt, warum bloß der Autor diesen Punkt an dieser Stelle anspricht, warum er die Argumentation hier erheblich findet? Das bringt es aber leider auch mit sich, dass dieses Buch in seiner Gedankenfülle quasi nicht in Kürze darstellbar ist. Über viele der Thesen kann man trefflich streiten, auch über manche Begründungen und Zitierungen, zum Beispiel in wiederholtem Maße von Carl Schmitt. Eines muss man sagen: Möllers hält seine konzeptionelle Idee konsequent durch. In vielen Punkten lotet er die gedanklichen Spielräume des jeweils Angesprochenen systematisch in alle Richtungen aus. Er legt sich selten fest, arbeitet mit Kann-Argumentationen, das macht dieses Mitdenk-Buch so interessant.

Was allerdings wirklich stört, sind die immer wieder vorhandenen Verallgemeinerungen, wie zum Beispiel, wenn er schreibt: „In einer individuell liberalen Idealwelt ist politische Herrschaft nur ein Epiphänomen des Sozialen. Politikerinnen fungieren als Agenten der Individuen“ (S. 206) – um dann zu kritisieren, dass die Politiker doch auch die Freiheit haben müssten, „der Gemeinschaft, die sie repräsentieren, entgegenzutreten, um ihr zu widersprechen.“ Dass gerade die Unabhängigkeit der Mandatsträger, wie sie sich in Art. 38 des Grundgesetzes äußert, eine liberale Errungenschaft ist, scheint hier unterzugehen. Oder etwas weiter im Text, wenn geschrieben wird: „Doch werden Mehrheitsentscheidungen nicht nur von liberalen Theoretikern, sondern auch von Mehrheiten verachtet“ – was in dieser Allgemeinheit für Erstere sicherlich nicht gilt. Oder wenn geäußert wird: „Der Liberalismus ist in fast allen Varianten eine staatsfixierte politische Theorie“ (S. 235). Oder wenn geschrieben ist: „Der Individualismus pflegt Vergemeinschaftung nur als politische oder ökonomische zu denken und konnte mit dem Sozialen, mit der geselligen Gesellschaft nie viel anfangen“ (S. 244). Dies sind alles Zitate, die sich mit einem Argumentationsverfahren des „Wo gehobelt wird, fallen Späne“ gut charakterisieren lassen. Allerdings ist es recht anstrengend, weil man nie weiß, von welchem „Liberalismus“ Möllers gerade schreibt. Das wäre noch zu verkraften, aber leider sind solche Beschreibungen oft mit apodiktischen Aussagen verbunden, die dann vielleicht für gewisse Denkrichtungen des Liberalismus gelten können, aber beileibe nicht für den Liberalismus.

Das Buch ist, insgesamt gesehen, ein Genuss, gerade weil es zum Widerspruch anregt, weil es vor Widerhaken und Stolpersteinen wimmelt, weil es in vielem so gar nicht dem Bild des und der Liberalen entspricht. Möllers entzieht sich konsequent einer politischen Einordnung seiner „Überlegungen“, die er als „in einem begrifflichen Sinn sozialliberal, in einem politischen Sinn linksliberal“ bezeichnet, aber auch darauf hinweist, dass die Kategorie der Freiheitsgrade selbst „jedoch anderen liberalen Traditionen“ entstamme (S. 265). Insgesamt fehlt dem Buch jedoch, bei aller argumentativen Brillanz dieses „Denkfeuerwerkers mit gediegener politiktheoretischer Bildung und manchmal aufreizender intellektueller Gelassenheit“ (so Jens Hacke in einer Rezension des gleichen Buches in der „Zeit“ vom 12. November 2020) eine in der Nachschau hängen gebliebene These, eine Schlussfolgerung aus dem Gesagten. Die im Buch recht knapp dargestellte, dafür in mehreren Folge-Interviews oder Artikeln ausführlich behandelte These, „dass es einen politischen Liberalismus eigentlich nur als Links- oder als Rechtsliberalismus geben kann“, kann dafür nicht herhalten.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

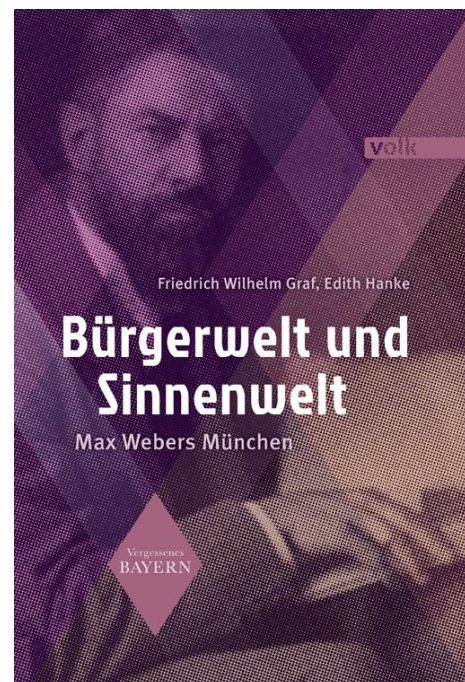


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Friedrich Wilhelm Graf / Edith Hanke: Bürgerwelt und Sinnenwelt. Max Webers München.

München: Volk Verlag, 2020 (= Vergessenes Bayern), 400 S. mit zahlr. Abb., ISBN 978-3-86222-342-8

Als Max Weber am 14. Juni 1920, einem Montag, „gegen Abend“ (Eduard Baumgarten, S. 304) bzw. am „Nachmittag um 4 Uhr oder 6 ½“ (Marianne Weber, S. 308) in seinem Schlafzimmer im ersten Stock des Hauses See-straße 3c (heute 16; historische Abbildung S. 30) in München-Schwabing starb, hatte er fast auf den Tag genau zwölf Monate in der Isarmetropole gelebt. Am 6. April (es amtierte ein parlamentarisch legitimiertes Minderheitenkabinett aus SPD, USPD und Bauernbund unter dem Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann) war er dorthin als Nachfolger Lujo Brentanos auf eine Professur für Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie berufen worden. Ab Mitte Mai hatte er sich für einige Tage als Sachverständiger der deutschen Friedensdelegation in Versailles aufgehalten, war dann bereits am 1. Juni von Berlin aus nach München gereist, aber zunächst wieder nach Heidelberg zurückgekehrt und erst am 12. Juni zu dauerhaftem Aufenthalt in der Stadt eingetroffen. Hier wohnte er bis auf weiteres allein in der ihm seit 1912 vertrauten Pension Gartenheim, Ludwigstraße 22a. Im September kam Marianne Weber hinzu – nach vorheriger Rückgabe ihres badischen Abgeordnetenmandates –, und beide bezogen am 1. Oktober eine möblierte Mansardenwohnung im vierten Stock des Hauses Konradstraße 16.



Am 1. Dezember mieteten sie, nach Überwindung nervenaufreibender Schwierigkeiten, einige Räume, recht beengt und auf zwei Etagen verteilt, im genannten Schwabinger Haus, das der Schriftstellerin Helene Böhlau gehörte. Max Weber verfügte dort über ein Arbeitszimmer sowie ein eigenes Schlafzimmer. (Dem Rezensenten wurde im Sommer 1984 zu seiner Überraschung, geleitet von der Großnichte Helene Böhlau, gestattet, den zu dieser Zeit als Küche genutzten Raum selbst in Augenschein zu nehmen.) Weber – und mehr noch seine in diesen Dingen sehr empfindliche Ehefrau – waren über die Wohnverhältnisse nicht glücklich, mussten sie in diesem „Durcheinanderwohnen“ doch Tag für Tag erheblichen Lärm ertragen und „in fremden Sachen“ leben. Weber sprach zwar mit humorvoller Distanz von einem „Rangierbahnhof“ im Hause, auf einen gleichnamigen Romantitel der Hausbesitzerin anspielend, Marianne Weber drückte sich dagegen viel drastischer aus, sah sie doch auch jetzt wieder das Leben ihres Mannes an einem dünnen Faden hängen und seine bürgerliche Existenz gefährdet. Immerhin erreichte sie, dass das gemeinschaftliche Flurtelefon bald nur noch vom Ehepaar Weber genutzt werden konnte. Max Weber selbst verfügte zum Glück über ein Dienstzimmer im „Staatswirtschaftlichen Seminar“, untergebracht auf der rückwärtigen Seite des Universitäts-

hauptgebäudes an der Amalienstraße. Hier traf auch das sogenannte „Dozentenkolloquium“ zusammen, eine Art Oberseminar, zu dem Weber sich die Einladungen selbst vorbehielt und an dem ausweislich einer erhaltenen Seminarkarte auch Carl Schmitt teilnahm (Faksimile S. 81).

Der von Friedrich Wilhelm Graf und Edith Hanke erarbeitete Band ist voller Informationen dieser Art. Wem die Münchener Lokaltopographie nicht näher vertraut ist, kann sich auf einem annotierten Stadtplan – abgedruckt im reichhaltigen farbigen Bildteil – über die innerstädtische Lage der genannten Örtlichkeiten orientieren. Er wird hier denn auch finden, wo sich der „Kunstsaal“ des Buchhändlers Carl Georg Steinicke befunden hat (Adalbertstraße 15, heute mit Gedenktafel am Nachfolgegebäude; eine Abbildung des Saales im Band S. 139), in dem Weber – noch vor seiner amtsbedingten Ortsansässigkeit – die beiden Reden „Wissenschaft als Beruf“ und „Politik als Beruf“ gehalten hat, wo der Sitz des Drei Masken Verlages war (Karolinenplatz 3), in dem im Januar 1921 die posthume Ausgabe der „Gesammelten politischen Schriften“ erschienen ist, wo derjenige der Akademie der Wissenschaften (Neuhauser Straße 8-10, Zuwahl Webers in die Historische Klasse am 23. Juli 1919) und anderes mehr. Das Hotel Wagner, das Hotel Rheinischer Hof, der „Wittelsbacher Garten“, der Salon Bernstein – alles Orte, an denen sich Leben und Aktivitäten Max Webers in München abgespielt haben und die der Weber-Tourist nun umstandslos aufsuchen kann.

Der Band geht aber weit über solche Concretissima, so interessant sie sind, hinaus. Es handelt sich bei ihm vielmehr um ein ganz außerordentliches, mit sehr viel Zuneigung zum Gegenstand und zur Aufgabe erstelltes Erzeugnis der Weber-Forschung und sei deshalb hier wenigstens in aller Kürze angezeigt. Die Lektüre lohnt in hohem Maße; den Freunden des Weber-Studiums kann sie nur angelegentlich empfohlen werden. Erschienen ist das mit sehr zahlreichen Fotos und Faksimiles versehene Buch als Begleitband zu einer Ausstellung, die am 14. Juni 2020, dem hundertsten Todestag, in der Seidlvilla eröffnet worden ist (eine Videodokumentation ist im Internet verfügbar) und dort mit Unterbrechungen bis zum 25. September betrachtet werden konnte. Graf und Hanke sind, der eine als Vorsitzender der betreuenden Akademiekommision, die andere als leitende Redakteurin, maßgeblich an den Arbeiten zur inzwischen abgeschlossenen Kritischen Gesamtausgabe beteiligt gewesen. Die geplante groß angelegte Vortragsreihe musste leider abgesagt werden.

Die Autoren haben es vermocht, die bisher schon recht gut dokumentierte zwölfmonatige Münchener Zeit Webers durch ihre akribischen Forschungen noch einmal um sehr zahlreiche Aspekte zu bereichern. Man kann kaum glauben, was sich noch alles hat finden und klären lassen. Die Gesamtthematik wird nach fünf Themenfeldern gegliedert. Auf eine gemeinsam verfasste Einleitung, die auch die München-Bezüge vor 1919 im Auge hat, folgen jeweils eingehende Abschnitte unter den Titeln „Wissenschaft als Beruf“ (Graf), „Politik als Beruf“ (Hanke), „Kaffeehausliteraten und Revolution“ (Hanke), „Das schöne Leben“ (Hanke) sowie „Tod und Nachleben“ (Graf), jeweils mit umfangreichem Anmerkungsteil. Ein kurzes gemeinsames Nachwort macht mit seinen zahlreichen Danksagungen auf den großen Kreis ganz unterschiedlicher Förderer aufmerksam, die an diesem Werk und der Ausstellung mitgearbeitet oder sie durch kostbare Leihgaben ermöglicht haben; letzteres etwa in Gestalt von Max Webers Schreibtischstuhl oder einer zierlichen Porzellantasse, aus welcher er am „Sabbat“ seinen Kaffee zusammen mit Mina Tobler in deren Heidelberger Dachwohnung getrunken hat (Abb. im Farbbildteil).

Weber lehrte nur vergleichsweise kurz an der Ludwig-Maximilians-Universität. Im Sommersemester 1919 hielt er eine einstündige Vorlesung über „Die allgemeinsten Kategorien der Gesellschaftswissenschaft“. Im Wintersemester 1919/20 trug er vierstündig einen „Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ vor. Und im Sommersemester 1920 bot er, gleichfalls vierstündig, eine Vorlesung über „Allgemeine Staatslehre und Politik (Staatssoziologie)“ sowie eine zweistündige „Einführungsvorlesung“ unter dem Titel „Sozialismus“ an; er las aber

nur vom 11. Mai bis zum 1. Juni, dann musste er, bedingt durch die Erkrankung, die Lehrveranstaltungen absagen und konnte sie nicht wieder aufnehmen. Zu seinen Vorlesungen stellte sich sogleich ein großer Zulauf ein: Die beiden des letzten Semesters hielt Weber im überfüllten Auditorium maximum vor mehr als sechshundert Hörern. Mit seiner Stimme im weiträumigen Saal durchdringen zu müssen, empfand er als quälende Herausforderung; er war froh über jede Stunde, die ausfiel.

Dreimal pro Woche wollte er Sprechstunde halten („Montag, Dienstag, Donnerstag von 11 Uhr ab“). Zu seinen amtlichen Pflichten gehörte es zudem, Seminare abzuhalten. Das zweistündige „Soziologische Seminar“ im Sommersemester 1920 – „privatissime und gratis“ – kündigte er selbst folgendermaßen an: „Soziologische wissenschaftliche Arbeiten im Staatswirtschaftlichen Seminar. *Nur* für schon Geschulte und *nur* nach vorheriger persönlicher Zulassung. Stunden werden vereinbart und (ebenso wie Hörsaal) s.[einer] Z.[eit] am Staatswirtschaftlichen Seminar angeschlagen.“ Das entsprechende handschriftliche Blatt ist erhalten und im Band abgedruckt (Faksimile S. 297).

Im ersten der fünf Abschnitte des Bandes geht es um Webers Münchener akademische Lehrtätigkeit im weitesten Sinne. Viel Energie wendet Graf darauf, die studentische Rezeption nachzuzeichnen; später namhaft gewordene Hörer und Hörerinnen werden vorgestellt, darunter auch der spätere „Generalgouverneur des nicht annektierten Restes des ehemaligen polnischen Staates“ Hans Frank (dessen Schreiben an Marianne Weber vom 5. September 1944 aus Krakau im Faksimile S. 66). Eine wichtige Rolle spielen daneben der „Fall Arco“, die Zusammensetzung jenes „Dozentenkolloquiums“, die Akademiemitgliedschaft und die sehr kontroverse Nachwirkung der Rede „Wissenschaft als Beruf“. Die Rolle, die etwa Karl Vorländer, der bekannte Kant-Forscher und Neukantianer, in diesem Zusammenhang gespielt hat, ist erstaunlich. Das alles bildet jedoch gleichsam nur den Hintergrund zu den hochkonzentrierten Arbeiten an der Neufassung von „Wirtschaft und Gesellschaft“ (in München entstanden die „Soziologischen Grundbegriffe“) und der Revision der „Protestantischen Ethik“ sowie weiterer Texte.

Die politische Seite im Münchener Leben und Wirken Max Webers wird anhand seiner zahlreichen Reden, des Vortrags „Politik als Beruf“, des spannungsreichen Verhältnisses zur Münchener Presse und seiner bisweilen nicht ganz leicht durchschaubaren Stellung in den Monaten der Revolutionsunruhen nachgezeichnet. Insbesondere Kurt Eisner blieb für ihn „ein rotes Tuch“, allerdings nicht etwa, weil er ein Sozialist war, sondern weil er durch sein politisches Handeln die ohnehin schon prekäre Position Deutschlands noch zusätzlich verschärfte.

Das Thema „Weber und die Münchener Revolutionsgeschichte“ kommt dann ausführlich im dritten Kapitel zur Geltung. Zu bedenken ist, wie dramatisch sich die Geschehnisse dargestellt haben: Einen Tag, nachdem Webers Berufung ausgestellt worden war, am 7. April, ließ der „Revolutionäre Zentralrat“ unter Ernst Niekisch die dann ihrerseits rasch wieder überholte „Räterepublik Baiern“ ausrufen. Unter anderem geht es in diesem Kapitel um Webers Aussagen in den Prozessen gegen Ernst Toller und Otto Neurath. Sogar zu diesen viel erörterten Sachen bringt der Band mit manchem Dokument (Brief Neuraths an Weber vom 3. Oktober 1919, Faksimile S. 206 f.) noch neuen Aufschluss. Auch zum traurigen Schicksal Edgar Jaffés erfährt man Näheres, während von dem Streitgespräch, das Weber im Februar 1920 mit Oswald Spengler im Münchener Rathaus geführt hat, leider keine Rede ist. Überraschen mag manchen Leser, zu erfahren, dass Webers Name am 1. März 1920 gemeinsam mit denjenigen von Ricarda Huch und Thomas Mann unter einem Aufruf stand, der in zwei Tageszeitungen erschien und zur Hilfeleistung für in Not geratene „geistige Arbeiter“ aufforderte.

Die „Sinnenweltlichkeit“ der Münchener Monate stellt der vierte Abschnitt dar (Konzertbesuche, geselliges Leben). Im Salon Bernstein (Brienner Straße 8a, III. Etage) begegnete Weber am 9. November 1919 Thomas Mann, was beiderseits brieflich und als Tagebuchnotiz vermerkt

wurde. Von Manns späterer Beschäftigung mit Webers Studie zum antiken Judentum (im Rahmen der Vorarbeiten zu seiner Josephs-Tetralogie) gibt im Übrigen eine abgebildete Doppelseite aus dem dritten Band der „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie“ mit etlichen Randbemerkungen und Unterstreichungen Zeugnis (S. 246 f.). In diesem Abschnitt hat aber auch Marianne Webers frauenbewegtes Wirken ihren Ort ebenso wie „die Macht der Erotik“, das heißt Max Webers leidensvolle Liebesbeziehung zu Else Jaffé.

Im Schlusskapitel „Tod und Nachleben“ wird ein detaillierter Bericht von Webers letzten Lebenstagen, den Sterbeumständen und den Geschehnissen unmittelbar nach seinem Tod gegeben. Manches Mysterium, das das Ableben bisher umrankt hat (wozu Marianne Webers nicht immer ganz zutreffende Schilderung beigetragen hat), wird aufgelöst. Am wichtigsten ist folgender Punkt: Nach den nunmehr zugänglichen Unterlagen und der festen Überzeugung Grafs ist Max Weber nicht der Spanischen Grippe zum Opfer gefallen, sondern an einer rasant verlaufenden, wohl auch nicht ganz glücklich behandelten Lungenentzündung gestorben. Den beteiligten Pflegekräften und Ärzten wird man keinen Vorwurf machen können; ihre Hilfsmöglichkeiten waren zu begrenzt, die rasche Verschlechterung des Zustandes vielleicht auch nicht absehbar. Zu den letzten Tagen geben Notizen Auskunft, die von anwesenden Personen niedergeschrieben worden sind und die im Band (auszugsweise) abgedruckt sind; der Leser findet auch den am 16. Juni 1920 erstellten Autopsiebericht.

Hochinteressant ist die hier zu lesende, alle bisherigen Darstellungen weit übertreffende Dokumentation der Trauerfeier am 17. Juni in der Aussegnungshalle des Krematoriums auf dem Münchener Ostfriedhof. Für ihr dort gezeigtes traditions- und sittenwidriges Verhalten musste Marianne Weber sich viel Kritik selbst von geneigter Seite gefallen lassen. Anrührend zu lesen ist dagegen der Brief des früheren Weggefährten Ernst Troeltsch vom 18. Juni 1920, in dem dieser begründet, weshalb er der Bitte der Witwe nicht habe nachkommen können, die Trauerfeier zu gestalten und die Gedenkrede auf den Freund aus Heidelberger Tagen zu halten. Diese Bitte selbst erstaunt, waren doch, soweit man weiß, die beiden früheren „Fachmenschenfreunde“ sich seit mehr als fünf Jahren ganz und gar aus den Augen gekommen. Sein dafür am 20. Juni 1920 in der „Frankfurter Zeitung“ erschienener Nachruf, dort auf der Titelseite der Morgenausgabe abgedruckt, bietet, so Troeltsch, „was ich am Grabe hätte sagen können“ (siehe S. 318-320 und S. 381).

Die Erschütterung, die von der unerwarteten Todesnachricht in die ganze wissenschaftliche Welt und weit darüber hinaus ausstrahlte, wird anhand der Nachrufe und Kondolenzschreiben erkennbar. Die Witwe erreichten sehr zahlreiche Trauerbekundungen; etwa zweihundertundzwanzig sind erhalten und für den Band ausgewertet worden. Viele Schreiber betonten, dass Webers Tod nicht nur für die Wissenschaft, sondern überhaupt für das Vaterland in seiner schweren Krise einen herben Verlust bedeute. Signifikant ist die häufige Verwendung des „Führer“-Begriffs, so etwa im Beileidstelegramm Martin Rades („Er ist mir mit allem, was er schrieb, immer Führer gewesen.“) und im Brief von Ferdinand Tönnies („Denn er war unser! [sic] zum Führer und Leiter berufen im Denken und Handeln“).

Diesen Abschnitt abschließend, geht es zuletzt auch um die Einrichtung der Heidelberger Grabstätte und um Max Weber-Bildnisse. Die letzten Seiten handeln von Webers „Rückkehr in die bayerische Landeshauptstadt“, und zwar in Gestalt der seit 1959 an der Universität heimischen Weber-Forschung sowie der, wie erwähnt, mittlerweile vollendeten siebenundvierzigbändigen Gesamtausgabe.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



Seite 4 von 4

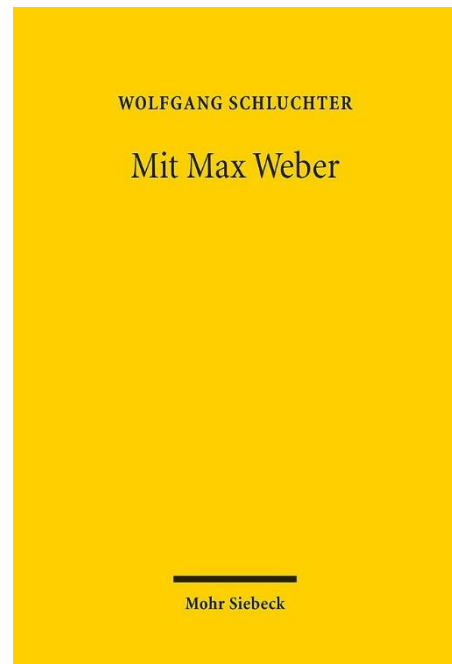


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Wolfgang Schluchter: Mit Max Weber.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2020, IX, 289 S., ISBN: 978-3-16-159018-4

Der Band versammelt zehn Studien, acht davon bisher unveröffentlicht, die allesamt dem Projekt einer „weberianischen Soziologie“ verpflichtet sind. Der unpräventöse Titel ist insofern durchaus doppeldeutig: Zum einen signalisiert er den schlichten Umstand, dass Webers Werk Schluchters „gesamtes wissenschaftliches Leben begleitet“ hat, wie es im sehr persönlich gehaltenen Vorwort heißt. Jedem, der sich überhaupt nur ein wenig im Kosmos der Weber-Forschung umgetan hat, wird wissen, welch ungeheuer großer Ertrag aus dieser „Begleitung“ hervorgegangen ist. Wolfgang Schluchter ist ohne Zweifel der einflussreichste Weber-Forscher im deutschsprachigen Raum, und das seit Jahrzehnten. Die beiden, schon 1988 erschienenen Bände „Religion und Lebensführung“ sind zum Standardwerk geworden, und es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, dass das gewaltige Unternehmen der „Max Weber-Gesamtausgabe“ ohne Schluchters unermüdlichen Einsatz nicht im letzten Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen wäre.



Im Laufe der Zeit ist aber auch deutlich geworden, dass es Schluchter nicht allein um Werkpflege und Textexegese geht. Er arbeitet vielmehr seit langem an einem Forschungsprogramm, das sich zwar an der von Weber ausgehenden Theoriegeschichte orientiert, auf der Basis einer rational angelegten subjektzentrierten Handlungstheorie aber auch deutlich über sie hinausweist (siehe hierzu Wolfgang Schluchter: Handeln im Kontext, Tübingen 2018). Das ist der andere, zweite Sinn des Buchtitels „Mit Max Weber“.

Die naheliegende Fortsetzung „... über Max Weber hinaus“ unterbleibt. Und das ist ebenfalls bezeichnend für den Schluchterschen Ansatz. Es handelt sich hier nicht um die Verarbeitung von Versatzstücken einer im ganzen un abgeschlossenen Vorgängerposition, nicht um den Abbau von Steinbruchgut, sondern darum, dem „universalhistorischen Zugriff“ des Weberschen Denkens unter inzwischen sehr veränderten Bedingungen der soziologischen Theoriebildung gerecht zu werden.

Im Blick auf den hier anzuzeigenden Band geschieht das auf fünf Themenfeldern, die die Anordnung der Texte organisieren. Einer ersten Rubrik „Theorie“ sind zwei Abhandlungen zugewiesen, die sich jeweils mit zentralen methodischen Aspekten beschäftigen. Zum einen geht es um das Problem der „subjekttheoretischen Grundlegung“, wie sie – in Bezugnahme auf Karl Jaspers – als fundierendes Moment von Webers „verstehender Soziologie“ ausgewiesen wird. Schluchter zeigt, wie stark bei Weber handlungs- und herrschaftstheoretische Motive ineinandergreifen. Die

vielfach zu findende Wendung vom „Kampf ums Dasein“ hat Wurzeln, die tief in die basalen Strukturen von Webers Denken reichen.

Inwiefern der vor diesem Hintergrund zunächst nicht völlig unplausibel erscheinende Vorwurf, Weber sei „letztlich ein Apologet des entfesselten Kapitalismus“, fehlgeht, erörtert die zweite „Theorie“-Abhandlung („Der Theoretiker und Historiker von Bürgertum und Kapitalismus“). Diesen Vorwurf hatte besonders vehement Herbert Marcuse 1964 in Heidelberg der versammelten Schar von Weber-Forschern entgegengerufen. Als Apologet konnte Weber rein schon deshalb erscheinen, weil er selbst ein idealer Repräsentant seiner eigenen Herkunft aus großbürgerlichem Milieu gewesen ist. Doch Schluchter betont mit recht, wie wenig dieser an sich kontingente Umstand besagt, zumal Weber selbst schon früh ein sehr gebrochenes Verhältnis zu allem entwickelte, was irgendwie mit einem Leistungs- und Leistungsanspruch des deutschen Bürgertums zu tun hatte.

„Bürgertum“ und „Kapitalismus“ sind zwei der tragenden Begriffe im Werk Max Webers. Insofern kann man Schluchters Versuch nur begrüßen, in dieser Abhandlung noch einmal die wesentlichen Momente zusammenzustellen. Der Text ist bestens geeignet, in die kontroverse Debatte um die „Protestantische Ethik“ einzusteigen. Viele naheliegende Missverständnisse und auch Fehldeutungen, etwa angesichts eines so anfechtbaren Terminus wie „Geist“, ließen sich vermeiden, wenn die hier vorgetragenen Erörterungen sorgfältig zur Kenntnis genommen werden würden. Weber ist denn auch keineswegs ein Propagandist unbeschränkten kapitalistischen Wirtschaftens. Die Einsicht in die Ambivalenzen, die sich für die Realität des Lebens in den modernen industrialisierten Massengesellschaften an diesen Begriff anknüpfen, durchziehen sein ganzes Werk und prägen auch schon jene spektakuläre Schrift von 1904/05. Sie schließt nicht grundlos in einem resignativ zu nennenden Ton.

Webers Kapitalismus-Analysen stehen auch im Mittelpunkt der beiden Texte, die unter der Überschrift „Wirtschaft“ erscheinen. Zum einen untersucht Schluchter Webers Theorie („Die Versteinigung des Kapitalismus“) in kritischer Auseinandersetzung mit derjenigen von Karl Marx („Die Grenzen des Kapitalismus“) sowie der empirisch angelegten Konzeption Luc Boltanskis und Ève Chiapello („Die Flexibilisierung des Kapitalismus“). Zum anderen widmet Schluchter sich der wirtschafts- und sozialhistorischen Ebene in Webers Soziologie. Hierfür sind vor allem zwei Texte von Belang: die Münchener Vorlesung „Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ aus dem Wintersemester 1919/20, deren Vortrag allerdings nicht anhand des Originaltextes, sondern lediglich aufgrund einer nach Nachschriften rekonstruierten Version zugänglich ist, sowie die „Soziologischen Grundkategorien des Wirtschaftens“, wie sie sich im Kapitel II von „Wirtschaft und Gesellschaft“, Webers „Soziologie“, finden.

Davon, dass der späte Weber seine früheren, angeblich „idealistischen“ Positionen korrigiert oder gar zurückgenommen habe, kann, wie Schluchter zeigt, keine Rede sein. Vielmehr lautet sein Standpunkt bis zuletzt, dass die besondere, im weltgeschichtlichen Maßstab betrachtet einzigartige Gestalt des rationalen Betriebskapitalismus, wie sie eben „nur der Okzident kennt“, einer Erklärung bedarf, „die nicht aus ökonomischen Gründen *allein* gegeben werden kann“ (im Band zit. S. 89; Max Weber-Gesamtausgabe. Band I/23, S. 122). Es ist klar, dass „Okzident“ hier – wie auch sonst in ähnlichen Passagen – nur „neuzeitlicher Okzident“ heißen kann, und dieser Umstand gibt Schluchter dann die Gelegenheit, Webers Analysen zur Entstehung des modernen Kapitalismus sowie sein Verhältnis zu Werner Sombart und Lujo Brentano zusammenfassend zu erörtern.

Die Rede „Wissenschaft als Beruf“, gehalten am 7. November 1917 im Kunstsaal Steinicke in der Münchener Adalbertstraße 15 bildet den Gegenstand der ersten von zwei Abhandlungen unter dem Titel „Wissenschaft“. Max Weber als Hochschullehrer und Wissenschaftspolitiker wird im

zweiten, vierzigseitigen Text porträtiert. Dabei geht es unter anderem um seine Rolle als Gutachter und Laudator, nicht zuletzt aber auch um ihn als „Provokateur öffentlicher Affären“, zum Beispiel im „Fall Sander“ (S. 171f.). Das ist keine der sympathischen Seiten von Max Webers Persönlichkeit, die oft als „herrisch“, ja „gewaltsam“ beschrieben worden ist, und diese Note kommt auch in seiner Stellung zur Sache Arco – Anton Graf von Arco-Valley hatte den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 erschossen – zum Ausdruck.

Eine der, im Blick auf die zeitgeschichtlichen Geschehnisse, wirren Phasen in Webers Biographie ist der Revolutionswinter 1918/19. Dieser komplexen Materie, mit Konzentration auf die Rede „Politik als Beruf“ vom 28. Januar 1919, ist der erste Aufsatz der Rubrik „Politik“ gewidmet. Knapp (und im Urteil zurückhaltend) geht Schluchter an dieser Stelle auch auf Webers Mitwirkung am Entwurf der Weimarer Reichsverfassung ein. Eine für Schluchters Art der Werkinterpretation typische Studie zum Thema „Klassen- und Ordnungskampf“ schließt sich an.

Wiederum zwei Aufsätze bilden den Inhalt des Schlusskapitels „Religion“. Die Studie „Asketischer Protestantismus und moderne Berufskultur“ entwickelt in meisterhafter Präzision die zentralen Motive von Max Webers epochalem Beitrag zu diesem Thema. Die Stichworte „Berufs-idee“, „Berufung“, „bürgerliche Lebensführung“, „Wahlverwandtschaft“ und „kausale Zurechnung“ müssen hier genügen, um den Horizont der Erörterung anzudeuten. Im Hintergrund steht Schluchters jahrzehntelanges energisches Drängen, den elementaren Charakter der Beziehung „Religion und Lebensführung“ für das Verständnis der leitenden Momente von Webers ganzem soziologischen Projekt zu erkennen.

Auf welche religionspolitischen oder zivilreligiösen Positionen diese Auslegung der Weberschen Religionssoziologie führen kann, entfaltet Schluchter schließlich in einem letzten Text unter der an Spinoza gemahnenden Bezeichnung „Von vorletzten und von letzten Dingen“. Ihm lassen sich bedenkenswerte Ausführungen zur Frage der „doppelten Säkularisierung“ und der „doppelten Emanzipation“ entnehmen.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net